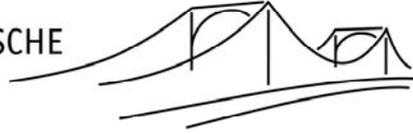


ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE
FORSCHUNG POTSDAM



Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien

Nr. 36/37
Juni 2006

herausgegeben
vom

Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Am Neuen Markt 1
D-14467 Potsdam

Telefon: (0331) 28991-0
Telefax: (0331) 28991-40
www.zzf-pdm.de

Direktion:
Martin Sabrow (Geschäftsführend)
Konrad H. Jarausch

Redaktion:
Hans-Hermann Hertle

© Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
2006

ISSN 1432-4881

Das Bulletin für Zeithistorische Studien erscheint nach Bedarf. Wir erheben eine Schutzgebühr von **2,24 Euro** pro Heft, die Sie **in Form von Briefmarken** an uns senden können. Pro Jahr erscheinen durchschnittlich drei Hefte.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien

Nr. 36/37

Juni 2006

INHALT

Martin Sabrow 5
EDITORIAL

BERICHTE AUS DEM PROJEKTBEREICH I

Michael Lemke 7
BERLIN-BRANDENBURG IM OST-WEST-KONFLIKT.
Ergebnisse und neue Fragen

Igor J. Polianski 14
DAS RÄTSEL DDR UND DIE „WELTRÄTSEL“.
Wissenschaftlich-atheistische Aufklärung als propagandistisches
Leitkonzept der SED

Frank Roggenbuch 23
VERFLECHUNG UND SYSTEMKONKURRENZ.
Eine Betrachtung zum Berliner Grenzgängerproblem

Danuta Kneipp 30
BERUFSVERBOTE IN DER DDR?
Zur Praxis politisch motivierter Ausgrenzung in Ost-Berlin
in den 70er und 80er Jahren

BERICHTE AUS DEM PROJEKTBEREICH II

Peter Hübner/André Steiner 35
ARBEIT UND WIRTSCHAFT: DIMENSIONEN DES WANDELS IM GETEILTEN
EUROPA (1950-1989).
Zu den wirtschafts- und sozialhistorischen Projekten des ZZF

Matthias Judt 40
„FÜR EINEN KOMMUNISTEN GIBT ES KEINE UNLÖSBAREN AUFGABEN“
Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und die westeuropäische
Integration

Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 36-37/2006 3

Dagmara Jajeśniak-Quast REAKTIONEN AUF DIE WESTEUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSINTEGRATION IN OSTMITTELEUROPA. Die ČSSR und Polen von den 50er bis zu den 70er Jahren	46
Annette Schuhmann NETZWERKE LOKALER ELITEN IN DER DDR 1970-1989	51
<i>DOKUMENTATION</i>	
Gabriele Schnell „MERKEN SIE SICH EINES: MACHT GEHT VOR RECHT!“ Dokumentation des Berichts von Herbert Paulmann über seine Inhaftierung von 1946 bis 1954 in Potsdam, Sachsenhausen und Torgau	54
<i>TAGUNGSBERICHTE</i>	
Georg Arnold „BERLIN-BRANDENBURG IM KALTEN KRIEG“. Wissenschaft, Technik, Kultur und Alltag im ‚Schaufenster‘ Workshop, Potsdam, 27./28.1.2006	74
Karen Hagemann/Monika Mattes EIN DEUTSCHER SONDERWEG? „WELFARE STATE REGIMES, PUBLIC EDUCATION AND CHILD CARE – THEORETICAL CONCEPTS FOR A COMPARISON OF EAST AND WEST“ Workshop, Potsdam, 31.3./1.4.2006	79
<i>REZENSION</i>	
Danuta Kneipp Rezension zu: Sven Korzilius, „Asoziale“ und „Parasiten“ im Recht der SBZ/DDR. Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Aus- grenzung, Böhlau: Köln/Weimar/Wien 2005	88
<i>ZZF-PUBLIKATIONEN 2005– 2006</i>	90
<i>AUTORENVERZEICHNIS</i>	95

EDITORIAL

Martin Sabrow

Potsdam, im Juni 2006

**MITGLIED WERDEN IM
VEREIN DER FÖRDERER UND FREUNDE DES ZZF E.V.**

Zur Unterstützung der Arbeit des ZZF wurde am 18. Mai 1998 der Verein der Förderer und Freunde des Zentrums für Zeithistorische Forschung e.V. ins Leben gerufen, zu dessen Vorsitzendem Dr. Hans Otto Bräutigam und in seiner Nachfolge Dr. Hinrich Enderlein gewählt wurden. Heute zählt der anerkannt gemeinnützige Verein rund 100 Mitglieder, die mit ihren Jahresbeiträgen zum Gelingen der Arbeit unseres Hauses beitragen.

In einer Zeit sinkender öffentlicher Aufwendungen für kulturelle Aufgaben sind auch wissenschaftliche Einrichtungen in wachsendem Maße auf die Unterstützungsbereitschaft von privater Seite angewiesen. Dies gilt auch für das Zentrum für Zeithistorische Forschung. So ermöglicht das Engagement der Förderer und Freunde etwa die Drucklegung einzelner Forschungsvorhaben, die Durchführung nationaler und internationaler Konferenzen sowie interdisziplinärer Vorlesungsreihen, die Umsetzung von Forschungsergebnissen in Ausstellungen und kontroverse Podiumsdiskussionen zu aktuellen Themen aus Kultur, Wissenschaft und Politik.

**Verein der Förderer und Freunde des Zentrums für Zeithistorische Forschung e.V.
eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Potsdam
Vorstand: Dr. h.c. Hinrich Enderlein (Vorsitzender), Annelie Ramsbrock, Eberhard Weniger
Deutsche Bank Potsdam, BLZ 120 700 00, Konto 3002995 00**

Kontakt: Annelie Ramsbrock (03331/289 91-58; ramsbrock @zzf-pdm.de)

BERLIN-BRANDENBURG IM OST-WEST-KONFLIKT
Ergebnisse und neue Fragen

Michael Lemke

Das Forschungsprojekt „Berlin-Brandenburg im Ost-West-Konflikt“ (wiss. Gesamtleitung: Michael Lemke) integriert die Teilprojekte „Berlin und sein Brandenburger Umland im Kalten Krieg“ (Leiter: Michael Lemke) sowie „Opposition, Widerstand und politische Verfolgung in der Region Berlin-Brandenburg“ (Leiter Thomas Klein). Den Kern und die „Achse“ des ersten Projektverbundes bildet das Vorhaben „Das doppelte ‚Schaufenster‘ in der Region. Berlin und sein Brandenburger Umland in der Systemkonkurrenz“ (Bearbeiter: Michael Lemke). Das durch Drittmittel finanzierte Gesamtprojekt besteht darüber hinaus derzeit aus sechs weiteren Vorhaben (Bearbeiter: Melanie Arndt, Enrico Heitzer, Veronika Gerber, Thomas Klein, Igor Polianski, Frank Roggenbuch). Es untersucht den Ost-West-Konflikt in der geteilten Region einerseits unter der Frage, wie dieser Brennpunkt deutscher und internationaler Politik den Verlauf und die Merkmalsbildung des Kalten Krieges sowie den innerdeutschen Konflikt reflektierte und mitbestimmte. Andererseits wird analysiert, wie sich der Untersuchungsraum als historisch gewachsenes Verflechtungsgebiet¹ dabei politisch und gesellschaftlich veränderte und welche Faktoren diesen Prozess mitbestimmten. Dabei werden die Ost-West-Beziehungen und Interaktionen in diesem bis zum Mauerbau noch von relativer Systemdurchlässigkeit gekennzeichneten Raum als eine mehrdimensionale vielschichtige Konkurrenz gesehen, die sowohl durch Konfrontation als auch Wettbewerb gekennzeichnet war, der beide Seiten dazu zwang, „Schaufenster“ für die Überlegenheit der einen über die jeweils andere Seite zu schaffen. Die zentrale Kategorie der Untersuchung ist also die Systemkonkurrenz. Gefragt wird, inwiefern ihre regionalen Spezifika sowohl bei der Eskalation des Kalten Krieges als auch bei seiner Begrenzung Anteil hatten und ob sie mehr zur Bewahrung oder aber mehr zur Spaltung des Verflechtungsgebietes Berlin-Brandenburg beitrugen und somit auch mit zu einem Identitätswandel in diesem Raum führten.

Im zweiten Projektschwerpunkt (derzeit: Bernd Gehrke, Ulrich Huemer, Danuta Kneipp) wird das oppositionelle Spektrum untersucht; die Fragestellung gilt dem Wechselverhältnis zwischen Staatsmacht und widerständigem Verhalten sowie den Hintergründen und Inhalten oppositioneller Gruppenbildung. Über die Spezifika der einzelnen Untersuchungsfelder hinausgehend, arbeitet der Verbund den Zusammenhang zwischen den verschiedenen staatlichen Präventions- und Repressionsstrategien, ihrem Wandel und ihrer Wirkungsdynamik mit der Politi-

¹ Zu den Merkmalen des historisch gewachsenen Verflechtungsgebietes und den hier nach 1948 wirkenden Vernetzungen und Interaktionen vgl. Michael Lemke, Zum Problem der Analyse Berlins und seines Brandenburger Umlandes als ein besonderes Verflechtungsgebiet im Ost-West-Konflikt, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 18-19/2000, S. 45-51.

sierungs- und Selbstorganisationsgeschichte des oppositionellen Gruppenspektrums der 70er und 80er Jahre heraus. Die Untersuchungen erfolgen im Raum Berlin-Brandenburg; als Ergebnis ist eine Regionalgeschichte oppositioneller und widerständiger Strömungen zu erwarten. Wegen der Schlüsselstellung der untersuchten Region in der DDR sind damit auch weiterhin verallgemeinerungsfähige Einsichten zur Geschichte der DDR-Opposition zu erwarten.

Wenn im Vordergrund der Forschung die Systemkonkurrenz mit ihren „Schaufenstern“ steht, entspricht das natürlich auch dem Interesse an neuen Erkenntnissen darüber, welche konkrete Gestalt sie auf den verschiedenen Gebieten von Gesellschaft und Politik annahm. Mehr aber noch leitet sich diese Schwerpunktsetzung aus der Notwendigkeit ab, ihre Strukturen, Methoden und Wirkungsweisen stärker als bisher in den Gesamtkontext der Ost-West-Konkurrenz einzuordnen. Dieses Problem berührt die auch methodisch zentrale Frage nach der Tragfähigkeit des von der Forschungsgruppe entwickelten analytischen Konkurrenz- und „Schaufenster“-Konzepts: Die beiden „Schaufenster“ in der Region symbolisierten und repräsentierten die miteinander konkurrierenden „Großordnungen“. Sie waren der bildhafte Begriff für die konkrete Selbstdarstellung der einander entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen im zweigeteilten Raum. Natürlich verloren sie nach dem Mauerbau erheblich an Bedeutung – wirkten sie doch vor allem durch unmittelbare Wahrnehmung und persönliches Erleben. Doch erwies sich als richtig, dass der aufeinander bezogenen Konkurrenz mit ihren „Schaufenstern“ bei der Untersuchung des Systemkonfliktes eine zentrale Bedeutung zukommt. Auch lassen sich zwei weitere Erkenntnisse formulieren: Zum einen ist in einigen politischen und gesellschaftlichen Bereichen eine erhebliche disproportionale (asymmetrische) und zeitlich versetzte Entwicklung der „Schaufenster“ in Rechnung zu stellen. Das berührt vor allem das Problem des Vergleichs. Wo ist er nicht nur formal möglich, sondern auch tatsächlich sinnvoll? Zum anderen erhielten die „Schaufenster“ im Zuge der Entwicklung beider Berliner Teile eine zunehmend nach innen gerichtete integrative Funktion. Das berührt auch das noch nicht hinlänglich geklärte Problem, inwiefern sie auf „Feinde“ im Innern desintegrierend wirkten und sie Gegner vor allem durch bestimmte Ordnungsangebote (beispielsweise moralische und juristische Verdikte gegen „Schieber und Spekulanten, Grenzgänger und Asoziale“ sowie Vorbilder und Normen des sozialistischen Zusammenlebens im „Klassenkampf“ und an der „Produktionsfront“, auch Ordnung, Wachsamkeit etc.) von nicht systemkonformen Handlungen abschrecken sollten. Ebenso wird weiter der Frage nachgegangen, ob die Konkurrenz tatsächlich dort am wirkungsvollsten, vielleicht auch am schärfsten, war, wo sie am deutlichsten in sinnlich wahrnehmbaren „Schaufenstern“ präsentiert wurde: Lebensstandard, Konsum sowie soziale Leistungen, aber auch Bildung, Sport und ganz besonders Kultur.

Verschiedene Aufsätze und Konferenzbeiträge haben das Konkurrenz- und „Schaufenster“-Konzept fundiert und erweitert. Wo findet es seine Grenzen? Taugt es beispielsweise für eine regionale Erinnerungskultur?

Die Erkenntnisse über Konkurrenz in Kultur und im Alltag lassen sich zu einer „Grundlinie“ zusammenführen: Während die Regierenden in beiden Hälften der geteilten Region am Primat der politischen Konfrontation und Abgrenzung festhielten, sich auf die Wahrung technischer Kontakte beschränkten und dabei nur ein begrenztes Maß an Pragmatismus zeigten, entwickelte sich auf nichtstaatlichen Ebenen ein aus heutiger Sicht verwunderlicher intensiver kultureller Austausch, der beispielsweise durch den fast vergessenen „Gesamtberliner Kulturplan“ des Senats ab 1957/58 noch einmal einen Schub erhielt. In dessen Folge entwickelte Ost-Berlin eigene kulturpolitische Konzepte und Programme. Das belebte die Konkurrenz zwischen dem Ost- und Westteil der Stadt und erweiterte das Spektrum kultureller Angebote.

Überraschend war weniger, dass in Kultur, Bildung und im Alltags-Konsum die „Schaufenster“-Angebote insbesondere des Westens angenommen wurden und auch der innerstädtische Kleinhandel ein Wirtschaftsfaktor blieb, sondern vielmehr, dass im Laufe der 50er Jahre sich der zwar asymmetrische, aber doch beiderseitige Austausch nicht nur relativ stabilisierte, sondern periodisch (z.B. bei attraktiven Veranstaltungen und bei der Beschaffung von Mode und anderen knappen Gütern) oder durchgängig (Kultur-Besuche, Dienstleistungen u.a.) vergrößerte. So scheint sich zu bestätigen, dass diese Seite der Konkurrenz und der Anstieg von damit verbundenen Interaktionen trotz härtester politischer Rivalität und von „oben“ verordneter Abgrenzung mehr zur Bewahrung des noch relativ einheitlichen Lebensraums (vor allem in Alltag und Kultur) als zu seiner Teilung beitrugen. Dabei hingen Diskontinuitäten und Schwankungen nicht immer nur mit der politischen „Großwetterlage“, sondern offenbar auch mit originär Berliner Ursachen zusammen (u.a. die gegenüber Westdeutschland verzögerte Konjunktur in West- und Bedarfslücken und Mängel in Ost-Berlin). Doch kann insgesamt der Nachweis dafür erbracht werden, dass die regionale Systemkonkurrenz mit ihren „Schaufenstern“ auf beiden Seiten nicht nur eine Quelle der Produktivität war, sondern kulturell und im Alltag sowie mental tatsächlich Ansätze für eine systemübergreifende „gemischte“ Verflechtungsgesellschaft bestanden, deren Grundlagen relative Offenheit der Grenzen bzw. Systemdurchlässigkeit waren. Trotz der von den Wechsellagen des Kalten Krieges bestimmten politischen Instabilität der Situation wurde sie von vielen als „Normalität“ wahrgenommen. Weitere Untersuchungen müssen hier ansetzen: Auch zeigte die vorrangig kulturell und alltagspolitisch determinierte Verflechtungsgesellschaft gegenüber verschiedenen politischen Einflüssen und konfrontativen Zuspitzungen eine erstaunliche Resistenz und beachtliche Flexibilität. So war sie schnell in der Lage, beispielsweise die Folgen beider Berlinkrisen (1948 und 1958) begrenzen bzw. (bis zum Mauerbau) überwinden zu helfen. Das resultierte offenbar nicht nur aus der Ratio und der Flexibilität der „großen“ Politik sowie der „Trägheit“ gesellschaftlicher Interaktionen und Diskurse, sondern auch aus dem Einheitswillen der Bevölkerung in Ost und West, ihrem Eigensinn und Beharrungsvermögen, die bis zum Mauerbau mit subjektiven Handlungsspielräumen und Gestaltungsmöglichkeiten verbunden waren.

Offenbar wirkte die starke emotionale Bindung der Ost-Berliner und Brandenburger „Randberliner“ an den Westteil der Stadt auch nach dem Mauerbau – der diese komplizierte „Normalität“ zerstörte – noch lange nach und bildete ein retardierendes Moment bei der von der SED gewünschten Akzeptanz Berlins als „Hauptstadt der DDR“ sowie bei der Identifikation der Betroffenen als sozialistische DDR-Staatsbürger.

Dennoch zeigte sich dabei eine weitere bislang in der historischen Forschung nur marginal erfasste Gegentendenz: Denn die traditionelle ehemalige deutsche Hauptstadt bildete für die Bewohner des Ostteils der Region, sowie zunehmend für alle DDR-Bürger, bereits vor 1961 ein doppeltes Spannungsfeld. Das mit der DDR in jeder Hinsicht verbundene Ost-Berlin erlebten und akzeptierten viele im Laufe der Jahre tatsächlich als ostdeutsche Metropole, in der die gleiche gesellschaftliche und politische Ordnung herrschte wie in der Republik – auch insofern sah man sich in die gleiche „Schicksalsgemeinschaft“ gestellt.

So stellt sich auch umgekehrt die Frage, ob die Verflechtungs- und Teilungsgesellschaft bereits vor dem Mauerbau schon mehr als bisher angenommen vom alltagspolitisch-kulturellen Einfluss der DDR, vor allem auf die Ost-Berliner, tangiert wurde. Und für West-Berlin bleibt das Problem weiter zu klären, inwiefern die Einflüsse der Bundesrepublik, insbesondere ihre finanziellen Subventionen, die Entwicklung einer „Sonderkultur“ im Westteil der Stadt förderten, die sich immer deutlicher nicht nur von der Ost-Berliner, sondern auch von der westdeutschen Großstadtzivilisation als etwas Eigenes unterschied. Im Übrigen lassen verschiedene Untersuchungen der Projektmitarbeiter vermuten, dass Gesamtberliner Identität und die Wahrnehmung Ost-Berlins als Teil der DDR schon vor 1961 zunehmend miteinander vereinbar wurden.

Im Einzelnen bestätigen Schwane² und Winkler³ die These des Projektes, dass die politische Konfrontation im geteilten Berlin im Vergleich mit anderen Orten des Kalten Krieges zwar am meisten zugespitzt und in Krisensituationen gefährlich war, aber sich gerade deshalb hier günstige Dispositionen für Entkrampfungs- und Entspannungsprozesse zeigten. Relativ gut erforscht sind die alliierten Interessenlagen und deutschen Handlungsspielräume in der regionalen Systemkonkurrenz. Lemke arbeitete u.a. heraus, dass gegenseitige Überlegenheitskonzepte vor allem im Alltag und im kulturellen Bereich wirkten.⁴ Beachtli-

2 Vgl. Daniel Schwane, *Wider den Zeitgeist? Konflikt und Deeskalation in West-Berlin 1949 bis 1965*, Stuttgart 2005. Schwane arbeitet vor allem Berliner Entspannungsinitiativen in den Bereichen Journalistik, Kultur und Wirtschaft heraus.

3 Christopher Winkler weist in seiner noch nicht beendeten Analyse („Konflikt und ‚Gentleman’s Agreement‘. Die US-Militärverbindungsmission im Kalten Krieg“ nach, dass die alliierten Militärmissionen wesentlich zu einem unvermutet stabilen Arrangement zwischen den USA und der Sowjetunion beitrugen. Es habe einen militärischen Konflikt in Mitteleuropa zu Lasten der DDR verhindern helfen.

4 Vgl. Michael Lemke, u. a. *Büchsenmilch als politische Waffe? Die westliche Lebensmittelaktion nach dem 17. Juni 1953 als innerdeutsche Systemkonkurrenz*, in: *Agenda DDR-Forschung. Ergebnisse, Probleme, Kontroversen*, hrsg. von Heiner Timmermann, Münster 2005, S. 133-157; *Ders., Die Kinokonkurrenz im geteilten Berlin 1949-1961*, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *Das*

che Zwischenresultate brachte auch das von Polianski bearbeitete Vorhaben⁵ (siehe Ergebnisse in diesem Heft). So wurde u.a. herausgestellt, dass die öffentliche Präsentation der Naturwissenschaft in beiden Stadthälften zu einer überaus wichtigen „Werbebläche“ für die Überlegenheit der einen über die jeweils andere Seite avancierte. Arndts ebenfalls fortgeschrittene Analyse über die Berliner Gesundheitspolitik⁶ erbrachte neue Erkenntnisse über die Konflikte in beiden Stadthälften, die aus der Notwendigkeit resultierten, beiderseits sowohl ein soziales als auch ein leistungsstarkes und kostengünstiges Gesundheitswesen zu schaffen, das akute Probleme lösen und den Wettbewerb mit der jeweils anderen Stadthälfte bestehen konnte. Über die Strukturen, Wirkungsweisen und politischen Dimensionen des Berliner Grenzgängertums als besondere Systemkonkurrenz gibt Roggenbuch umfassend Auskunft⁷ (siehe Ergebnisse in diesem Heft). Viel versprechend in Bezug auf den Kalten Krieg und die Systemkonkurrenz im geteilten Berlin sind auch Kleins im Januar 2006 aufgenommene Untersuchung der SED(-West) bzw. SEW⁸, Gerbers Projekt über die doppelte Schulpolitik in der geteilten Stadt⁹, das ab Oktober 2006 bearbeitet wird, sowie die 2005 begonnene KgU-Studie von Heitzer¹⁰.

Im zweiten Forschungsschwerpunkt ist die Arbeit von Ansorg¹¹ publiziert und das Manuskript einer Monographie von Klein¹² abgeschlossen worden. Durch die Auswertung umfangreicher Primärquellen und Selbstzeugnisse der Praxis unabhängiger Berliner Gruppen konnte Klein die regionale Struktur- und Politisierungsgeschichte oppositioneller und widerständiger Strömungen nachzeichnen. Fokus war die Bestimmung des Gewichts von ereignisgeschichtlichen Etappen und Brennpunkten der Politisierung Berliner alternativer Gruppen insbesondere im Umfeld evangelischer Kirchengemeinden.

Erst diese Analyse hat die angestrebte Synthese der Politisierung als Voraussetzung oppositionellen Gruppenhandelns ermöglicht. Damit erhielt ein wirkungs-

war die DDR. DDR-Forschung im Fadenkreuz von Herrschaft, Außenbeziehungen, Kultur und Souveränität, Münster 2004, S. 635-676.

- 5 Igor Polianski, Die „Natur“ des Kalten Krieges. Naturwissenschaftliche Präsentation und populärwissenschaftliche Propaganda im geteilten Berlin 1948-1961.
- 6 Melanie Arndt, Berliner Gesundheitspolitik in der Systemkonkurrenz 1948/49-1961 (Dissertationsvorhaben).
- 7 Frank Roggenbuch, Das Berliner Grenzgängerproblem in der Systemkonkurrenz 1948/49-1961 (Dissertationsvorhaben).
- 8 Thomas Klein, Die Westberliner Einheitssozialisten – eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“?
- 9 Veronika Gerber, Schulpolitik im geteilten Berlin 1948-1961 (Dissertationsvorhaben).
- 10 Enrico Heitzer, Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) im Kontext der Systemkonkurrenz in Berlin-Brandenburg (Dissertationsvorhaben).
- 11 Leonore Ansorg, Politische Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Die Strafvollzugsanstalt Brandenburg, Berlin 2005. Ansorg liefert eine tiefeschürfende Analyse nicht nur des Umgangs des Staates mit den Betroffenen, sondern auch derer Motive und Befindlichkeiten als „Politische“ sowie der Häftlingsgesellschaft im Zuchthaus Brandenburg.
- 12 Thomas Klein, Opposition in der DDR und die Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung 1979-1989 im Raum Berlin (Arbeitstitel).

bestimmender Faktor oppositioneller Profilierung den ihm zukommenden Stellenwert. So konnte die untersuchte Politisierung im Gruppenmilieu der unabhängigen Friedensbewegung Berlins 1979-1989 zu einer Entwicklungsgeschichte der Berliner Opposition in den 80er Jahren erweitert werden. Im Rahmen seines Projekts¹³ vermochte Gehrke nachzuweisen, dass die zu den Bürgerbewegungen von 1989 führende DDR-Opposition nicht erst ein Produkt der 80er, sondern bereits der 60er Jahre ist. Gehrke wird seine Untersuchung Ende 2006 abschließen. Die im Rahmen von Dissertationen seit 2005 bearbeiteten Projekte von Kneipp¹⁴ (siehe Ergebnisse in diesem Heft) und Huemer¹⁵ fügen sich in die Oppositionsproblematik mit neuen Ideen und Fragestellungen ein. Sie versprechen erheblichen Erkenntnisgewinn vor allem über die Berufsverbote in Ost-Berlin und die MfS-Untersuchungshaft in Berlin-Hohenschönhausen.

Derzeit konzentrieren sich die Diskussionen innerhalb der Projektgruppe auf noch offene Probleme übergreifender Art: Die ausstehende Untersuchung ideengeschichtlicher Hintergründe der Entwicklung von Opposition und Widerstand muss in einem Ost-Ost-Vergleich die Unterschiede und Ähnlichkeiten politischer Gegnerschaft aufklären und dabei die Besonderheiten gesellschaftsstruktureller Entwicklungspfade osteuropäischer Diktaturen berücksichtigen. So wird an Vergleiche mit Polen und der CSSR – möglicherweise auch mit anderen realsozialistischen Staaten – gedacht. Ebenso stellt die ideengeschichtliche Darstellung von Opposition und Widerstand in der DDR selbst noch überwiegend ein Forschungsdesiderat dar. Die auffälligen Gemeinsamkeiten ihrer Zielbestimmungen mit gesellschaftskritischen Strömungen in Westdeutschland trotz gänzlich anderer politischer und ökonomischer Strukturgegebenheiten fordern einen Ost-West-Vergleich heraus, der besonders sozial- und kulturgeschichtliche Entwicklungsverläufe zu prüfen hat. Teilweise werden auf diese Fragen bereits in den laufenden Forschungsvorhaben Antworten gegeben, ohne damit den diesbezüglichen Forschungsbedarf erschöpfen zu können.

Für die weitere Arbeit im Gesamtprojekt stehen unter Einschluss der für die Oppositionsanalyse bereits genannten prinzipiellen Probleme derzeit folgende übergreifende Fragen im Mittelpunkt:

- Welche besonderen Konfliktmerkmale bildeten sich im Raum Berlin-Brandenburg heraus und inwiefern war er bis zum Mauerbau noch durch Gemeinsamkeiten bzw. durch Teilungstendenzen gekennzeichnet?
- Wie nahm die Bevölkerung das Spannungsverhältnis von politischer Spaltung und noch gemeinsamen Kultur- und Lebensräumen wahr?

13 Bernd Gehrke, *Illegale antistalinistische Opposition in der DDR der 70er Jahre im Raum Berlin-Brandenburg* (Dissertationsvorhaben).

14 Danuta Kneipp, *Geschlossene Gesellschaft – Berufsverbote in der Veränderung oppositioneller Gruppierungen in der Hauptstadt der DDR 1970 bis 1985* (Dissertationsvorhaben).

15 Ulrich Huemer, *MfS-Untersuchungshaft – Aufbau und Niedergang eines DDR-Repressionsinstrumentes am Beispiel der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen* (Dissertationsvorhaben).

- Auf welche Weise schlugen sich Konfrontation und Entkrampfung/Entspannung auf die Konkurrenz in der zweigeteilten Region nieder und in welchem Maße wirkte der Systemwettbewerb auf die regionalen Gesellschaften und die deutsche und internationale Politik, insbesondere auf die Mechanismen der Konfliktregelung zurück?
- Welche systemübergreifenden Einflüsse und Interaktionen beeinflussten die politischen Überzeugungen und Handlungen von Gegnern und Verbündeten im Konfliktraum?
- Veränderten sich dabei gesellschafts- und ordnungspolitische Vorstellungen und Freund-Feind-Bilder?

Als weitere Untersuchungsperspektive der geteilten Region im Ost-West-Konflikt bieten sich die sechziger und siebziger Jahre unter dem Aspekt der regionalen, europäischen und weltweiten Entspannung an. Inwiefern hat sie auch regional zur Wende von 1989/90 beigetragen und dabei beide betroffene Gesellschaften, insbesondere ihre oppositionellen Teile, und deren Kultur und Alltag verändert?

Im Verlaufe der letzten Jahre entwickelte sich das Gesamtprojekt Berlin-Brandenburg im Ost-West-Konflikt nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch und bezüglich kooperativer Möglichkeiten weiter. Methodisch hat sich die Öffnung der ursprünglich stark politikgeschichtlich angelegten Projekte hin zu sozial-, wirtschafts- sowie insbesondere kultur- und alltagsgeschichtlichen Fragen bewährt. Dabei wurde zunehmend ein Augenmerk auf mentalitätsgeschichtliche Probleme gelegt, was ebenfalls zur fortschreitenden Diversifizierung und kombinatorischen Offenheit des methodischen Spektrums beitrug. Insgesamt wurde die Arbeit mit der Forschungsliteratur und den schriftlichen sowie audiovisuellen Quellen stärker mit Zeitzeugenbefragungen verknüpft. Das führte nicht zuletzt zu einer effektiven Verbindung von Makro- und Mikroebenen und zu wissenschaftlich reizvollen Kontrasten, aber auch Harmonien, zwischen „Frosch“- und „Vogel“-Perspektiven. Überdies werden – wie schon angedeutet vor allem unter vergleichenden Gesichtspunkten – weiterhin die Möglichkeiten integrativer Analysen und Darstellungen der Region im Kalten Krieg gegenüber der kontrastierenden Untersuchung von Parallelentwicklungen ausgelotet. Auch sie werden auf verschiedenen Feldern, die sich integralen und vergleichenden Analysen sperren, ihre Berechtigung behalten. Dennoch stellt sich an die einschlägige Forschung die Frage, warum es offenbar noch eine gewisse Scheu vor integralen Darstellungen gibt und welche Perspektiven und Möglichkeiten diese Art von Untersuchungen zum Kalten Krieg sowie zu Opposition und Widerstand im Raum Berlin-Brandenburg besitzen.

Zum anderen beginnen die Bemühungen der Projektmitarbeiter um kooperative Beziehungen zu mit der Problematik Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg befassten Forschungseinrichtungen und Einzelwissenschaftlern Früchte zu tragen. Nicht zuletzt angesichts der Zerstreuung der ohnehin sehr begrenzten Forschungskapazitäten ist auf dem in Potsdam am 17./18.12.2004 durchgeführten Workshop („Berlin-Brandenburg zur Zeit des Kalten Krieges 1945-1961“) eine

vom ZZF initiierte Arbeitsgemeinschaft „Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg“ konstituiert worden. Sie ist interdisziplinär angelegt und vereinigt Vertreter aus verschiedenen Institutionen. Als informelles Gremium setzt sich die Arbeitsgemeinschaft das Ziel, übergreifende Fragen zu diskutieren, Projekte zu koordinieren und einige davon zukünftig kooperativ zu bearbeiten. Überdies eröffnet sie eine reale Möglichkeit, den brandenburgischen Teil des Verflechtungsgebietes stärker in die Forschung einzubeziehen. Besonders bewährt hat sich die inzwischen enge Zusammenarbeit des Gesamtprojekts mit der Historischen Kommission Berlin sowie mit der Robert-Havemann-Gesellschaft (einschließlich des ihr angegliederten Matthias-Domaschk-Archivs). Eine Reihe von außerordentlich produktiven Workshops und die Beiträge zu zwei vorbereiteten Studienbänden sind auch Ergebnisse dieser Beziehungen.



Berlin und sein Brandenburger Umland im Kalten Krieg: Grenzsperre zwischen Kladow und Sacrow, Winter 1952 (Quelle: PHS Berlin)

DAS RÄTSEL DDR UND DIE „WELTRÄTSEL“.
Wissenschaftlich-atheistische Aufklärung als propagandistisches Leitkonzept der SED

Igor J. Polianski

1. Ein Forschungsfeld im toten Winkel

Auch sechszehn Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung lässt sich diese für den Historiker immer erfreuliche Botschaft verkünden: die DDR-Forschung weist noch einen weiteren toten Winkel auf. Dabei befindet sich die Forschungslücke gerade an jener erkenntnisträchtigen Stelle, wo deren etablierteste und prominenteste Untersuchungsfelder – die Kirchen- und Wissenschaftspolitik in der SED-Diktatur sowie die Propagandageschichte der DDR – aufeinander treffen. Das sich aus der Schnittmenge quasi automatisch erzeugende „Dreieck“ der „wissenschaftlich-atheistischen Propaganda“ ist bis heute praktisch unerforscht geblieben, wenngleich es vielerorts am Rande miterläutert wird. Dabei handelt es sich um ein spezifisches, sich um die Natur und exakte Wissenschaften bewegendes Diskurs- und Handlungsfeld, das weder in den Begriffen der „marxistisch-leninistischen Weltanschauungspropaganda“ oder der „kulturellen Massenarbeit“ aufgeht noch durch wissenschaftshistorisch angelegte Untersuchungen aufgehoben ist.

Für dessen fachwissenschaftliches Vergessen ließen sich vielerlei Gründe haftbar machen. Möglicherweise hat es auch damit zu tun, dass in der kollektiven Erinnerung der ostdeutschen „Erlebnissgeneration“ eine entsprechende Leerstelle besteht, was wiederum auf die propagandistischen Tarn- und Substituierungstaktiken der SED auf dem kirchenpolitischen Terrain zurückzuführen wäre. Ihre antireligiösen Kampagnen präsentierte sie systematisch als populärwissenschaftliche Aufklärungs- und Bildungsarbeit, die die religiösen Gefühle keineswegs tangiere. Man erinnere sich etwa an das Geschenkbuch für die Jugendweihe *Weltall – Erde – Mensch*, jenes populärwissenschaftliche Kompendium, das von Walter Ulbricht als das „Buch der Wahrheit“ nobilitiert worden ist und dessen erste Auflage 1954 stürmische Proteste seitens der Kirche auslöste.¹

Doch so wie die wissenschaftlich-atheistische Propaganda nicht in der marxistisch-leninistischen Massenarbeit aufgeht, kann die Wissenschaftspopularisierung in der DDR nicht auf die operativen Manöverversuche der SED-Führung reduziert werden. Sie stellt einen spezifischen, zentral an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik aufgespannten Raum mit eigenen Akteuren, Institutionen und Diskursen dar, die trotz aller historischen Brüche und Zäsuren zum Teil bis auf das deutsche Kaiserreich zurückreichten. Allerdings ist die Populärwissenschaft als Untersuchungsgegenstand – in Bezug auf das 19.

¹ Walter Ulbricht, Vorwort, in: *Weltall, Erde, Mensch*, 14. Auflage, Berlin 1966.

und frühe 20. Jahrhundert in der aktuellen Geschichtsforschung inzwischen fest etabliert – in der deutschen Zeitgeschichte noch nicht angekommen, und dies mag zur Entstehung des o.g. Blindwinkels beigetragen haben. Mit der politikfern anmutenden Sparte der Populärwissenschaft ist aber, und dafür möchte ich im Folgenden plädieren, ein zentrales ideologisches Dispositiv der deutschen Arbeiterbewegung und der SED-Politik genannt. Mehr noch: es wäre m.E. nicht zu hoch gegriffen, in ihm ein weitreichendes Erklärungspotential für jenes in vieler Hinsicht rätselhaften Unternehmens zu vermuten, das uns unter dem Namen der Deutschen Demokratischen Republik bekannt ist. Denn – so lässt sich meine Arbeitshypothese zugespitzt formulieren – die „realsozialistisch“ verinnerlichten Vorstellungen darüber, „was die Welt im Innersten zusammenhält“, hielten nicht zuletzt die Sinnwelt der DDR-Bürger selber zusammen. Selbstverständlich macht der Rahmen dieses kurzen Beitrages nur eine skizzenhafte Explikation meiner Ausgangsthese möglich, ohne dass der gesamte Projektzuschnitt präsentiert werden kann.

2. Definition: Die Populärwissenschaft als zweifacher Umsturz von Wissenshierarchien

Aus der Sicht einer „Sozialgeschichte des Wissens“ wird die Populärwissenschaft als jenes privilegierte Untersuchungssegment der Populärkultur betrachtet, in welchem die soziale Konstruktion des Wissens als ein Interaktions- und Aushandlungsprozess zwischen der Welt der „Experten“ und der Welt der „Laien“ vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Verwissenschaftlichung der modernen Gesellschaft stattfindet.² Eine zentrale Rolle spielte für dessen Etablierung nach der These Andreas W. Daums das „Prinzip der Öffentlichkeit“, welches sich in Folge sozialer Verwissenschaftlichungsprozesse im 19. Jahrhundert auf den Bereich von Wissenschaft und Bildung ausweitete. Entsprechend sieht Daum die entscheidende Zäsur, nach der sich die Wissenschaftspopularisierung in Deutschland als kulturelle Praxis eigener Art etabliert habe, in der Märzrevolution 1848 und definiert die Populärwissenschaft als eine „postrevolutionäre Erscheinung“.³

Der populärwissenschaftliche Umsturz von Wissenshierarchien betraf allerdings nicht bloß diese wissenssoziologische Ebene, sondern folgte einem entsprechenden Wandel in deren kognitiven Tiefenstrukturen selbst. Das „gemeinverständ-

2 Vgl. Philipp Sarasin, „La science en famille“. Populäre Wissenschaft im 19. Jahrhundert als bürgerliche Kultur – und als Gegenstand einer Sozialgeschichte des Wissens, in: Ueli Gyr (Hg.), *Soll und Haben. Alltag und Lebensformen bürgerlicher Kultur*, Zürich 1995, S. 97-110; siehe auch: Ulrike Felt, *Die Stadt als verdichteter Raum der Begegnung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Reflexionen zu einem Vergleich der Wissenschaftspopularisierung in Wien und Berlin um die Jahrhundertwende*, in: Constantin Goshler (Hg.), *Wissenschaft und Öffentlichkeit in Berlin 1870-1930*, Stuttgart 2000, S. 185-220.

3 Vgl. Andreas W. Daum, *Wissenschaftspopularisierung im 19. Jahrhundert. Bürgerliche Kultur, naturwissenschaftliche Bildung und die deutsche Öffentlichkeit 1848-1914*, München 1998, S. 5 ff.

lich“ gewordene Wissen „für alle Stände“ verinnerlichte gleichsam diese Liberalisierung in seinem methodisch-konzeptionellen Habitus als Empathie einer auf sinnlicher Erfahrung beruhenden und volkstümlich kodifizierten Erkenntnisform. Unter diesen Umständen meinte die „Wissenschaftspopularisierung“ um 1900 fast nur noch die naturwissenschaftlichen Disziplinen und die aus ihnen synthetisch-spekulativ gewonnene Weltanschauung, welche zum einen das Weltdeutungsmonopol der Kirche streitig machte und zum anderen mit dem Odium verhaftet war, am röttesten Rand des Gesellschaftsspektrums verankert zu sein. Die Entstehung der Populärwissenschaft geht also einerseits auf die Entthermetisierung von Wissensebenen im 19. Jahrhundert, andererseits aber auf die Umwertung der elitären Wissensarten selbst zurück. Sie ist primär als öffentliches wissenschaftsverbundenes Naturwissen mit universellem Weltdeutungsanspruch und somit zum Teil als Wissenschaftspopulismus zu verstehen mit der Konsequenz, dass dieses Diskursfeld wie kein anderes dazu geeignet ist, um die Genese und Medialisierung von bio- und körperpolitischen Dispositiven wie überhaupt die Prozesse der Mythosbildung via Naturalisierung und Entpolitisierung im Sinne Ronald Barthes zu erforschen.

3. Weltall, Erde, Walter Ulbricht ...

Wie schon die Daumsche Definition der Populärwissenschaft als einer „postrevolutionären Erscheinung“ nahe legt, kommt im Popularisierungsbegriff zugleich deren gesellschafts-politischer Standort zum Ausdruck. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland gehörten sowohl ihre Produzenten als auch ihre Nutzer der Haupttendenz nach dem linken bzw. linksliberalen Milieu an. Kurt Bayertz hat bereits darauf hingewiesen, dass die Populärwissenschaft für die ideologische Konsolidierung der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert eine Schlüsselrolle spielte, und sich mit dem Phänomen des „Sozialistischen Evolutionismus“ auseinandergesetzt.⁴ Wie Peter Tauber überzeugend nachgewiesen hat, legitimierte sich selbst die in der Arbeiterbewegung um 1900 weit verbreitete Faszination für Turnen und Sport in den populärdarwinistischen Diskursen der damaligen Zeit nach dem Motto „Die Leibesübungen sind eine besondere Art des Kampfes ums Dasein“.⁵ Die Evolutionsbiologie nahm tatsächlich den Platz einer populären Leitwissenschaft ein und präsentierte sich in der Form einer

4 Siehe hierzu Kurt Bayertz, *Naturwissenschaft und Sozialismus. Tendenzen der Naturwissenschafts-Rezeption in der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts*, in: *Social Studies of Science*. 13 (1983), S. 355-394; ders., *Darwinismus als Politik. Zur Genese des Sozialdarwinismus in Deutschland 1860-1900*, in: *Welträtsel und Lebenswunder. Ernst Haeckel – Werk, Wirkung und Folgen*, Linz 1998, S. 230-286. Vgl. auch Nick Hopwood, *Producing a Socialist Popular Science in the Weimar Republic*, in: *History Workshop Journal* 41 (1996), S. 117-153.

5 Zur Bedeutung des Populärdarwinismus für die deutsche Sportgeschichte um 1900 vgl. Peter Tauber, „Die Leibesübungen sind eine besondere Art des Kampfes ums Dasein“ – Popularisierter Darwinismus in der Auseinandersetzung um die Körperkultur in Deutschland um die Jahrhundertwende, in: Carsten Kretschmann (Hg.), *Wissenschaftspopularisierung. Konzepte der Wissensverbreitung im Wandel*, Berlin 2003, S. 293-308.

hätetischen Naturphilosophie als die höchste Welterklärungsinstanz. Geradezu konstitutiv war diese darwinistische Populärwissenschaft für das proletarische Freidenkertum, jene Massenbewegung der vom Christentum abgefallenen Haeckel-Verehrer zu Beginn des 20. Jahrhunderts.⁶

Ohne diese wichtigen Säulen der Arbeiterkultur – Jugendweihe, Darwinismus und „Leibesübungen“ – hier näher beleuchten zu können, sei in Bezug auf unsere zentrale Fragestellung auf die Kontinuitäten hin zu den späteren Entwicklungen in der DDR aufmerksam gemacht. Kein geringerer als Walter Ulbricht – passionierter Sportler und nach seinem Selbstzeugnis „begeisterter Anhänger der Naturwissenschaften“⁷ – liefert dazu ein prototypisches Beispiel. Ulbricht stammte bekanntlich aus einem freireligiösen Arbeitermilieu in Leipzig und repräsentiert eine ganze Generation sozialistischer Parteifunktionäre, die ihre prometheische Inspiration aus populärwissenschaftlichen Groschenheften ebenso bezogen hatten wie aus den Werken von Karl Marx und Friedrich Engels.

Sein Biograph Johannes R. Becher betont ausdrücklich, dass Charles Darwin, Wilhelm Bölsche und Ernst Haeckel die Lieblingslektüre des jungen Ulbrichts gewesen seien.⁸ Das populärwissenschaftliche Hauptwerk Haeckels „Die Welträtsel“ gehörte zum festen Programm eines populärwissenschaftlich ausgerichteten Sonderunterrichts, den die Kinder aus freireligiösen Familien an der Stelle des Religionsunterrichts besuchten, und wurde im Arbeiterjugend-Bildungsverein Alt Leipzig gelesen, dem Ulbricht 1908 beigetreten war. Für den künftigen ostdeutschen „Staatslenker“ hielten die „Welträtsel“ klare Antworten und Handlungsanweisungen bereit: „’Bau und Leben des sozialen Körpers’, d.h. des *Staates*, lernen wir nur dann richtig verstehen, wenn wir naturwissenschaftliche Kenntnisse von ‚Bau und Leben’ der *Personen* besitzen, welche den Staat zusammensetzen, und der *Zellen*, welche jene Personen zusammensetzen.“⁹ In der Folgezeit hat der 1. Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR selbst die Bedeutung Haeckels und dessen populären Hauptwerks für die Arbeiterjugend und für ihn persönlich hervorgehoben: Selten habe ein Buch nachhaltigere Wirkung gehabt als „Die Welträtsel“.¹⁰

Becher nennt auch jenes schmale Bändchen, das dem vierzehnjährigen Walter Ulbricht während seiner Ersatzkonfirmation, des freireligiösen Initiationsakts der Jugendweihe, als die Quelle für Rezitation und Gesang im Chor gleichgesinnter

6 In seiner kürzlich abgeschlossenen Dissertation geht Todd H. Weir Institutionen und Formen der freigeistigen Weltanschauung in der deutschen Arbeiterbewegung in Detail nach. Vgl. Todd H. Weir, *The Fourth Confession: Atheism, Monism and Politics in the Freigeistig Movement in Berlin 1859-1924*, Diss. Ms., Columbia University 2005.

7 Vgl. Walter Ulbricht, *Die Lösung großer Menschheitsaufgaben liegt vor euch*. Rede vor Teilnehmern an den Jugendstunden des Bezirks Gera am 2. Februar 1958, in: ders., *An die Jugend*, Berlin 1968, S. 169.

8 Vgl. Johannes R. Becher, *Walter Ulbricht. Ein deutscher Arbeitersohn*, Berlin 1967, S. 14.

9 Ernst Haeckel, *Die Welträtsel*, Berlin 1899 (Nachdruck Akademie-Verlag 1960), S. 19.

10 Vgl. Walter Ulbricht, *Festrede anlässlich des 15. Jahrestages der Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena* am 20. Oktober 1960, in: *Jenaer Reden und Schriften*, N.F. 2 (1960), S. 16-37, S. 20 f.

Altersgenossen gedient hat. Die speziell für die Anhänger der „natürlich-menschlichen Lebensanschauung“ zusammengestellte Sammlung „neuer Texte“ *Perlen der Ethik in poetischer Fassung* erweist sich als ein regelrechtes Manifest eines naturreligiös überhöhten Szientismus. Die „wahre Andacht“ vor dem „Hochaltar der Natur“ und dem „Blumen-Evangelium“ wird hier der „falschen Andacht“ in der Kirche entgegen gehalten und selbst die biologische Zellentheorie mit schwärmerischem Gefühlsüberschwang in Verse gegossen.¹¹

Die Jugendweihe, dieser aus den freigeistigen Traditionen stammende Ritus der Erwachsenwerdung wurde in der DDR nach einem Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 14. März 1954 als ein offizielles staatssozialistisches Jugendfest wieder eingeführt und stellte gewissermaßen ein besonderes „Markenzeichen“ der DDR im sozialistischen Lager dar. Für Walter Ulbricht persönlich schien diese Feier der Schulentlassung jedenfalls ein Schlüsselerlebnis gewesen zu sein. Und so versetzten ihn seine zahllosen Ansprachen an „liebe Mädel und Jungen“ der Republik anlässlich der Jugendweihen unentwegt in juvenile Träumereien. Die versammelten „Herren der Zukunft“ durften dabei von Ulbrichts eigener „im Licht der Wissenschaft“ bewegten Jugend näheres erfahren. Auch er selber habe von Herbst 1906 bis Ostern 1907 an den Jugendstunden teilgenommen, später mit diesem Wissensgepäck verschiedene Länder durchwandert, sich „besonders in der Schweiz mit Biologie beschäftigt“ und so die ganze „einfache“ Wahrheit über unser naturgesetzliches Dasein begriffen.¹²

So wird es kaum überraschen, dass Ulbricht an der Fortsetzung und dezidiert naturwissenschaftlichen Zentrierung der Jugendweihen selbst dann unbeirrt festhielt, als sie angesichts dauernder Proteste aus Kirchenkreisen auch in den eigenen Reihen große Zweifel hervorrief. Erst vor diesem Hintergrund wird wiederum der mächtige Eklat um das populärwissenschaftliche Geschenkbuch für die Jugendweihen *Weltall – Erde – Mensch* während des 33. Plenums des ZK der SED am 19. Oktober 1957 nachvollziehbar, in dessen Folge der ZK-Sekretär für Kultur und Erziehung, Paul Wandel, von seiner Funktion entbunden wurde und sich als DDR-Gesandter in der Volksrepublik China wieder fand. Mit einer derart heftigen Reaktion seines Parteichefs hatte Wandel sicherlich gar nicht gerechnet als er hinter dessen Rücken das unter starken Beschuss seitens der Kir-

11 In einem monistischen Gedicht Gustav Tschirns „Kämpfer des Lichts“ wird die Entstehung einer volkstümlichen Naturwissenschaft explizit auf die März-Revolution bezogen: Freiheit-begeisterte, Frühling-erhoffende, lichtfrohe Scharren / Hoben ihr Haupt in des vorigen Säkulum's vierziger Jahren. / Schneeglöckchen gleich sind erblüht da die Hunderte freier Gemeinden, / Denen das Volk, wie der Wissenschaft Träger sich jubelnd befreunden. (...) Neu wird der Mensch, der sich selber erschuf und aus eigenen Kräften, / Kind der Natur, durch Entwicklung groß und genährt von den Säften, / Die in der Erde, den Sternen, den Blumen und Tieren auch wirken / Ewig-unendlich und nimmer begrenzt von des Jenseits Bezirken.“ In: Johannes Kippenberger (Hg.), *Perlen der Ethik in poetischer Fassung*, Leipzig 1923 (1. Aufl. 1907), S. 106.

12 Walter Ulbricht, Die Lösung großer Menschheitsaufgaben liegt vor euch. Rede vor Teilnehmern an den Jugendstunden des Bezirks Gera am 2. Februar 1958, in: ders. *An die Jugend*, Berlin 1968, S. 169; Walter Ulbricht, Rede zur Eröffnung des Jugendweihejahres in Sonnenberg am 29. September 1957, in: *Neues Deutschland*, 1. Oktober 1957.

che geratene „Buch der Wahrheit“ durch ein anderes zu ersetzen entschied und die auf die deutschen Nationaltraditionen abhebende Prachtausgabe *Unser Deutschland* speziell für die Jugendweihen drucken ließ. Doch für Ulbricht kam dieses Ausweichmanöver einem Staatsstreich gleich. Dies um so mehr, weil in der im letzten Moment doch gedruckten Neuauflage von *Weltall – Erde – Mensch* das von ihm verfasste Vorwort fehlte. Wir, Ulbricht, haben „ziemliche Auseinandersetzungen“ mit dem Genossen Wandel gehabt, da dieser dem massiven Druck unserer Gegner nachgegeben und „unsere Linie der besonderen Betonung der naturwissenschaftlichen Erziehung“ bei der Jugendweihe verlassen habe.¹³ Die „ziemlichen Auseinandersetzungen“ um die politische Bedeutung der Naturwissenschaftspropaganda für die Jugenderziehung in der DDR kosteten einen der führenden SED-Funktionäre alle seine Posten, da er sie offenbar unterschätzt hat. Doch macht das Beispiel Wandels auch noch mal deutlich, dass die DDR-Forschung das Untersuchungsfeld der Wissenschaftspopularisierung nicht ebenso unterschätzen sollte.

4. Populärwissenschaftliche Sowjetisierung und der „Neue Kurs“

Personelle, institutionelle und diskursive Kontinuitäten im SED-Staat zurückzufolgen macht selbstverständlich erst dann Sinn, wenn sie als transformative Überschreibungen aufgefasst und nach ihren Neukontextualisierungen befragt werden. Und so stellt sich die populäre Verwissenschaftlichung der DDR vor allem als ein Resonanzsystem von Sowjetisierung und deutschen Traditionen dar. So fand der nach innen gerichtete antikirchliche Beschluss des ZK der VKP(b) vom 27. September 1944 „Über die Organisation der wissenschaftlich-aufklärerischen Propaganda“¹⁴ im Beschluss des sowjetischen Ministerrates „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 2. Juni 1953 eine bemerkenswerte Neuauflage. Darin wurde die Verbreitung der wissenschaftlichen Kenntnisse als die „Grundform der antireligiösen Propaganda“ nobilitiert.¹⁵ Der Popularisierungsbeschluss in der UdSSR erklärt sich aber wiederum als ein Ausdruck des sowjetischen „neuen Kurses“ gegenüber der Kirche ab Herbst 1944. Denn dessen Hintergrund bildete die Überlegung, dass der von Stalin ausgesprochene Gedanke über eine

13 Vgl. 33. Tagung des ZK der SED. Stellungnahme Walter Ulbrichts während der abschließenden Debatte am 4. Verhandlungstag, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), DY 30/IV 2/1/186, Bl. 112ff.

14 Vgl. Propagandist 18 (1944), S. 6f.

15 Vgl. Beschluss des Ministerrates der UdSSR in deutscher Übersetzung o.D., in: SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2/286, Bl. 21–26. Zu den kirchenpolitischen Auswirkungen dieses Beschlusses in der DDR vgl. Martin Georg Goerner, Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958, Berlin 1997, S. 115f.

„indirekte“ und „subtilere“ Entkirchlichungstaktik am effektivsten mittels einer breit geführten naturwissenschaftlichen Propaganda realisierbar sei.¹⁶

Die im Einführungsjahr der Jugendweihen zweifelsohne auch aus dem Geist des sowjetisch angeordneten „Neuen Kurses“ gegründete „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“ (GwK) befindet sich vor diesem Hintergrund im Mittelpunkt meiner Studien. Die GwK berief sich bei ihrer Konstituierung auf die „Allunionsgesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse“. Der Mitbegründer der GwK Hermann Duncker verwies auf deren Gründungskongress darüber hinaus explizit auf den sowjetischen Beschluss vom 27. September 1944.¹⁷ Für die westlichen Opponenten glichen solche Bekenntnisse einem Teufelspakt: Die sowjetische Schwesterorganisation habe wiederum das Erbe des „Bundes kämpferischer Gottloser“ angetreten, lautete die Kritik. Inhaltlich und personell hat aber die GwK unmittelbar an die antireligiöse Wissenschaftsgläubigkeit der deutschen Arbeiterbewegung angeknüpft und setzte sich bewusst in die Tradition des 1924 vom Sozialdemokraten Julius Schaxel in Jena gegründeten Freidenkerverlages „Urania“ mit dem erklärten Ziel, weiter „den faustischen Trieb im Menschen zu fördern“.¹⁸ Aufgrund der chronischen Ambivalenz der Kirchenpolitik der SED war die Gesellschaft aber ähnlich der Institution der Jugendweihe dazu verurteilt, permanent zwischen offener Kirchenkritik und einer auf die „religiösen Gefühle“ der Bürger Rücksicht nehmenden Aufklärung zu balancieren.

5. Schluss und Ausblick

Hatte die SED-Führung in der Populärwissenschaft schon früh einen bewusstseinsbildenden Tätigkeitsbereich von großer Wichtigkeit erkannt, so erhielt sie mit dem klar definierten politischen „Gesundungsauftrag“ als Instrument des sogenannten „neuen Kurses“ nach dem 17. Juni 1953 eine weitere Legitimationsgrundlage. Vom kirchenpolitischen Impuls getragen, entfaltete sie nach und nach eine Eigendynamik und avancierte quasi zu jenem inhaltlichen Substitut der kirchlich vermittelten Schöpfungsgeschichte, mit dessen Hilfe die „Gefühle der noch religiös Empfindenden“ Bevölkerung säkular aufgehoben und gewissermaßen eine zivil- bzw. diesseitsreligiöse Transzendierung der SED-Herrschaft vollzogen werden sollte.

16 Vgl. etwa Analyse über das Verhältnis zur Kirche und Formen der antireligiösen Propaganda, 3. März 1943. Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der VKP(b), in: Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'noj i Političeskoj Istorii, Fond 17, Op. 125, Delo 242, Bl. 67.

17 Hermann Duncker, Rede auf dem Gründungskongress der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse am 17. Juni 1954. Abgedruckt im Anhang zu: Minika Schneider, Hermann Duncker. Marxist, Propagandist, Mitbegründer der URANIA, hg. vom Präsidium der URANIA, Berlin 1979, S. 30-33, S. 30.

18 40 Jahre Urania. 40 Jahre Urania-Verlag. Jubiläumsschrift zum 40. Jahrestag der Gründung des Verlages Urania-Verlag, Verlag für populärwissenschaftliche Literatur Leipzig/Jena/Berlin 1964, S. 26.

Die Untersuchung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda in der DDR unter einer derart kirchenpolitisch zentrierten Fragestellung reicht allerdings keineswegs aus.¹⁹ Vielmehr kann die hier vorgestellte Perspektivierung als eine politikgeschichtlich sichere Warte gelten, von der aus sich der Blick auf die vielfältigen Diskurse, Funktionen und Praktiken der Populärwissenschaft im Realsozialismus erst öffnet. Erstens rücken dabei die bio- und körperpolitischen Entwicklungen im SED-Staat in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses und somit auch die gesellschaftlichen Modelle von Geschichte und Zukunft sowie vom „Menschen“ als Fluchtpunkt kommunistischer Meistererzählungen in ihrem Wandel.²⁰ Zweitens soll die Wissenschaftspopularisierung in bezug auf den Kalten Krieg und Systemkonkurrenz im Sinne einer *Histoire croisée* analysiert werden.²¹ Das hier zu präsentierende Projekt versteht sich auch als eine Fortsetzung und Erweiterung der ursprünglich in den USA ausgearbeiteten, mittlerweile aber auch in der deutschen Geschichtswissenschaft aktuell gewordenen Forschungsagenda, welche sich um das Konzept der *Cold War Culture* bewegt. Komplementär dazu wird von einer „*Cold War Nature*“ des Kalten Krieges ausgegangen. Schließlich ist von Bedeutung, dass es sich bei der realen Praxis der Populärwissenschaft um eine spezifische Textgattung und Kommunikationsform mit persuasiv-hierarchischem Charakter handelte. Die Populärwissenschaft ließe sich nach einer weiteren Arbeitsthese grundsätzlich als eine wissenschaftsverbundene Sonderform des von Rainer Gries beschriebenen „Dispositivs Propaganda“ begreifen.²² Für durchherrschte Gesellschaften wie die der DDR oder der Sowjetunion, die sich der älteren Traditionen der Wissenschaftspopularisierung mit einer geradezu unstillbaren Begierde bemächtigten, gilt diese Annahme erst Recht. Nur durch einen derart komplexen Zugang zur ostdeutschen Geschichte

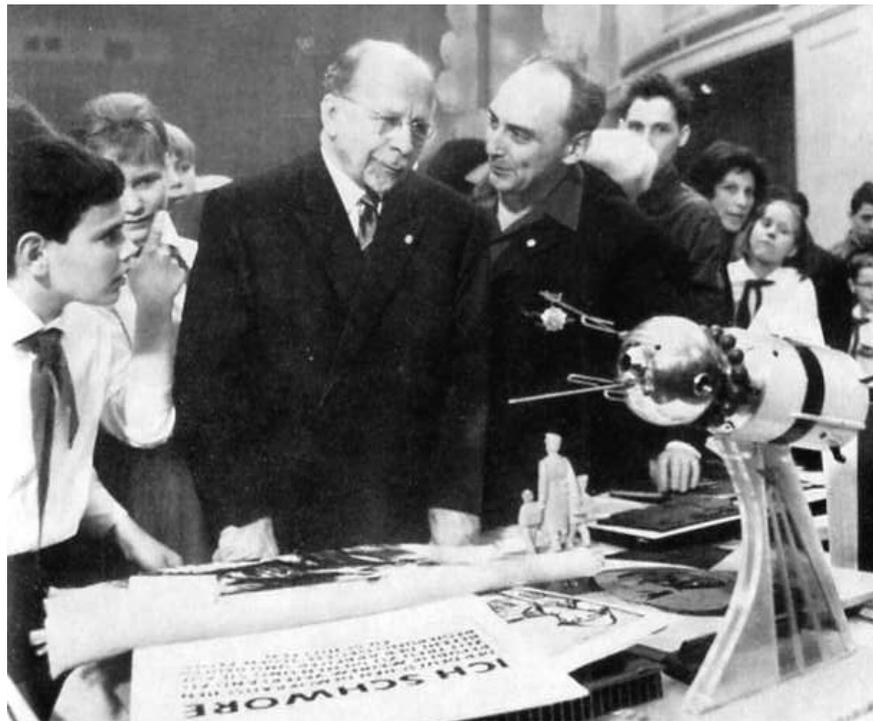
19 Im Rahmen dieses Aufsatzes kann eine spezielle Auseinandersetzung mit dem problematischen Konzept der Zivilreligion nicht stattfinden. Als theoretischer Bezugsrahmen sei hier auf die folgenden Arbeiten mit weiterführender Literatur verwiesen: James Thrower, *Marxism-Leninism as the Civil Religion of Soviet Society*, Lewiston 1992; Gottfried Künzlen, *Der Neue Mensch: eine Untersuchung zur säkularen Religionsgeschichte der Moderne*, München 1994; Thomas Hase, *Zivilreligion. Religionswissenschaftliche Überlegungen zu einem theoretischen Konzept am Beispiel der USA*, Würzburg 2001; Mathias Hildebrandt, *Politische Kultur und Zivilreligion*, Würzburg 1996.

20 Die wissenschaftlich-atheistische Propaganda als der zentrale Träger des Fortschrittsdiskurses zählt zu den bedeutendsten Diskursfeldern eines „zeitkulturellen Wandels“ in der DDR, wie dieser von Martin Sabrow beschrieben worden ist. Vgl. Martin Sabrow, „Zeit“ als politischer Legitimationsfaktor. Zeitgefühl und Zukunftsverständnis im „Dritten Reich“ und in der DDR, Vortrag *Historicum*, 14.1.2003. Zu diesem Fragenkomplex vgl. u.a. auch die Beiträge in Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hg.), *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Göttingen 2004.

21 Vgl. Michael Werner/Bénédicte Zimmermann, Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der *Histoire croisée* und die Herausforderung des Transnationalen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 607-636.

22 Vgl. Rainer Gries, Zur Ästhetik und Architektur von Propagamen. Überlegungen zu einer Propagandageschichte als Kulturgeschichte, in: ders./Wolfgang Schmale (Hg.), *Kultur der Propaganda*, Bochum 2005, S. 9-37, S. 12.

der Populärwissenschaft ließe sich meine Ausgangshypothese überprüfen, wonach die rätselhafte innere Stabilität der DDR nicht zuletzt mit der erhofften Endlösung der Welträtsel zusammenhing, wie sie die SED-Führung ihren Bürgern versprach.



Walter Ulbricht trifft FDJler und Pioniere, 1966 (Quelle: W. Ulbricht, *An die Jugend*, Berlin 1968).

**VERFLECHTUNG UND SYSTEMKONKURRENZ.
Eine Betrachtung zum Berliner Grenzgängerproblem**

Frank Roggenbuch

Für das Forschungsfeld „Berlin im Kalten Krieg“ ist vor einiger Zeit eine stärkere Betonung der innerstädtischen Systemkonkurrenz gefordert worden.¹ Aus gutem Grund: Selbst bei neueren und neuesten Publikationen dominieren die überregionalen Bezüge vor allem der zweiten Berlinkrise und des Mauerbaus. Angesichts der globalen Tragweite dieser Vorgänge ist das auch erklärlich und gerechtfertigt.² Der Kontinuität bestimmter Verflechtungsbeziehungen zwischen dem zweigeteilten Berlin und seinem brandenburgischen Umland bis zum 13. August 1961 hat die Forschung zur Nachkriegszeit lange Zeit jedoch kaum Interesse entgegengebracht.³ Die wechselseitigen Bindungen beider Teilstädte und des Umlandes waren aber zwischen Spaltung und Mauerbau noch so zahlreich und eminent, dass insbesondere für diesen Zeitraum von einer Teilungsgesellschaft zu reden ist, die eine Gesamtberliner Betrachtungsweise unumgänglich macht.⁴ Welcher Art aber waren die Wirkungen, die von den beiden Hauptfaktoren des Zusammenhalts - traditionelle Verflechtungen sowie Gesamtberliner Bestimmungen des Vier-Mächte-Status - im Rahmen der Entwicklung der Systemkonkurrenz in Berlin ausgingen?

Ein Teil der Gesamtberliner Verflechtungen war das regionale Pendlerwesen. Es bestand selbst dann noch fort, als infolge der Währungsspaltung aus Pendlern Grenzgänger wurden, die von der West-Berliner Tageszeitung „Der Kurier“ als „Stiefkinder der Viersektorenstadt“ apostrophiert wurden.⁵ Dieses Grenzgängerphänomen hatte – den Hauptfaktoren des Zusammenhalts gemäß - zwei Gesamt-

1 Michael Lemke, Zum Problem der Analyse Berlins und seines Brandenburger Umlandes als ein besonderes Verflechtungsgebiet im Ost-West-Konflikt, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 18-19/2000, S. 45 ff. - Der vorliegende Text skizziert einen Aspekt der durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED ermöglichten und vom Autor am ZZf Potsdam erarbeiteten Dissertation zu diesem Thema, die im Jahr 2006 abgeschlossen wird.

2 Vgl. u.a. Steffen Alisch, „Die Insel soll sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, Stamsried 2004; Christoph Münger, Kennedy, die Berliner Mauer und die Kuba-Krise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961-1963, Paderborn 2003; Heiner Timmermann (Hg.), Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, Münster 2003; Matthias Uhl/Armin Wagner, Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation, München 2003.

3 Lemke, Zum Problem der Analyse Berlins, S. 45.

4 Einzelne Schritte in Richtung dieses methodischen Ansatzes sind: Werner Süß/Ralf Rytlewski (Hg.), Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer Metropole, Bonn 1999, sowie Wolfgang Ribbe, Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002.

5 Der Kurier, 18.7.1952. Zum Grenzgängerproblem siehe: Jörn Schütrumpf, Zu einigen Aspekten des Grenzgängerproblems im Berliner Raum von 1948/49 bis 1961, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 31 (1984), S. 333 ff.; Erika M. Hoerning, Zwischen den Fronten. Berliner Grenzgänger und Grenzhändler 1948-1961, Köln 1992; Ribbe, Berlin 1945-2000, S. 117 ff.

berliner Wurzeln: Zum einen die traditionelle Erwerbs-Mobilität hunderttausender Bewohner der Region als Teil der organisch gewachsenen Struktur von Arbeit und Wohnen sowie zum andern die Vier-Mächte-Garantie für die Aufrechterhaltung der intersektoralen und regionalen Freizügigkeit von Arbeit und Verkehr. Unter eben dieser Voraussetzung von Freizügigkeit und somit erzwungener Systemdurchlässigkeit konnte das Grenzgängerwesen zwölf Jahre lang bestehen bleiben. Doch während der gesamten Zeit seiner Existenz war es ein politisches Problem, das auf beiden Seiten und vor allem im gegenseitigen Verhältnis immer wieder für Irritationen, Konflikte und Affekte des Kalten Krieges sorgte. An Hand des Grenzgängerproblems wird im Folgenden skizziert, welche erstaunliche Auswirkungen die Überlagerung von städtisch-regionalen Verflechtungen und der Systemkonkurrenz in Berlin mitunter hatte.

Die „Geburtsurkunde“ der Grenzgängerproblematik war die so genannte Währungsergänzungsverordnung vom 20. März 1949.⁶ Diese nüchterne und - wenn man so will - bagatellisierende Sprachregelung stand für die Entscheidung, die kursstarke Westmark in den Berliner Westsektoren als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel einzusetzen. Diese Entscheidung war von besonderer Tragweite, da sie die wirtschaftliche Ablösung West-Berlins von den anderen Teilen des Berliner Verflechtungsraums, dem sowjetischen Sektor und den brandenburgischen Randgebieten der SBZ/DDR, zementierte. Um die Existenz eines großen Teils der Bevölkerung der Westsektoren auch künftig zu gewährleisten und überdies den für die Berlin-Präsenz der Westalliierten konstitutiven Vier-Mächte-Status herauszustellen, erließen die Kommandanten der Westsektoren eine Sonderregelung: Für zunächst annähernd 200.000 Arbeitnehmer, die als Grenzgänger im jeweils anderen Währungsgebiet tätig waren, wurde mit der Währungsergänzungsverordnung auch das so genannte Lohnausgleichsverfahren eingeführt. Dieses Verfahren basierte auf dem Prinzip der Verrechnung potentieller Währungsverluste der im Ost-Währungsgebiet tätigen West-Berliner - der Ost-Grenzgänger - mit den potentiellen Währungsgewinnen der von Ost nach West pendelnden West-Grenzgänger. Praktisch wurden die jeweiligen Einkommen quotiert. West-Grenzgänger erhielten zunächst zehn Prozent ihres West-Lohns in Westmark ausgezahlt. Die verbleibenden neunzig Prozent gingen an die Lohnausgleichskasse, die sie im gleichen Nennbetrag in Ostmark umtauschte, der an den jeweiligen West-Grenzgänger ausgezahlt wurde. Den anfangs ca. 122.000 Ost-Grenzgängern (gegenüber 76.000 West-Grenzgängern) tauschte diese neu errichtete Kasse sechzig Prozent ihres Ostmarkeinkommens in die in West-Berlin jetzt lebensnotwendige Westmark um.⁷ Die Lohnausgleichskasse war

6 Dritte Verordnung zur Neuordnung des Geldwesens in Berlin vom 20.3.1949 (Währungsergänzungsverordnung), in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945-1951, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, bearbeitet durch Hans J. Reichardt u. a., Berlin 1964, S. 1418 ff.

7 Michael W. Wolff, Die Währungsreform in Berlin 1948/49, Berlin/New York 1991, S. 90, Fn.6.; Johannes Bähr, Industrie im geteilten Berlin (1945-1990), München 2001, S. 131; Peter G. Rogge, Die amerikanische Hilfe für Westberlin. Von der deutschen Kapitulation bis zur westdeutschen Souveränität, Tübingen 1959, S. 95. Bereits Ende 1949 war die Zahl der Grenzgänger

gewissermaßen die „Herz-Lungen-Maschine“ für den Ost-Grenzgänger-Kreislauf. Sie war zwischen die relativ geringe, über die Ost-Beschäftigung tatsächlich erworbene Kaufkraft und die für die Bezahlung aller West-Berliner Leistungen und Waren tatsächlich notwendige Kaufkraft „geschaltet“, um das Ost-Grenzgängerwesen am Leben zu erhalten. Das hierfür nötige Ausgleichsvolumen lieferte der ebenfalls über die Lohnausgleichskasse führende Gegenkreislauf des West-Grenzgängerwesens, das, in der Relation zum östlichen Konsumtionsniveau gemessen, einen mehr als vierfachen Kaufkraft-Überschuss hervorbrachte. Durch diesen Austausch der individuellen Kaufkraftpotentiale beider Kreisläufe wurden die Grenzgänger also für ihre jeweilige Wohnsphäre konditioniert.

Die Funktionalität der Lohnausgleichskasse erschöpfte sich jedoch nicht im reinen Währungsumtausch. Die Verteilung von Arbeiten und Wohnen in Berlin war wie in allen Großstädten das Resultat einer ganzheitlichen Genese. Da aber die Währungsspaltung nicht automatisch eine diesbezügliche Neustrukturierung mit sich brachte (die zumindest dem Verwaltungsdualismus angemessen gewesen wäre), hätte eine Beseitigung des systemübergreifenden Arbeitspendelns in den jetzigen Teilstädten erhebliche Unausgewogenheiten hervorgerufen. Aus dieser Sicht hätte – als theoretische Überlegung - auch ein Ost-West-Austausch aller im jeweils anderen Währungsgebiet tätigen Arbeitskräfte eine nur äußerst unzulängliche Lösung der Arbeitsmarktfrage in der geteilten Region sein können. Aus dem Beharrungsvermögen der Arbeitsmarktverflechtung ergab sich also ein nachhaltiger regionaler Regelungsbedarf. Da es aber keine „echten“ Gesamtberliner Institutionen mehr gab, wuchs der Lohnausgleichskasse mit ihrem Gesamtberliner Wirkungsradius über den Mechanismus einer Funktionssubstitution eine einschlägige Sonderrolle zu. Sie agierte nicht nur als finanzielles Scharnier, welches das West- und Ost-Pendeln quantitativ und währungsspezifisch miteinander verband, sondern in gewisser Weise als eine Art Arbeitsamt für systemübergreifende Beschäftigung. Ohne dieses Instrument wären nicht nur die Existenzen zahlreicher West-Berliner Arbeitnehmer und ihrer Familien zerstört, sondern auch der Gesamtberliner berufsspezifische „Verteilerschlüssel“ außer Kraft gesetzt worden. Das aber hätte die Nebenwirkungen der zur Selbstbehauptung West-Berlins und langfristigen Gesundung seiner Wirtschaft für unumgänglich gehaltenen Rosskur noch verstärkt, die die Währungsspaltung für die bis dato noch weitgehend mit Ost-Berlin und dem Umland verflochtene West-Berliner Wirtschaft verkörperte. Aber selbst wenn ein auf beiden Seiten übereinstimmendes wirtschafts- oder arbeitspolitisches Motiv zur Beseitigung des Grenzgängerwesens dominant geworden wäre, hätte jeder derartige Abbau von Verflechtungssubstanz und jedes Unterlaufen integrativer Vier-Mächte-Garantien wie der Freizügigkeit von Arbeit und Verkehr zugleich die Basis der

deutlich zurückgegangen. Es gab jetzt nur mehr 87.000 Ost-Grenzgänger und 45.000 West-Grenzgänger, siehe: Wolff, Währungsreform, S. 272.

Berlin-Präsenz der Westmächte geschmälert und somit kaum deren Zustimmung gefunden.

Allein schon dieser Umstand musste der SED – unter dem Zwang der Systemkonkurrenz - eine grundsätzlich desintegrative Berlin-Politik und von dieser Seite her ein Interesse an der Abschaffung der „Grenzgängerei“ nahe legen. Eine wesentliche Rolle bei der Beurteilung der Gesamtberliner Arbeitsproblematik spielte zudem die generelle Prioritätensetzung im Verhältnis von Wirtschaft und Politik. Das für die SED elementare Primat der Politik über die Wirtschaft und damit auch über die Arbeit sollte sich auf dem Feld der Verflechtungskategorie Grenzgängerwesen als verhängnisvoll erweisen. Auch wenn die Währungsspaltung einschließlich des Lohnausgleichsverfahrens aus politisch-ideologischen Gründen von der SED abgelehnt wurde – sie war und blieb eine unleugbare Tatsache, deren bewusste Verkenning sich nachteilig auswirken musste. Da die Überlegungen der Westseite, die zum Lohnausgleichsverfahren geführt hatten, auf die Erhaltung eines quantitativ so stark wie möglichen Gesamtberliner Arbeitsmarktes abzielten, verkörperte dieses Regelungskonvolut in Anbetracht des Spaltungsprozesses und trotz seiner Defizite das damals mögliche Optimum für den Erhalt von Stadt und Region.⁸

In den frühen fünfziger Jahren exerzierte die SED einen einseitigen Eingriff größter Dimension in den organisch gewachsenen Gesamtberliner „Kräfteverteilungsplan“. Im Zuge der Verschärfung des Systemgegensatzes entließ sie - „kraft ihrer Wassersuppe“ als faktischer Arbeitgeber - Zehntausende von West-Berliner Arbeitnehmern aus den volkseigenen Betrieben. Anfänglich wurde West-Berlin hierdurch empfindlich getroffen, weil der ERP-long-term-plan⁹, der den Abbau der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung zum Ziel hatte, zunächst nur deren Zunahme verhinderte: Obwohl von 1950 bis 1952 rund einhunderttausend feste Arbeitsplätze in West-Berlin neu geschaffen wurden, ging die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum von rund 300.000 auf nur rund 270.000 zurück.¹⁰

8 Die Hauptdefizite waren die Außerachtlassung der West-Berliner Eisenbahner, die Anlass für den UGO-Konflikt von 1949 war, sowie das Fehlen eines Währungsausgleichs für im Ostwährungsgebiet tätige Freiberufler und Gewerbetreibende. Vgl. dazu z. B. Burghard Ciesla, „Über alle Sektorengrenzen hinweg ...“. Die Deutsche Reichsbahn und die Berlin-Krisen (1945-1958), in: Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948-1958*, Berlin 1999, S. 133 ff, sowie Frank Roggenbuch, *Die Bewegung der Währungsgeschädigten und die SED* (Aufsatz, in Vorbereitung)

9 Siehe u. a. Walter Krumholz, *Berlin-ABC*, hrsg. im Auftrage des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Berlin 1969, S. 406 f.

10 Die Arbeitslosigkeit kulminierte bei einem Stand von 306.460 im Februar 1950, siehe: *Berlin in Zahlen 1951*, hrsg. vom Statistischen Landesamt Berlin, Berlin 1951, S. 59. Die Zahlen für 1952 sind – wohl auf Grund unterschiedlicher Erhebungszeitpunkte - unterschiedlich. Vgl. u. a. Kurt Pritzkolet, *Berlin. Ein Kampf ums Leben*, Düsseldorf 1962, S. 95: 268.000; Ernst Reuter, *Berlin – Eine Bastion der Freiheit*, in: *Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Länder*, 2. Ausgabe: Berlin, ohne Erscheinungsort 1952, S. 5: 290.000. Für 1953 gibt – nunmehr das Statistische Jahrbuch – 238.929 Arbeitslose an, siehe: *Statistisches Jahrbuch Berlin 1954*, hrsg. vom Statistischen Landesamt Berlin, Berlin 1954, S. 86.

Die Entlassungen wurden von den Kaderabteilungen der östlichen Betriebe und Institutionen mit der von West-Berlin ausgehenden und „immer stärker werdenden Zersetzungstätigkeit“ der „anglo-amerikanischen Imperialisten“ und ihrer „deutschen Handlanger“ begründet. Doch wurde in den Kündigungsschreiben auch die Erwartung formuliert, dass der Entlassene künftig seine „ganze Kraft“ für die deutsche Einheit, einen gerechten Friedensvertrag und für den „Sturz des verbrecherischen Reuter-Senats“ einsetzen wolle. Denn wie es hieß, werde es nur durch diesen „persönlichen Einsatz“ gelingen, die „Einheit Berlins wieder herzustellen“.¹¹ Die wirklichen Motive der Entlassungen wurden vom Berliner Büro des amerikanischen Hochkommissars eingehend untersucht.¹² Zweifellos sind hier und da auch innerbetrieblich-personalwirtschaftliche Gründe wie ein gelegentlicher, zweckmäßigerweise mit West-Berlinern zu realisierender Abbau punktueller Personalüberhänge festzustellen.¹³ Doch sind derartige Vorgänge bereits als Ausfluss eines groß angelegten Versuchs zur Schädigung des Westens wie auch zur sicherheitspolitisch-ideologisch motivierten Abschottung zu betrachten. Die Ost-Grenzgänger als solche waren hierbei lediglich das Bauernopfer. Immerhin stellte man ihnen großzügig frei, in den Osten zu ziehen – obwohl es bekanntermaßen weder Wohnraum in ausreichendem Maße noch ein nennenswertes Interesse der Betroffenen gab!¹⁴

Der Abbau der Ost-Grenzgänger erhielt seinen letzten großen Impuls auf Grund des SED-Debakels bei den Wahlen zum West-Berliner Abgeordnetenhaus im Dezember 1954. Die West-Berliner in den Ost-Berliner- bzw. DDR-Betrieben wurden dafür zum Sündenbock erklärt.¹⁵ Mit den Worten „Jetzt ist mir klar, was ich zu tun habe, die werfe ich alle raus!“ leitete der Kaderleiter des VEB Secura in seinem Betrieb den ultimativen Kehraus ein.¹⁶ Jetzt mussten auch die „Letzten der Westsektoraner“ die Großbetriebe, die Handelsorganisation, die Schulen und - wenn sie nicht zum künstlerischen Personal gehörten – auch die Theater verlassen. Doch sollte sich das ostseitige Primat der Politik über die Wirtschaft in dieser hier vorliegenden Form sehr bald als nachteilig erweisen: Bereits in eben

11 Die Sperrmaßnahmen der DDR 1952, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Angelegenheiten, Berlin 1953, S. 120.

12 Bericht des HICOG Berlin, Mr. Parkman und Mr. Baker, an HICOG Bonn vom 27.1.1955 über Entlassungen in der DDR, insbesondere von West-Berliner Arbeitern, in: LAB, B Rep. 036-02, Box 2185.

13 Brief des VEB FFAB vom 22.12.1955 an den Leiter der HV RFT betr. Jahresbericht über Kaderarbeit, in: LAB, C Rep. 406 Nr. 223.

14 Der Kurier, 26.6.1952.

15 Es erwies sich, dass die Wählerstimmen (2,7 Prozent), die die SED erhalten hatte, in etwa der Zahl ihrer West-Berliner Mitglieder bzw. Anhänger entsprach und die Ost-Grenzgänger somit tendenziell die demokratischen Parteien SPD, CDU und FDP gewählt hatten.

Hierzu: 1. Stimmungsbericht der SED-Kreisleitung Lichtenberg über die Wahlen in West-Berlin am 5.12.1954 vom 6.12.1954, in: LAB, C Rep. 903-01-02 Nr. 161, sowie: „Einschätzung über die Stimmung zum Ausgang der Wahlen“ der SED-Kreisleitung Mitte vom 8.12.1954, in: LAB, C Rep. 903-01-04 Nr. 281.

16 „Analyse über die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in Westberlin“ der SED-Kreisleitung Berlin-Mitte, undatiert, vermutlich 10.12.1954, in: LAB, C Rep. 903-01-04 Nr. 281.

jenem Jahr 1954 begannen die östlichen Arbeitsverwaltungen von einem „akuten Arbeitskräftemangel“ zu sprechen.¹⁷ Der überwiegend durch Entlassungen verursachte Verlust von inzwischen annähernd einhunderttausend West-Berliner Beschäftigten vor dem Hintergrund der personellen Auswirkungen von SED-Initiativen wie der Bewegung „Industriearbeiter aufs Land“ und letztlich dem Flucht-Exodus von rund einer viertel Million DDR-Bewohner im Jahreschnitt führten ab Mitte der fünfziger Jahre zu einer drastischen Verschärfung der Arbeitskräftelage in Ost-Berlin und den Randgebieten. Zudem gab es gerade zu dieser Zeit kaum eine Möglichkeit zur Kompensation durch Arbeitskräfte aus anderen ostdeutschen Regionen: Wenn nicht schon der DDR-weite Arbeitskräfteschwund eine halbwegs spürbare Bereitstellung von Ersatz unmöglich gemacht hätte, so wäre die erforderliche personelle Aufstockung des Verflechtungsraums Berlin um Zehntausende benötigter Arbeitskräfte einschließlich ihrer Familien letztlich am Ost- und Rand-Berliner Wohnungsmangel gescheitert.

Jenen Verflechtungsvorteil, der darin bestand, dass die Ost-Grenzgänger ihre „Bleibe“ im Westen hatten und diesbezügliche Ansprüche somit nicht geltend machen mussten, hatte die SED ja bereits ausgeschlagen. Diese für die SED ohnehin problematische Entwicklung wurde jetzt in steigendem Maße von folgender Tendenz überlagert: Im Zuge der Beseitigung des industriellen Ost-Grenzgängerwesens - nur ein geringer Prozentsatz nicht zu ersetzender Ärzte, Intellektueller und vor allem Künstler durfte im Osten weiterarbeiten – verblieben der Lohnausgleichskasse immer größere Westmarkbeträge. Über schrittweise Erhöhungen der Westmarkquoten bis auf letztlich vierzig Prozent kamen diese jetzt zunehmend den West-Grenzgängern selbst zugute und machten das West-Grenzgängertum zu einem äußerst profitablen Geschäft.

Die Zahl der in West-Berlin tätigen Ost-Bewohner, die während der westsektoralen Beschäftigungskrise ebenfalls zurückgegangen war, begann nun, zunächst langsam, aber stetig zu steigen und das West-Grenzgängerwesen wurde zu einem dauerhaften Defizitfaktor der schon sehr problematischen Arbeitskräftelage im Osten. Mit den Entlassungen der West-Berliner „Werkstätigen“ hatte die SED somit eine objektive Voraussetzung für ihre eigenen Schwierigkeiten geschaffen - der Arbeitskräftemangel erwies sich zumindest teilweise als hausgemacht. Motor dieser Entwicklung war die jetzt auch in West-Berlin angelaufene Konjunktur. Sie kehrte die schädigende Wirkung der „Gesamtberliner“ Arbeitspolitik der SED in das Gegenteil.

Schon die letzten Ost-Grenzgänger-Entlassungen hatten den Charakter von „Steilvorlagen“ für den Senat und die West-Berliner Wirtschaft: Zumeist wurden die Betroffenen, die größtenteils Fachkräfte waren, umgehend in die jetzt auf Hochtouren laufende Industrie vermittelt. Die Konjunktur bereinigte das Beschäftigungsproblem und bewirkte darüber hinaus einen schnell steigenden Per-

17 Bericht über die Durchführung und Kontrolle der Beschlüsse und Verordnungen des Magistrats und der Volksvertretung Groß-Berlin auf dem Gebiet der Abteilung Arbeit und Berufsausbildung vom II. Quartal 1953 bis I. Quartal 1954 vom 4.6.1954, in: LAB, C Rep. 103 Nr. 219.

sonalbedarf über die eigenen, durch Teilung und Abwanderung nach Westdeutschland begrenzten Kapazitäten hinaus. Elektro-, Metall-, Bekleidungsindustrie und andere Wirtschaftszweige entwickelten unter diesen günstigen Voraussetzungen einen starken Sog auf die regionalen, jenseits der Sektorengrenze liegenden Personalressourcen.

Aufgrund der allgemein noch respektierten Freizügigkeitsgarantie konnte die SED die „West-Grenzgängerei“ jedoch nicht verbieten. Dafür begann sie einen regelrechten Kleinkrieg gegen die West-Grenzgänger, dessen Methodenspektrum bei steigender Intensität von individueller Nötigung und Maßregelung bis zu kollektiver Diffamierung durch die Medien reichte. Höhepunkte der Diskriminierung waren öffentliche Anprangerungen in Einwohnerversammlungen. Die Kampagnen der SED konnten aber nicht verhindern, dass die Zahl derer, die dem VEB den Rücken kehrten und zu AEG und Siemens gingen, noch beträchtlich zunahm.¹⁸

Damit war das Grenzgängerwesen ein spezifischer Teil der spannungsreichen Entwicklung bis hin zur Ost-Krise von 1960/61, auf deren Höhepunkt der Mauerbau mit ihm wie auch mit anderen noch bestehenden Gesamtberliner Verflechtungen *tabula rasa* machte.

Das Grenzgänger-Beispiel ist als Verweis darauf zu betrachten, dass städtisch-regionale Verflechtungen im Spannungsfeld der Systeme ein Nährboden für stets neu entstehende Irritationen und Konflikte waren, die von den Kräften der Systemkonkurrenz auch gezielt provoziert und instrumentalisiert wurden. Das lag vor allem daran, dass die Reibungsfläche der gegensätzlich definierten Systeme hier besonders groß war. Im labilen Spannungsverhältnis von städtischer Einheit

18 Im Juli 1961 betrug die Zahl der bei den West-Berliner Arbeitsämtern registrierten West-Grenzgänger 61.200, ungefähr doppelt soviel wie 1953, am Tiefpunkt der quantitativen Entwicklung seit 1949. Das sind 6,6 Prozent der zu diesem Zeitpunkt insgesamt 933.000 Beschäftigten in West-Berlin (siehe: Anlage zum Bericht der Senatsverwaltung für Wirtschaft vom 21.8.1961 über die Auswirkungen des 13.8.1961, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 7003). Dazu kamen schätzungsweise 20.000 überwiegend weibliche illegale West-Grenzgänger, die zumeist in der Bekleidungsbranche oder in Privathaushalten („Scheuerlappengeschwader“) tätig waren. Bei 1960/61 rund 560.000 Beschäftigten in Ost-Berlin (ohne Randgebiete) ist bei grober Schätzung davon auszugehen, dass kurz vor dem Mauerbau jeder zehnte Erwerbstätige aus dem „Ostteil“ des Berliner Verflechtungsgebietes in West-Berlin arbeitete (vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1961 - Berlin, Berlin 1961, S. 130).

und politischer Teilung, das die Systemkonkurrenz in Berlin hervorgebracht hatte, waren die Wirkungen, die von den Verflechtungen ausgingen, letztlich kaum kalkulierbar und so kam es auch zu ungewollten Rückkopplungs- und Umkehreffekten.

Letztendlich bewirkten Verflechtungen in der offenen Systemkonkurrenz ein ständiges Wiederkehren des wechselseitigen Zwangs zu Abschottung und Desintegration. So mochte auch das Grenzgängerwesen zunächst zwar assoziiert haben, Berlin sei noch immer „eine unteilbare“ Stadt, doch offenbarte es sich unter den Bedingungen der Berliner Systemkonkurrenz als Potential von Konfrontation und Spaltung.

BERUFSVERBOTE IN DER DDR?
Zur Praxis politisch motivierter beruflicher Ausgrenzung in Ost-Berlin
in den 70er und 80er Jahren

Danuta Kneipp

Aus historischer Sicht wird im Zusammenhang mit Berufsverboten vor allem auf das diskriminierende Vorgehen während des Nationalsozialismus verwiesen. Ebenso stehen die zahlreichen Fälle des Ausschlusses aus dem öffentlichen Dienst als Folge des Radikalenerlasses zu Beginn der 70er Jahre in der Bundesrepublik im Interessenmittelpunkt. Auch das DDR-Recht sah Berufsverbote vor. Die Formulierungen des § 53 StGB (der DDR) geben allerdings kaum ein adäquates Bild über die reale Berufsverbotspraxis in der DDR wieder. Das belegt nicht zuletzt die heutige Einschätzung des Bundesministeriums der Justiz. Ein Blick in das Merkblatt des Bundesministeriums für Antragsteller auf berufliche Rehabilitation macht dies deutlich: „Ein berufliches Rehabilitierungsverfahren kommt nur in Betracht, wenn Sie einem Berufsverbot ausgesetzt waren oder Ihre berufliche Stellung nach dem verfolgungsbedingten Eingriff in den Beruf oder aufgrund des Eingriffs in die Berufsbildung nicht (mehr) sozial gleichwertig war.“¹ Dieser Satz unterstellt, dass es neben der juristisch fixierten Form des Verbots der Ausübung einer bestimmten Tätigkeit, wie sie im DDR-Recht z.B. nach § 53 StGB gerichtlich verhängt werden konnte², ein breiteres Spektrum staatlicher Eingriffe in den Berufsalltag der DDR-Einwohner gab, deren Auswirkungen einem Berufsverbot ähnlich waren.

In diesem Beitrag werden erste Erkenntnisse eines Forschungsvorhabens vorgestellt, welches sich mit der Praxis beruflicher Ausgrenzung in der DDR, speziell in Ost-Berlin in den 70er und 80er Jahren, auseinandersetzt. Zugleich werden im Forschungsprojekt intendierte und nicht-intendierte Effekte bei Betroffenen analysiert und in einen Zusammenhang mit der staatlichen beruflichen Repression gebracht. Diese Ergebnisse können hier nur ansatzweise eine Rolle spielen. Berufliche Repression hatte in vielen Fällen die Ausgrenzung aus der geschlossenen Gesellschaft der DDR zur Folge, was die effektive Eindämmung des Einflusses widerständiger Gruppen und einzelner Personen garantieren sollte. Dabei ist zu vermuten, dass das Mittel der beruflichen Ausgrenzung einen hohen strategischen Stellenwert hatte. Die Möglichkeiten zu widerständiger Tätigkeit sollten durch die Zuweisung eines im wörtlichen Sinne erschöpfenden Arbeitsplatzes und die Kontrolle des Betroffenen oder den Zwang zum Rückzug an soziale und ökonomische Ränder der Gesellschaft erheblich eingeschränkt werden. In

1 Vgl. Merkblatt über die Berufliche Rehabilitation des Bundesministerium der Justiz, Stand 1. Januar 2005, S. 29.

2 So finden sich in den Akten zur Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) z.B. verschiedene Fälle, in denen Mitglieder der KgU zu Haftstrafen und zu einem sich daran anschließenden Berufsverbot verurteilt wurden (vgl. BA, B 289 VA 629/171/1).

Anbetracht dessen fällt auf, dass die Reaktionen der Betroffenen sehr unterschiedlich waren und auf intendierte und nicht-intendierte Effekte zurückzuführen sind. So gab es neben der erwünschten Kapitulation vor Partei und Staat die Ausreiseersuchen, den Rückzug innerhalb der Wissenschaft oder den bewussten Verzicht auf den erlernten Beruf in der staatlich regulierten Arbeitswelt, verbunden mit der Suche nach Anschluss und Partnern in widerständigen Milieus. Die Reaktionen Betroffener können selbstverständlich nicht als direkte Folge staatlicher Repression erklärt werden. Vielmehr sahen sich die Betroffenen durch die berufliche Ausgrenzung in ihrem Alltag verschiedenen Konflikten gegenüber, die vor dem Hintergrund individueller Entscheidungssituationen beleuchtet werden müssen.

Die methodische Umsetzung des Vorhabens erfolgt zweigleisig. Einerseits wurden bisher die Archivbestände der Parteigliederungen und Gewerkschaftsorganisation, Beschlüsse des Ministerrates, des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne und der Ämter für Arbeit, auch die Überlieferungen der staatlichen Leitung entsprechender Betriebe und Institutionen sowie natürlich Sach- und Personenakten der BStU ausgewertet. Dieses „erste Gleis“ ermöglicht die Rekonstruktion der Struktur und des Zusammenwirkens einzelner Institutionen. Nicht zuletzt wurde so festgestellt, dass kein einheitliches Vorgehen bzw. keine einheitlichen Regelungen beruflicher Ausgrenzungen existierten. Andererseits wurden auf der Grundlage erarbeiteter Personen-Samples³ narrative lebensgeschichtliche Interviews geführt, wodurch die Eindimensionalität einer „reinen“ Aktenrecherche ausgeglichen werden soll. Die so erschlossenen Daten ermöglichen in einem nächsten Schritt exemplarische Fallschilderungen des Verlaufs beruflicher Ausgrenzungen sowie die Nachzeichnung kurz-, mittel- und langfristiger Verhaltensmuster Betroffener.

Exemplarische Erkenntnisse

In der DDR nutzten staatliche Organe jede Möglichkeit, in das berufliche Leben widerständiger Personen einzugreifen.⁴ Doch gerade durch die Berufs- und Arbeitskräftelenkung wird deutlich, dass es nicht nur darum ging, widerständiges Verhalten durch berufliche Ausgrenzung zu lähmen, sondern vorbeugend widerständige Strömungen zu erkennen und zu verhindern. In den Augen vieler DDR-

3 Es wurden zwei – soweit möglich – repräsentative Samples von Widerständigen gebildet, die während der 70er und/oder 80er Jahre als aktive Mitglieder in Gruppen und deren Vorläufern innerhalb des widerständigen Milieus gezählt werden können. Die Personen wurden so gewählt, dass Fallschilderungen möglich werden, die sowohl die 70er als auch die 80er Jahre einbeziehen. Gerade solche Überschneidungen verdeutlichen die Veränderungen im Vorgehen „staatlicher Organe“ gegen Widerständige und das Zusammenspiel intendierter und nicht-intendierter Effekte beruflicher Repression. Daneben wurde ein weiteres Sample erarbeitet, welches Personen einschließt, die zwar von beruflicher Ausgrenzung betroffen waren, jedoch nicht zur Ebene aktiver Gruppenmitglieder gehörten.

4 Vgl. Stefan Wolle, Stichwort: Berufsverbote, in: H. Veen (Hg.), Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, München 2000, S. 73-74.

Einwohner hatte die Berufslenkung den positiven Aspekt, dass man einen relativ sicheren Arbeitsplatz hatte. Als Kehrseite davon war es schier unmöglich, bestimmte Berufe zu ergreifen; es bestand also ein strukturelles Berufsverbot. Das MfS spielte bei dieser Tätigkeitssteuerung eine wichtige Rolle und arbeitete eng mit anderen Institutionen zusammen.⁵ So haben sich Mitarbeiter des MfS z.B. in einer Diplomarbeit⁶ mit der Bedeutung der Ämter für Arbeit für ihre eigene Tätigkeit bei der „Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit“ auseinandergesetzt. Das MfS versuchte, nach dem Beschluss des Ministerrates vom 24.5.1979 über die Erweiterung der Aufgaben der Ämter für Arbeit als Grundlage für die sich ergebende „politisch-operative Erschließung und Nutzung dieser Möglichkeiten“, aus dieser neuen Situation Profit zu schlagen. Insbesondere sollten während der Gespräche auf den Ämtern für Arbeit folgende Punkte beachtet werden:

1. „Durch diese Gespräche kann auch die Arbeitsaufnahme operativ interessierender Personen in bestimmten Objekten und Bereichen sowie Konzentrationspunkten dieser Personengruppen verhindert werden bzw. dort eingesetzt werden, wo das MfS gute politisch-operative Bearbeitungsmöglichkeiten besitzt.“
2. „Die Versuche feindlich-negativer Personen, eine freiberufliche Tätigkeit aufzunehmen, können unterbunden werden.“⁷

Die Wirkungskraft des in der DDR geltenden Arbeitsrechts war in politischen Fällen faktisch aufgehoben, so dass politisch motivierte Entlassungen, strafweise Versetzungen, berufliche Zurücksetzungen einem Berufsverbot gleichzusetzen waren, jedoch durch den Staat offiziell nicht als solches bezeichnet wurden. Zur besseren Einordnung gerichtlich verhängter Berufsverbote und beruflicher Ausgrenzung hilft die Differenzierung nach unmittelbarer (sichtbarer) und mittelbarer Repression (zu verstehen im Sinne „struktureller Gewalt“).⁸ Die Vielzahl staatlicher Eingriffe ins Berufsleben, die vor allem mittelbar abliefen, konnten im allgemeinen positiver wie negativer Art sein. Sie umfassten sowohl Beförderungen und „Kaderentwicklungspläne“ auf der einen, als auch einfache Umsetzungen missliebiger „Werkstätiger“, die Verhinderung beruflicher Entwicklung, berufliche und finanzielle Zurücksetzung oder die Vermehrung der Zahl der Vorgesetzten auf der anderen Seite. Weiter beinhaltete berufliche Ausgrenzung über einen bloßen Wechsel des Arbeitsplatzes hinaus einen Wechsel der Arbeitstätigkeit, um die Betroffenen zu schwächen und ihre Qualifikationen zu vermindern. Es musste sich bei diesen Eingriffen nicht in jedem Fall um eine Entlassung in die Erwerbslosigkeit handeln; in der Regel war die Zuweisung eines neuen, möglichst gut kontrollierbaren Arbeitsplatzes ein von vornherein eingeplanter Teil des Verfahrens.

5 Vgl. Wolfgang Schuller, Repression und Alltag in der DDR, in: Deutschland Archiv 3/1994, S. 272-276.

6 BStU, MfS JHS VVS 288/81 (MfS-Diplomarbeit: „Operative Möglichkeiten und Konsequenzen aus der Erweiterung der Aufgaben der Ämter für Arbeit“).

7 Ebd., Bl. 16 (MfS-Zählung).

8 Vgl. Schuller, Repression und Alltag.

Zur besseren Veranschaulichung sei auf den Ausschnitt einer konkreten Fallschilderung des Forschungsprojekts verwiesen. Die Zeitzeugin K., die zunächst durch ihre Unterschrift gegen das 1982 in der DDR in Kraft getretene Wehrdienstgesetz und später als aktives Mitglied mehrerer widerständiger Gruppen durch Normabweichung und widerständiges Verhalten auffiel, wurde nach zeitweiliger Kündigung durch einen „Antrag auf Überleitung auf einen anderen Arbeitsplatz“ als Horterzieherin (ursprünglich war sie Lehrerin für Deutsch und Englisch) an einer so genannten Sonderschule eingesetzt. Ziel war es, sie unter eine umfassende staatliche Kontrolle zu bringen. Aus einer Information, die als Anlage einem Schreiben des Leiters der Kreisdienststelle Weißensee an den Leiter der Hauptabteilung XX im MfS beigelegt ist, geht außerdem hervor, dass die Parteisekretärin der „Hilfsschule“ im Zuge der Kontrolle der Zeitzeugin eingesetzt wurde. Es fanden 1986 „4 Beratungen in der Bezirksleitung statt, in denen konkrete Maßnahmen der Rückgewinnung bzw. der offensiven politischen Einflussnahme beraten und festgelegt wurden. [...] Im Ergebnis der bisherigen gesellschaftlichen Einflussnahme konnte eine Disziplinierung (FDGB-Eintritt, Teilnahme an Parteilehrjahr) der K. in ihrem Auftreten an der Hilfsschule bewirkt werden. Der K. wurden praktisch alle Möglichkeiten entzogen, um im politisch-negativen Sinne auf ihrer Arbeitsstelle zu wirken. [...] nach gründlicher Überlegung vorgeschlagen, die K. in ihrem jetzigen Arbeitsverhältnis zu belassen. Die in ihrem Umfeld wirkenden gesellschaftlichen Kräfte geben die Gewähr, dass die K. weiterhin offensiv beeinflusst werden kann.“⁹

Dieser kurze Ausschnitt bisheriger Erkenntnisse verdeutlicht, dass nicht direkt sichtbare berufliche Repression in vielen Fällen im Vordergrund stand und von der Staatsmacht als effektiv „eingeschätzt“ wurde. In diesem Sinne zeigen die bisherigen Forschungsergebnisse, dass berufliche Ausgrenzung - verstanden als eine Facette mittelbarer Repression vor dem Hintergrund eines nahezu umfassenden Netzes vorbeugender Behinderungsmaßnahmen¹⁰ - nicht nur intendierte, sondern ebenso von staatlicher Seite unbeabsichtigte Effekte hatte. Zwar verdrängten berufliche Ausgrenzungen widerständige Strömungen erfolgreich aus dem DDR-Alltag, jedoch wurden so zugleich individuelle und unter Umständen auch kollektive Voraussetzungen für widerständiges Verhalten geschaffen.

Aufschlüsse darüber vermittelt ein weiterer Auszug aus dem Interview mit der Zeitzeugin K.: „Das waren höchst interessante Frauen. Das waren anregende Gespräche, da kursierten Bücher, Artikel aus dem Westen. [...] Sich gegenseitig ernst nehmen, wie wir sprachen, wie wir eigene Formen entwickelten, um an die Öffentlichkeit zu gehen; also das war für mich das Wichtige und nicht das, was in der Schule passierte.“¹¹

In der Mehrzahl der durchgeführten Fallstudien interpretierten die von beruflicher Ausgrenzung Betroffenen ihre Situation als Entlastung von staatlichen An-

9 BStU, MfS BV Berlin, KD Weißensee 492, Bl. 3-4.

10 Vgl. Schuller, Repression und Alltag.

11 Interview mit Frau K. vom 27. April 2005 (Privatarchiv der Autorin).

forderungen sowie als Chance zur Selbstorganisation. Insofern schufen sie sich mehr oder weniger bewusst Freiräume für widerständiges Verhalten.

Ein fragender Ausblick

Die beruflichen Tätigkeiten der aktiven Mitglieder widerständiger Gruppen können den Eindruck entstehen lassen, dass die „friedliche Revolution“ von Heizern, Pförtnern und Hilfspflegern vollbracht wurde. Auch wenn sich dieser Eindruck auf der Grundlage der Erkenntnisse von Hubertus Knabe und Detlef Pollack¹² nicht völlig aufrechterhalten lässt, so waren doch rund sechzig Prozent der aktiven Gruppenmitglieder von beruflicher Ausgrenzung betroffen und arbeiteten weit unter ihrer eigentlichen Qualifikation. Was steht hinter diesen beruflichen Lebensgeschichten? Es müssen die unterschiedlichen Reaktionen näher beleuchtet werden. Warum ließen sich in manchen Fällen Erwerbstätigkeit und Widerstand miteinander verbinden und in manchen nicht? Nicht zuletzt muss gefragt werden, ob und warum den Staatsorganen nicht bewusst wurde, dass ihr Vorgehen in vielen Fällen das Gegenteil dessen hervorrief, was sie beabsichtigten.

12 Vgl. Detlef Pollack, Politischer Protest: Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen 2000; Hubertus Knabe, Was war die ‚DDR-Opposition‘? Zur Typologisierung des politischen Widerspruchs in Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv 2/2000, S. 184-198.

**ARBEIT UND WIRTSCHAFT:
DIMENSIONEN DES WANDELS IM GETEILTEN EUROPA (1950-1989).
Die wirtschafts- und sozialhistorischen Projekte des ZZf**

Peter Hübner/André Steiner

Die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Teilung Europas, die Konfrontation der von den beiden „Supermächten“ USA und UdSSR dominierten Militärblöcke und der rund vier Jahrzehnte währende Kalte Krieg zwischen ihnen suggerieren ein Bild von Starrheit und Dauerhaftigkeit. Und doch zeigten sich im scheinbar so festen Gefüge der Ost-West-Konkurrenz schon frühzeitig Risse. Am ehesten, und nicht zu unrecht, vermutet man eine solche Entwicklung auf politischem Terrain, weniger hingegen in den eher als statisch wahrgenommenen Bereichen der Wirtschaft und des Sozialen. Gleichwohl bahnten sich gerade auf diesen Feldern schon seit den späten fünfziger Jahren gravierende Wandlungen an, die seit den siebziger Jahren die Entwicklung der Wirtschaftsordnung, der Arbeitswelt und des Sozialstaates in Ost- und Westeuropa immer massiver beeinflussen. Unter dem Rahmenthema *Sozialismus als soziale Frage* sind in den vergangenen Jahren im Projektbereich II Vorhaben bearbeitet worden, die diese Thematik vor allem am Beispiel der DDR in den Blick nahmen, wobei immer ein Vergleich mit anderen Ländern des sowjetischen Blocks intendiert war. Für den Zeitraum 2006/2007 sind durch die DFG zwei Gruppierungen von Projekten bewilligt worden, die einerseits dem Abschluß bereits laufender Vorhaben dienen, die andererseits aber zugleich eine Neuausrichtung des sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Themenschwerpunktes zum Ziel haben. Dem entspricht das neue Rahmenthema *Arbeit und Wirtschaft: Dimensionen des Wandels im geteilten Europa (1950-1989)*.

Im Teilprojekt „*Sozialismus als soziale Frage*“ gibt es zwei neue Vorhaben, von denen das eine den Auswirkungen des sozialpolitischen Strategiewechsels und des industriellen Strukturwandels auf das Arbeitsparadigma und das Erwerbsverhalten in einem Vergleich der DDR mit Polen nachgeht, während das andere das Verhältnis von systemischen Prägungen und langfristiger historischer Determination der Entwicklungspfade staatssozialistischer Länder an den Beispielen der DDR, Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns beleuchtet. Die laufenden Einzelprojekte zum Verhältnis von Arbeitern und Angestellten in Industriebetrieben der DDR bzw. zu den Netzwerken lokaler Eliten in der DDR vertiefen den bisherigen Forschungsansatz in wichtigen Segmenten.

Die Einzelvorhaben des zweiten Teilprojektes „*Wirtschaftliche Integrationsprozesse und ihre Perzeption in West- und Osteuropa*“ wenden sich dem Zeitraum der fünfziger bis siebziger Jahre zu. Gefragt wird nach den Effekten und der Wahrnehmung der Wirtschaftsintegration in den unterschiedlichen zeitgenössischen Perspektiven sowie nach den daraus resultierenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen und den wechselseitigen Verflechtungen. Neu hinzugekommen

sind zwei Einzelprojekte zur Geschichte des Bereiches Kommerzielle Koordination („KoKo“) in der DDR bzw. zu den RGW-Integrationsbeschlüssen und ihren Konsequenzen für die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur in der DDR und Polen.

Diese Projekte sind auf Themenfeldern angesiedelt, denen sich gegenwärtig auch die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung intensiver zuwendet. Das betrifft vor allem die Entwicklungsperspektiven der sozialen Sicherungssysteme, der Erwerbsarbeit und der Europäischen Union. Die Frage nach den historischen Voraussetzungen der hier anzutreffenden Problemlagen und nach deren langfristigen Entwicklungspfaden wird in diesem Zusammenhang mit gutem Grund gestellt. Das gilt besonders im Hinblick auf die Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas. Der zeithistorischen Forschung fällt hierbei in erster Linie die Part zu, ein möglichst adäquates Bild von den geschichtlichen Prämissen und Kontexten, Entwicklungsmustern und Transformationsvoraussetzungen zu vermitteln. Die folgende Übersicht bietet einen Blick auf die Themenschwerpunkte der Einzelvorhaben.

Teilprojekt „Sozialismus als soziale Frage“

Das neu beantragte Einzelprojekt *Arbeitsparadigma und Erwerbsverhalten in der Spätphase des „realen“ Sozialismus: Die DDR im Vergleich mit der Volksrepublik Polen (1970-1989)* (Bearbeiter: Dr. Peter Hübner) geht an den Beispielen der DDR und Polens der Frage nach, wie sich die unter den Bedingungen der dritten industriellen Revolution aufbrechende industrielle Strukturanpassungskrise und die nach dem wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel von 1970 eintretende Überlastung des sozialistischen Sozialstaates auf das gesellschaftlich konstitutive Arbeitsparadigma und das Erwerbsverhalten auswirkten. Dabei stehen, erstens, die Wahrnehmung dieser Entwicklung durch Eliten und Arbeiterschaft sowie ihre Reaktion darauf im Mittelpunkt. Ein zweiter Problemkreis ergibt sich aus der Frage nach den Gründen der zwischen beiden Ländern, aber auch zwischen einzelnen Regionen anzutreffenden Perzeptionsunterschiede und Verhaltensvarianten. Drittens ist den Gründen nachzugehen, die viele der Akteure zur Unterschätzung der beiden Krisenkomponenten veranlaßten.

Ziel des ebenfalls neuen Einzelprojekts *Staatssozialistische Entwicklungspfade. Die DDR, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn im Vergleich* (Bearbeiterin: Dr. Friederike Sattler) ist eine Untersuchung der Entwicklungspfade der DDR, Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns im Langzeitverlauf, vom „Aufbau des Sozialismus“ über vielfältige Reformversuche bis in die krisenhaften Endphasen. Staatssozialismen unterliegen durch Parteiherrschaft und zentraladministrative Planwirtschaft einer vergleichsweise einheitlichen systemischen Prägung. Gefragt werden soll, wie diese Systemlogik mit den nationalgesellschaftlichen Besonderheiten und dem Variantenreichtum der Länder-Entwicklungspfade vermittelt war. Geplant ist eine relativ knappe Synthese, die den thematisch stärker fokussierten Projektteilen als Interpretationsraster

dienen kann. Sie soll die Schnittflächen für den Vergleich der staatssozialistischen Variante entwickelter Industriegesellschaften mit dem demokratisch-keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen „westlichen“ Pfad markieren.

Das Einzelprojekt *Netzwerke lokaler Funktionsebenen an den Beispielen von EKO Eisenhüttenstadt und der Maxhütte Unterwellenborn Thüringen im Vergleich mit VOEST Alpine Linz* (Bearbeiterin: Dr. des. Annette Schuhmann) dient der Erforschung von Netzwerken lokaler Eliten (Betriebsleitungen, örtlichen Verwaltungen, Partei- und Gewerkschaftsleitungen) im System der zentralisierten Planwirtschaft. Vertiefend sind insbesondere die kompensatorischen Funktionen lokaler Akteure und Ressourcen im Bereich der Sozial- und Konsumpolitik zu untersuchen. Hier liegt ein Schlüssel zur Beantwortung der Frage, wie die bereits während der fünfziger Jahre zu beobachtenden, vor allem aber in der Krise der siebziger und achtziger Jahre zutage tretenden Steuerungsdefizite, Fehlallokationen und die wirtschaftliche Paralyse der Zentralverwaltungswirtschaften sowjetischen Typs mit Hilfe improvisierenden Gegensteuerns auf der lokalen Ebene teilweise ausgeglichen werden konnten. Im Zusammenhang damit wird zu erörtern sein, ob man es hierbei mit einer Modifikation mikrokorporatistischer Strukturen zu tun hat (siehe die ausführliche Projektvorstellung in diesem Heft).

Gegenstand des Projektes *Angestellte im Industriebetrieb der DDR in den 1970er/80er Jahren und ihr Verhältnis zu den Arbeitern. Eine sozialhistorische Untersuchung über innerbetriebliche Beziehungen* (Bearbeiterin: Dr. Renate Hürtgen) ist die Schicht der Angestellten in den Industriebetrieben der DDR. Im Mittelpunkt steht der Versuch, diese Gruppe im Rahmen industrieller Betriebsbelegschaften sozial und politisch genauer zu lokalisieren sowie ihr Verhältnis zu den Arbeitern auszuloten. Als Untersuchungszeitraum wurden die siebziger und achtziger Jahre gewählt. Damit richtet sich der Blick auf ein bisher von der Forschung kaum beachtetes Segment der späten DDR-Gesellschaft. Im Zentrum der Studie stehen die sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen der Angestelltenexistenz. Die Ambivalenz von sozialer Nivellierung und sozialer Spannung gegenüber der Arbeiterschaft wird ebenso thematisiert wie die Frage, weshalb die DDR überhaupt am Angestelltenstatus festhielt. Ein Vergleich der Angestelltenexistenzen in der DDR und in der Bundesrepublik soll es ermöglichen, das Ausmaß des Traditionsbruchs genauer zu bestimmen, den die Angestellten bereits in der frühen DDR erfahren haben.

Teilprojekt „Wirtschaftliche Integrationsprozesse und ihre Perzeption in West- und Osteuropa“

Mit dem Projekt *Wirtschaftliche Effekte des westeuropäischen Integrationsprozesses von den fünfziger bis in die beginnenden siebziger Jahre* (Bearbeiter: Prof. Dr. André Steiner) werden die wirtschaftlichen Effekte der westeuropäischen Integration in ihren frühen Phasen von Anfang der fünfziger bis in die beginnenden siebziger Jahre bestimmt, ihre Rückkopplung mit der Politik der europäischen Institutionen sowie der nationalen Regierungen - hier exemplarisch der

deutschen Bundesregierung - aufgezeigt und die Wirkungskanäle der Integrationsmaßnahmen untersucht. Im Mittelpunkt steht an Hand der Handels- und Wettbewerbspolitik die Frage, welche Integrationsmaßnahmen von den europäischen Institutionen mit welchen Zielen in die Wege geleitet bzw. verhindert wurden und inwieweit dabei wirtschaftliche Effekte antizipiert und das Erreichte gewürdigt wurde. Dabei ist die Einflußnahme der Bundesregierung ebenso wie der Wirtschaftsverbände in den Blick zu nehmen. Zudem sind, um die Wirkungskanäle der Integration näher zu bestimmen, einzelne Unternehmen daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie ihre Strategie an Integrationsritten ausrichteten. Damit wird ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der westeuropäischen Integration geleistet.

Das Projekt *Reaktionen auf die westeuropäische Wirtschaftsintegration in Ostmitteleuropa: Die Tschechoslowakei und Polen von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren* (Bearbeiterin: Dr. des. Dagmara Jajesniak-Quast) untersucht die Wahrnehmung der westeuropäischen Wirtschaftsintegration in Ostmitteleuropa und die daraus resultierenden außenwirtschaftlichen Reaktionen gegenüber den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften. Dabei wird angenommen, daß es ein Spannungsfeld gab zwischen der politisch motivierten Ablehnung der westeuropäischen Integration in den sozialistischen Staaten und dem wirtschaftlich bedingten Bestreben einiger dieser Staaten, zu den EG-Mitgliedsländern Handelskontakte zu unterhalten. Primär sollen die von Polen und der Tschechoslowakei in bezug auf den Westhandel getroffenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen, deren Konsequenzen für ihre Handelskontakte zum Westen und die damit in Zusammenhang stehenden Auswirkungen auf ihre Binnenwirtschaft untersucht werden. Es ist zu zeigen, welche wirtschaftlichen Interessen in diesem Bereich verfolgt wurden und welches Gewicht sie im Vergleich zu politischen Aspekten erlangten (siehe die ausführliche Projektvorstellung in diesem Heft).

Gegenstand des Dissertationsprojektes *Der innerdeutsche Handel und die westeuropäische Integration: Die These von der Quasi-Mitgliedschaft der DDR in der EWG* (Bearbeiterin: Sibylle Gausing, M.A.) ist der Warenverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten in den Jahren 1953 bis 1973. Ein Sonderprotokoll zu den Römischen Verträgen ermöglichte, daß die Regelung des Handels zwischen den beiden deutschen Teilstaaten auch nach Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Sache der Bundesregierung war. Damit blieb seine Ausnahmestellung erhalten, die sich u.a. in der valutafreien Verrechnung, einem zinslosen Überziehungskredit, der Zoll- und Abschöpfungsfreiheit sowie Umsatzsteuervergünstigungen niederschlug, obwohl der Warenverkehr mit der deutsch-deutschen Grenze auch die zur Montanunion bzw. EWG überschritt. Für die DDR entstand ein wirtschaftlicher Nutzen, auf den von Kritikern und Neidern mit der Frage nach ihrer „heimlichen Mitgliedschaft in der EWG“ ab Mitte der sechziger Jahre hingewiesen wurde. Mit diesem Projekt soll erstens dieser Nutzen quantifiziert und seine Konsequenzen für den Handel der DDR mit den anderen EWG-Mitgliedsländern bestimmt werden. Zweitens wird der Stellenwert des innerdeutschen Handels für die Bundesregierung, die westdeutsche

Wirtschaft und die DDR-Spitze analysiert. Damit stehen die wirtschaftlichen Aspekte des komplexen Dreierverhältnisses Bundesrepublik - DDR - EWG im Mittelpunkt des Vorhabens.

Mit dem Projekt *Der Bereich Kommerzielle Koordinierung in der DDR und die Ausnutzung der westeuropäischen Integration* (Bearbeiter: Dr. Matthias Judt) wird die Geschichte des außerplanmäßigen Handels der DDR in den siebziger und achtziger Jahren erforscht, der ganz wesentlich von Firmen des „Bereiches Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) abgewickelt wurde. Jenseits der seit Beginn der neunziger Jahre auf die Darstellung des „Sensationellen“ fokussierten Berichterstattung über die KoKo steht fest, daß der Bereich marktwirtschaftliche Instrumente zugunsten der DDR-Planwirtschaft nutzbar machte. Dabei steht die „normale“ Geschäftstätigkeit von KoKo im Mittelpunkt des Projektes. Den größten Teil dieser Geschäfte wickelte KoKo mit Partnern in der Bundesrepublik und in anderen EWG/EG-Ländern ab. Somit wurde der Handlungsspielraum der KoKo-Betriebe außerhalb der DDR im wesentlichen durch den westeuropäischen Integrations- und Erweiterungsprozeß geprägt. In dem Projekt soll dieses „äußere“ Bedingungsgefüge in seiner Wirkung auf die Tätigkeit von KoKo analysiert werden (siehe die ausführliche Projektvorstellung in diesem Heft). Ein weiteres Dissertationsprojekt analysiert *RGW-Integrationsbeschlüsse und ihre Konsequenzen für die Strukturentwicklung in der DDR und Polen* (Bearbeiterin: Lukas Imhof, M.A.). Die DDR und Polen stehen dabei jeweils für eines der höchstentwickelten und eines der weniger entwickelten Länder des RGW. Aus systemimmanenten Gründen blieb die Produktionsspezialisierung das wichtigste Instrument im Integrationsprozeß der RGW-Volkswirtschaften. In einem zugleich vergleichenden und verflechtungsgeschichtlichen Ansatz werden das Zustandekommen, die Umsetzung und die Konsequenzen der Spezialisierungsvereinbarungen am Beispiel der DDR und Polens aufgezeigt. Letztlich können damit Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftintegration unter den Bedingungen eines planwirtschaftlichen Systems konkreter als bisher bestimmt werden.

**„FÜR EINEN KOMMUNISTEN GIBT ES KEINE UNLÖSBAREN AUFGABEN“
Der Bereich Kommerzielle Koordinierung
und die westeuropäische Integration**

Matthias Judt

Im Dezember 1983 übermittelte Werner Weber, Geschäftsführer der CAMET GmbH¹, seinem Vorgesetzten Alexander Schalck-Golodkowski, Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR (MAH) und Leiter des dortigen Bereiches Kommerzielle Koordinierung (KoKo), gute Wünsche für das kommende neue Jahr. In dem devoten Schreiben vergaß es Weber nicht, Schalck zu versprechen, „die an mich gestellten Aufgaben von Partei und Regierung, die durch Deine Persönlichkeit ausgelöst werden, unter Deiner Losung: ‚Für einen Kommunisten gibt es keine unlösbaren Aufgaben‘ immer“ zu „erfüllen.“² Das Spektrum der für die KoKo-Kommunisten so offenbar nicht „unlösbaren Aufgaben“ war in der Tat groß. Nicht nur die CAMET, die einerseits für die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) Geräte und Ausrüstungen besorgte und andererseits z.B. die Reparatur von Pkw aus westlicher Produktion für die Nomenklatura und besonders privilegierte DDR-Bürger organisierte, ist Gegenstand einer Untersuchung, die in den nächsten Jahren am ZZF durchgeführt wird. Sie wendet sich insbesondere der Ausnutzung der westeuropäischen Integration durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung zu. Dessen Tätigkeit unterlag in der DDR selbst im wesentlichen der Geheimhaltung. Nachdem während der Wende 1989/90 verschiedene Geschäfte der KoKo bekannt wurden, richtete sich das Interesse an diesem Bereich vor allem auf das „Spektakuläre“ seiner Tätigkeit.³ Das beeinflusste wesentlich auch die Arbeit zweier Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages⁴,

1 Die CAMET Industrievertretungen und Beratungen für Chemie, Agrar und Metallurgie Export/Import GmbH ging per 1. Januar 1977 aus der Fa. G. Simon Industrievertretungen hervor. CAMET/Simon gehörte zu den Firmen, die formal unabhängig vom Bereich Kommerzielle Koordinierung agierten, diesem jedoch weisungsmäßig unterstellt waren.

2 Brief Werner Weber an Alexander Schalck-Golodkowski vom Dezember 1983, in: Bundesarchiv Berlin (im folgenden BA Berlin), Bestand Ministerium für Außenhandel der DDR, Bereich Kommerzielle Koordinierung (im folgenden: DL 2/KoKo), Nr. 1107, o. Bl.

3 Dabei ist es in der Vergangenheit durchaus auch gelungen, KoKo-Firmen, die das besondere Interesse der Öffentlichkeit gefunden hatten, zum Gegenstand sachlicher Untersuchungen zu machen. Siehe unter anderem Ulf Bischof, Die Kunst & Antiquitäten GmbH im Bereich Kommerzielle Koordinierung, Diss., Berlin 2003; Florian Prugger, Die Nachfolge in das Vermögen der ehemaligen DDR. Ein Beitrag zu Artikel 21 ff Einigungsvertrag unter besonderer Berücksichtigung der Firma F.C. Gerlach des Bereichs Kommerzielle Koordinierung, Frankfurt/Main 1994.

4 Der 1. Untersuchungsausschuss wurde am 6. Juni 1991 per Beschluss des Bundestages eingesetzt und legte seinen Bericht am 27. Mai 1994 vor (vgl. Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski. Werkzeuge des SED-Regimes, Bonn 1994, im folgenden Bundestag, Werkzeuge). Der 2. Untersuchungsausschuss wurde am 28. September 1995 eingesetzt und legte

vor allem aber die frühen Veröffentlichungen verschiedener Autoren (darunter beteiligter Akteure) und von Journalisten.⁵ Seither rankt sich um KoKo der Mythos des Geheimen und Spektakulären.

Dieser Mythos wurde in den 1990er Jahren zusätzlich genährt, als bekannt wurde, in welchem Maße KoKo dazu beigetragen hatte, die Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber westlichen Gläubigern zu wahren. Hatten führende Wirtschaftsfunktionäre der DDR, darunter auch KoKo-Chef Schalck-Golodkowski noch im Oktober 1989 behauptet, das Land werde am Jahresende Schulden in Höhe von etwa 49 Milliarden Valutamark (VM) oder 20,6 Milliarden US-\$ aufweisen, was „die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage“ stelle,⁶ meldeten wenige Jahre später verschiedene Autoren begründete Zweifel an dieser Behauptung an.⁷ In der Tat stellte die Bundesbank im Sommer 1999 in einer eigenen Untersuchung fest, dass die DDR Ende 1989 eine Nettoverschuldung von nur etwa 19,9 Milliarden VM hatte.⁸ Ganz entscheidend für die letztendlich positivere Zahlungsbilanz der DDR seien von der KoKo erwirtschaftete Guthaben gewesen.

seinen Bericht am 28. Mai 1998 vor (vgl. Deutscher Bundestag. 13. Wahlperiode, Drucksache 13/10900. Beschlußempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Bonn 28. Mai 1998.

- 5 Vgl. u.a. Hannes Bahrman/Peter-Michael Fritsch, Sumpf: Privilegien, Amtsmissbrauch, Schiebergeschäfte, Berlin 1990; Günter Blutke, Obskure Geschäfte mit Kunst und Antiquitäten: ein Kriminalreport, Berlin 1998; Egmont R. Koch, Das geheime Kartell. BND, Schalck, Stasi & Co, Hamburg 1992; Peter-Ferdinand Koch, Das Schalck-Imperium. Deutschland wird gekauft, München 1992; Gerhardt Ronneberger, Deckname „Saale“. High-Tech-Schmuggel unter Schalck-Golodkowski, Berlin 1999; Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek 2000; Wolfgang Seiffert, Die Schalck-Papiere. DDR-Mafia zwischen Ost und West. Die Beweise, Wien 1991.
- 6 Vgl. „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“ von Ende Oktober 1989, dem SED-Politbüro vorgelegt von Gerhard Schürer, Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Beil, Minister für Außenhandel, Alexander Schalck-Golodkowski, Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung im MAH, Ernst Höfner (Minister der Finanzen) und Arno Donda (Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik). Die Unterlage ist in vielen Exemplaren im Bundesarchiv überliefert und inzwischen schon mehrfach veröffentlicht worden. Vgl. u.a. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (im folgenden: SAP-MO-BA), DY 30/J IV 2/2A/3252.; Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski. Werkzeuge des SED-Regimes (im folgenden: Bundestag, Werkzeuge), Bonn 1994, S. 54-74.
- 7 Siehe u.a. Armin Volze, „Ein großer Bluff? Die Westverschuldung der DDR, in *Deutschland Archiv* 5/1996, S. 701-713; Siegfried Wenzel, „War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? Zum Produktivitäts- und Effektivitätsvergleich der Wirtschaften der BRD und der DDR“, in: *Hefte zur DDR-Geschichte*, Heft 52, Berlin 1998. Die beiden Autoren schätzten die DDR-Schulden auf weniger als 14 bzw. rund 15 Milliarden Dollar ein. Kritisch zu Wenzel die Rezension von Stefan Bollinger in: *Utopie kreativ* Nr. 5/1999, S. 181-184, der auf nicht realisierbare Guthaben verweist.
- 8 Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt/Main, August 1999, S. 60. Die Bruttoverschuldung der DDR hatte demnach Ende 1989 tatsächlich mehr als 48,8 Milliarden VM betragen. Dem standen jedoch Guthaben und Forderungen der DDR in Höhe von fast 30 Milliarden VM gegenüber (vgl. ebd.).

Eingehender ist jedoch die gesamte Geschäftstätigkeit der KoKo-Unternehmen noch nicht Gegenstand der historischen Forschung gewesen. Insbesondere fehlen Untersuchungen zum Beitrag der KoKo sowohl zur Absicherung der Modernisierungsstrategie der 1970er Jahre als auch zur Bewahrung der DDR-Zahlungsfähigkeit gegenüber westlichen Gläubigern in den 1980er Jahren. Das Erreichen beider Ziele setzte Handelsaktivitäten in qualitativ und quantitativ großem Umfang voraus, was allein mit halblegalen oder illegalen Geschäften nicht zu realisieren war. Damit rücken vor allem die von KoKo-Firmen verantworteten, international üblichen Regeln folgenden Geschäfte in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses dieses Projektes.

Überall dort, wo „besondere“, also von der Routine der im Rahmen des planwirtschaftlichen Systems agierenden Außenhandelsbetriebe (AHB) abweichende Geschäftsoperationen vollzogen wurden, hatten dem Bereich KoKo zuzuordnende Firmen ihr Betätigungsfeld. Einerseits machten sie politisch motivierte (und dabei bisweilen ethisch bedenkliche) Geschäfte. Hierzu können die materielle Abwicklung des Häftlingsfreikaufs und die Finanzierung der evangelischen und katholischen Kirche in der DDR durch die Schwesterkirchen in der Bundesrepublik sowie der Handel mit Waffen und Kunstgegenständen gezählt werden.

Die Beschaffung von Embargogütern aus dem Westen für die DDR kann sowohl zur gerade genannten Gruppe von Geschäften gerechnet werden – wurden sie doch unter Bruch des Rechts westlicher Länder getätigt – als auch (aus der Sicht der DDR-Interessen) der zweiten Gruppe von KoKo-Geschäften zugeordnet werden, die reguläre Handelsoperationen umfasste.

Dazu gehörte der seit den 1960er Jahren gewachsene Handel mit landwirtschaftlichen Produkten (importseitig zum Ausgleich schlechter Ernten in der DDR, exportseitig unter Ausnutzung von Vorteilen im innerdeutschen Handel, teilweise mit dem Ziel des illegalen Abschöpfens von EWG/EG-Agrarsubventionen). In den 1970er Jahren wuchs die Bedeutung des Handels mit Roh- und Brennstoffen (importseitig unter anderem zur Auslastung von DDR-Industriekapazitäten, exportseitig zum Erlangen marktbeherrschender Positionen auf den Teilmärkten West-Berlin und grenznahe Gebiete der Bundesrepublik, z.B. bei Erdölprodukten, und zur Wahrung der DDR-Zahlungsfähigkeit gegenüber westlichen Gläubigern). Der Bereich KoKo agierte als Vorreiter beim Anbahnen von Kompensationsgeschäften und der Gestattungsproduktion westlicher Konsumgüter. Er brachte Müll aus West-Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein und dem Ausland auf Deponien in Brandenburg und Mecklenburg und wirkte schließlich beim Import ganzer Industrieanlagen zur Modernisierung des Kapitalstocks der DDR-Volkswirtschaft mit. Jenseits moralischer Bewertungen kann sogar der bereits genannte Handel mit Waffen und Munition unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als ein international übliches Geschäft betrachtet werden, diente er doch ebenfalls vor allem einem zentralen Ziel der gesamten Tätigkeit von KoKo: der Beschaffung zusätzlicher Devisen für die DDR im sogenannten außerplanmäßigen Außenhandel.

Um diese Geschäfte tätigen zu können, war KoKo als „marktwirtschaftliche Nische“ in und für die DDR-Volkswirtschaft mit einzigartigen Rechten und Privilegien ausgestattet. Sein Status als sogenannter Devisenausländer berechnete den Bereich und seine Firmen, eigenständig über Hartwährungskonten in der DDR und im Ausland zu verfügen. Er konnte als Firmengruppe das staatliche Außenhandelsmonopol weit flexibler für sich nutzen als die anderen sogenannten Fach-Außenhandelsbetriebe. Der Bereich hatte Zugriff auf die Staatsreserve der DDR und konnte Güter und Leistungen der Volkswirtschaft für den außerplanmäßigen Export abfordern. Er finanzierte in Exportbetrieben die Anschaffung von Investitionsgütern, deren Produkte im Rahmen von quasi DDR-internen Kompensationsgeschäften zur Abzahlung dieser Investitionskredite von KoKo-Firmen vermarktet wurden. Mit der Deutschen Handelsbank (DHB) verfügte der Bereich über eine eigene Bank, und die Intrac, ein weiteres KoKo-Unternehmen, konnte ebenfalls einige Bankfunktionen eigenständig ausüben.⁹ Schließlich hatten führende KoKo-Mitarbeiter, allen voran Alexander Schalck-Golodkowski, aber auch etwa sein Stellvertreter Manfred Seidel, nicht nur in wirtschaftlichen Angelegenheiten ein weitgehendes Verhandlungsmandat gegenüber westlichen Gesprächspartnern.¹⁰

Gleichzeitig unterschied sich der Bereich KoKo von anderen AHB der DDR durch sein besonderes dreifaches Unterstellungsverhältnis. Formal gehörte er als Abteilung dem MAH an und stimmte sich mit diesem auch regelmäßig ab. Direkt weisungsberechtigt gegenüber dem Bereich war explizit der Wirtschaftssekretär des SED-Zentralkomitees, Günter Mittag.¹¹ Über die Erfüllung spezieller Aufträge für das MfS und wegen der hohen Anzahl von „Offizieren im besonderen Einsatz“ (OibE)¹² und von inoffiziellen Mitarbeitern (IM) war der Bereich faktisch und real zudem dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellt, erfüllte für das MfS nachrichtendienstliche Aufgaben und nutzte die „speziellen Beschaffungswege“ des MfS unter anderem beim Import von Embargowaren.

9 Die Intrac Handelsgesellschaft mbH trat sowohl als Kreditgeber als auch als Kreditnehmer auf. Für das sogenannte Honeckerkonto (Nr. 628 bei der DHB) wurden Kredite an die Intrac als Defacto-Festgeldanlagen gestaltet. So wurden allein zwischen November 1985 und März 1987 260 Millionen D-Mark vom Honecker-Konto an die Intrac verliehen. Vgl. BA, DL 2/KoKo, Nr. 1266, Bl. 49, ebd., Nr. 1267, Bl. 32f, ebd., Nr. 1288, Bl. 123.

10 Das Forschungsprojekt knüpft im Hinblick auf die Gründungsgeschichte des Bereiches Kommerzielle Koordinierung ganz wesentlich an die Vorarbeiten von Reinhardt Buthmann von der BStU an. Vgl. Reinhard Buthmann, Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung, in: Suckut, Siegfried/Neubert, Ehrhart/Süß, Walter/Engelmann, Roger/Eisenfeld, Bernd/Giesecke, Jens: Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, Teil III/11, Berlin 2003.

11 „Der Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung arbeitet entsprechend den Weisungen des Mitglied [sic] des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genossen Mittag.“ Vgl. „Interne Ordnung für die Arbeit des Bereiches Kommerzielle Koordinierung“, in: SAPMO-BA, DY 30 (hier Büro Dr. Mittag), Nr. 3022, Bl. 251 bis 261, hier Bl. 251.

12 Unter anderem waren KoKo-Chef Alexander Schalck-Golodkowski, seine Ehefrau Sigrid und sein Stellvertreter Manfred Seidel Offiziere des MfS „im besonderen Einsatz“ (OibE).

Dieses innere Bedingungsgefüge machte den Bereich Kommerzielle Koordinierung zum bedeutenden Instrument in der Abwicklung wichtiger Teile des innerdeutschen Handels. Ausweislich der offiziellen Außenhandelsstatistik der DDR wuchs in den siebziger und achtziger Jahren der innerdeutsche Handel jedoch in geringerem Maße als der Außenhandel mit anderen wichtigen EWG/EG-Ländern.¹³ Die traditionelle Dominanz des innerdeutschen Handels im Westhandel der DDR blieb zwar bei den KoKo-Geschäften erhalten,¹⁴ doch stellt sich die Frage, inwieweit sich die stärkere Entwicklung des sonstigen Westhandels der DDR abseits des innerdeutschen Handels auch in der Tätigkeit von KoKo-Firmen widerspiegelte. Wegen der privilegierten Rechtsstellung und der damit verbundenen größeren Entscheidungsfreiheit des Bereiches Kommerzielle Koordinierung konnten seine Firmen eigenständig neue Handelsgebiete ausloten. Daher wird, so unsere These, im Nichtplanhandel quasi vorab eine Entwicklung zu erkennen sein, die sich mit zeitlicher Verzögerung im Planaußenhandel wiederholte.

In diesem Zusammenhang ist das Wechselspiel von handelspolitischen Interessen der DDR und jener vor allem der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften von besonderem Interesse. Der Ausbau des Außenhandels mit den EG-Ländern hatte dabei ganz unterschiedliche Motive. Zum einen konnten damit Erträge in konvertiblen Devisen erzielt werden und nicht nur in den für den innerdeutschen Handel verwendeten Buchgeld „Verrechnungseinheiten“, das nur im Handel mit der Bundesrepublik und West-Berlin einzulösen war. Zum zweiten hatte die DDR bereits seit den 1960er Jahren mit einigen wichtigen Ländern mit großer landwirtschaftlicher Produktion, darunter Frankreich, zeitweilig umfangreiche Importe agrarischer Erzeugnisse vereinbart, die in der Bundesrepublik zumindest mengenmäßig nicht hätten erworben werden können. Und zum dritten stieg im Verlaufe der 1970er Jahre die Bereitschaft verschiedener Länder, mit der DDR Kompensationsgeschäfte (also Ware-gegen-Ware-Geschäfte) abzuwickeln.¹⁵

13 Vgl. Statistisches Taschenbuch der DDR 1988, Berlin (Ost) 1988, S. 103f

14 Teil der Untersuchung wird es sein, an Hand vorhandener Umsatzzahlen das Verhältnis von innerdeutschen und sonstigem Außenhandel der DDR, einmal im planmäßigen Handel und zum anderen Mal bei den wichtigen KoKo-Unternehmen zu vergleichen. So weisen Umsatzzahlen der Intrac, dem mit Abstand umsatzstärksten KoKo-Unternehmen, auf ein stärkeres Gewicht des sonstigen Außenhandels hin. Vgl. BA, DL 2/KoKo (Ministerium für Außenhandel der DDR, Bereich Kommerzielle Koordinierung), Nr. 552 und 553, idem.

15 Seitens der französischen Regierung wurde bereits 1976 die Bereitschaft zum Kompensationsprinzip erklärt: „Die französische Regierung fördert mit allen Mitteln den Export und die Erweiterung der Außenhandelsbeziehungen mit Ländern außerhalb des EWG-Raumes. Sie ist deshalb bereit, im Interesse des Exports von kompletten Anlagen das Kompensationsprinzip zu akzeptieren, wenn dabei Erzeugnisse abgenommen werden müssen, die Frankreich bisher aus anderen Ländern importierte.“ Vgl. „Information über Beratungen von Genossen Dr. Gerhard Beil mit Vertretern der französischen Regierung und der französischen Wirtschaft in Paris“ vom 25. November 1976, in: SAPMO-BA, DY 30 (hier Büro Mittag), Nr. 2959, Bl. Bl. 129-132, hier Bl. 132. Siehe auch „Information über Beratungen mit dem Präsidenten der französischen Waggon-

Die DDR genoss einerseits im Handel mit dem EG-Land Bundesrepublik vertraglich und zwischen den EG-Partnern abgesicherte Vorzugsbedingungen (gegenseitige Zollfreiheit, zinsloser Überziehungskredit, günstigere Mehrwertsteuersätze u.a.). Sie war dabei andererseits fortgesetzt den Steuerungsmöglichkeiten der Bundesregierungen im innerdeutschen Handel ausgesetzt, die mittels Quotierung des innerdeutschen Handels massiv Einfluß auf das nahm, was die DDR zu diesen Vorzugsbedingungen liefern bzw. beziehen konnte. Der auch deshalb intendierte Ausbau der Handelsbeziehungen mit anderen EG-Ländern musste sich vor diesem Hintergrund als Gratwanderung zwischen dem Ziel, einen weniger von „außen“ gesteuerten Handel mit westlichen Ländern betreiben zu können, und der Gefahr gestalten, die Vorzüge des innerdeutschen Handels zu verlieren. In welchem Maße der Ausbau bilateraler Handelsbeziehungen mit den einzelnen Mitgliedsländern der EG möglich war und welchen Einfluss die Harmonisierung der EG-internen Handelsbedingungen und schließlich die Entwicklung hin zu einem EG-Binnenmarkt darauf hatte, soll am Beispiel KoKo untersucht werden.

Das Forschungsprojekt ist auf insgesamt vier Jahre angelegt. In der jetzt von der DFG bewilligten ersten Phase konzentriert sich die Untersuchung auf die 1970er Jahre. Daran soll sich in zwei Jahren eine zweite Forschungsphase anschließen, in der dann die Jahre bis zur Wende in der DDR Gegenstand der Analyse sein werden.

industrie, Sudreau“ vom 9. Mai 1977, verfaßt von Gerhard Beil für Günter Mittag, in: ebd., Nr. 2962, Bl. 37f.

**REAKTIONEN AUF DIE WESTEUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSINTEGRATION
IN OSTMITTELEUROPA.
Die ČSSR und Polen von den 50er bis zu den 70er Jahren**

Dagmara Jajeśniak-Quast

In dem hier vorzustellenden Teilprojekt des von André Steiner geleiteten Projektverbundes „Wirtschaftliche Integrationsprozesse und ihre Perzeption in West- und Osteuropa“ wird untersucht, welche Effekte sich durch den Prozess der westeuropäischen Integration für die Handelsbeziehungen Polens und der Tschechoslowakei zu den EWG-Ländern und die binnenwirtschaftliche Struktur der beiden Länder vom Beginn der fünfziger bis in die siebziger Jahre hinein ergaben. Zwei Fragestellungen stehen dabei im Zentrum:

1. Wie groß war der Stellenwert der wirtschaftlichen Beziehungen mit den westeuropäischen Ländern in der sozialistischen Planwirtschaft? Wie wurden die politischen und wirtschaftlichen Interessen in der Außenwirtschaft definiert und wer vertrat sie im Entscheidungsprozeß?
2. Wie wurden die entsprechenden Beschlüsse in den Außenbeziehungen zu den EWG-Ländern umgesetzt? Wie entwickelte sich die Außenwirtschaft der beiden Länder in Folge dieser – wie auch immer umgesetzten – Maßnahmen? Dabei stehen besonders das Volumen und die Struktur des Handels mit den EWG-Mitgliedsstaaten im Vordergrund.

Die wirtschaftspolitischen Reaktionen in den ostmitteleuropäischen Ländern auf die wirtschaftliche Integration des westlichen Teils des Kontinents und die daraus folgenden realwirtschaftlichen Konsequenzen in Ostmitteleuropa sind bis heute nicht ausreichend erforscht. Eine erste Monographie über die Tendenzen und Perspektiven des Handels zwischen Polen und den Ländern der EWG erschien in Polen erst im Jahre 1974.¹ Mit dem Außenhandel und den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Blöcken befaßte sich die Forschung erst Ende der achtziger Jahre.² Im Unterschied dazu wurden einzelne Artikel zum Thema in zeitgenössischen Fachperiodika veröffentlicht. In Polen diskutierte man die Auswirkungen der westlichen Integration auf den polnischen Außenhandel und die Binnenwirtschaft für den hier betrachteten Zeitabschnitt in unregelmäßigen Abständen in „*Ekonomista*“ [„Ökonom“] (Warszawa 1947-2000), „*Handel Zagraniczny*“ [Außenhandel] (Warszawa: 1955-1984) und „*Życie gospodarcze*“ [Wirtschaftsleben] (Katowice: 1945-1949, Warszawa 1949-1988). Für die Tschechoslowakei sind in diesem Kontext die zahlreichen Veröffentlichungen in den zeitgenössischen Periodika wie „*Plánované hospodárství*“

1 Vgl. Andrzej Wiczorkiewicz, *Tendencje i perspektywy handlu między Polską a krajami EWG* [Tendenzen und Perspektiven des Handels zwischen Polen und den Ländern der EWG], Warszawa 1974.

2 Vgl. Maria Haendcke-Hoppe (Hg.), *Außenwirtschaftssysteme und Außenwirtschaftsreformen sozialistischer Länder. Ein intrasystemarer Vergleich*, Berlin 1988.

[„Planwirtschaft“] oder „Hospodářské noviny“ [„Wirtschaftsnachrichten“] vor allem in der Zeit des Prager Frühlings von großem Interesse.³ Bis heute sind Untersuchungen zu diesem Thema rar geblieben. Vier Probleme liegen dieser Situation zugrunde:

- Erstens wurde in der bisher vorliegenden, vor allem westlichen Literatur davon ausgegangen, dass der Wert des Handelsvolumens und die Intensität der wirtschaftlichen Kontakte zwischen den ostmitteleuropäischen Ländern und den EWG-Ländern aufgrund des Eisernen Vorhanges und des Wirtschaftsembargos im Vergleich zu den Beziehungen mit anderen Regionen zu vernachlässigen seien.
- Zweitens ist die Außenwirtschaft der sozialistischen Länder bisher überhaupt nur unzureichend untersucht.
- Drittens beschränken sich die bisherigen Forschungen über den Außenhandel der sozialistischen Ländern meist auf die wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb des RGW.
- Viertens ist der Zugang zu den Archivquellen auf Grund der Dreißig-Jahre-Sperrfrist erst seit kurzem möglich.

Die Erforschung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EWG- und einzelnen RGW-Ländern im Kalten Krieg bleibt also nach wie vor eine anspruchsvolle Aufgabe. Die Auswertung der Primärquellen in den Nationalarchiven ist auf Grund des geschilderten Forschungsstandes unumgänglich. Derartige Untersuchungen wurden parallel von Forschergruppen begonnen, die von Alice Teichová, Dieter Stiefel und Gertrude Enderle-Burcel in Wien, Luciano Segreto in Florenz sowie André Steiner in Potsdam geleitet werden. Darüber hinaus gibt es einzelne neuere Veröffentlichungen zu diesem Thema. Für die Tschechoslowakei sind vor allem Beiträge von Jaroslav Kučera, Drahomír Jančík, Christoph Buchheim und Valentina Fava zu nennen. Erste Ergebnisse dieser Forschungsansätze werden auf dem II. Kongress „Tensions of Europe“ in Lappeenranta im Mai 2006 und auf dem XIV. Weltkongress für Wirtschaftsgeschichte in Helsinki im August 2006 präsentiert.⁴ Schon jetzt kann man sagen, dass der Eisernen Vorhang nicht immer so undurchlässig war wie ursprünglich angenommen. Besonders ab den 1970er Jahren flossen verstärkt westliches Kapital und Technologien in Form von Krediten und Patentlizenzen nach Ostmitteleuropa. Zum Beispiel

3 Jan Pleva, Konference o plánování zahraničního obchodu [Die Konferenz über die Planung des Außenhandels], in: *Plánované hospodářství* 21 (1968), Nr. 2; Zdeněk Šedivý, Ke koncepci rozvoje vnějších ekonomických vztahů [Zur Konzeption der Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen], in: *Plánované hospodářství* 21 (1968), Nr. 7; Karel Podlaha, Struktura vnějších hospodářských vztahů a ekonomická rovnováha [Die Struktur der Außenwirtschaftsbeziehungen und das wirtschaftliche Gleichgewicht], in: *Plánované hospodářství* 22 (1969), Nr. 4; Jaromír Kubálek, Konkretizace hospodářské politiky v oblasti vnějších ekonomických vztahů [Die Konkretisierung der Wirtschaftspolitik im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen], in: *Hospodářské noviny* Nr. 32, 9.8.1968.

4 Siehe dazu die Programme der beiden Kongresse unter: <http://www.lut.fi/eki/toe2006/index.html> und unter: <http://www.helsinki.fi/iehc2006/brochure.html>.

erwarb Polen drei Viertel aller westlichen Lizenzen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Zeit von 1971-1979. Ab Mitte der achtziger Jahre kamen zu den Portfolioinvestitionen auch Beispiele von Joint-Ventures, also ausländische Direktinvestitionen aus den EWG-Ländern in der Region.

Vor diesem Hintergrund gilt es die These kritisch zu hinterfragen, wonach die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den RGW- und EWG-Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu den siebziger Jahren vollständig abgebrochen worden seien. In dem vorliegenden Projekt wird daher von der Annahme ausgegangen, dass es ein Spannungsfeld zwischen der politisch motivierten Ablehnung der westeuropäischen Integration in den sozialistischen Staaten und dem wirtschaftlich bedingten Bestreben einiger Staaten gab, mit den EWG-Mitgliedsländern Handelskontakte zu unterhalten. Beispielsweise wurden trotz der Nationalisierung des Bankwesens nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl in Polen als auch in der Tschechoslowakei zwei Banken nicht vollständig verstaatlicht, die den Außenhandel mit westlichen Ländern abwickeln sollten. Bis 1989 bleibt die Bank Handlowy [Handelsbank] in Polen - neben dem polnischen Staat als größtem Gesellschafter - auch teilweise in ausländischer, vorwiegend westeuropäischer Hand. Die ausländischen Beteiligungen erleichterten den Finanzverkehr insbesondere mit Unternehmen aus Westeuropa und den USA. Solche mit Polen weiterhin wirtschaftliche Kontakte pflegende Firmen vertrauten diesen Banken mehr als den rein staatlichen Finanzinstitutionen. Eine ähnliche Situation war in der Tschechoslowakei anzutreffen. Dort übernahm die Gewerbebank [Živnostenská banka] in der gesamten sozialistischen Periode eine Vermittlerrolle im Zahlungsverkehr mit dem westlichen Ausland.⁵

Grundsätzlich wird in diesem Projekt davon ausgegangen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen Polens und der Tschechoslowakei mit den EWG-Ländern seit dem Zweiten Weltkrieg nicht abbrechen. Die Intensität des Handels beider Länder mit den westeuropäischen Ländern variiert zeitlich stark. Dabei kann man vier Zeitabschnitte unterscheiden:

- *1945-1950*: In der Nachkriegszeit dominierte sowohl in Polen als auch in der Tschechoslowakei die Vorstellung, die Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern sowohl West- als auch Osteuropas breit zu entwickeln. Das schlug sich sowohl in den Beschlüssen des ersten Parteitag der Polnischen Arbeiterpartei [Polska Partia Robotnicza - PPR] als auch im ersten Dreijahrplan in Polen nieder. In ihrem ersten Zweijahrplan sah sich auch die Tschechoslowakei in einer Art Brückenfunktion zwischen West und Ost. Darüber hinaus belegt die Tatsache, daß Polen und die Tschechoslowakei im Juni/Juli 1947 über einen Monat über die Teilnahme am Marshallplan nachdachten, bevor diese am Veto der Sowjetunion scheiterte, dass beide Länder daran offen-

5 Zdeněk Jirásek/Andrzej Małkiewicz, *Polska i Czechosłowacja w dobie stalinizmu (1948-1956)* [Polen und die Tschechoslowakei in der Zeit des Stalinismus (1948-1956)], Warszawa 2005, S. 182 und 184.

sichtlich ein großes Interesse hatten.⁶ In der Folgezeit zeichnete sich die Teilung Europas jedoch immer deutlicher ab und auf dem fünften Treffen der Europäischen Wirtschaftskommission [E.C.E.] in Genf 1950 verhandelten die Delegationen der osteuropäischen Länder immer mehr unter dem Diktat der UdSSR.

- *1951-1957*: In keiner anderen Periode hatten die Ereignisse des Kalten Krieges einen so großen Einfluss auf den polnischen und tschechischen Außenhandel wie in der Zeit nach dem Ausbruch des Korea-Krieges von 1951-1957. In der Folge verringerten sich die wirtschaftlichen Beziehungen mit den westlichen Ländern weiter deutlich. Der Anteil dieser Länder am polnischen Außenhandelsumsatz ging von 38% im Jahre 1950 auf 24% im Jahre 1954 zurück.⁷ Die Konsequenz war, dass der polnische und tschechische Außenhandel stark auf den Osten ausgerichtet wurde. Allerdings kam auch die Wirtschaftsintegration im Rahmen des RGW in dieser Phase kaum zum Tragen. Eine Ausnahme bildete in dieser Zeit lediglich Polen, wo im Oktober 1956 sowohl verstärkte wirtschaftliche Beziehungen mit den westlichen Ländern als auch eine Beschleunigung der RGW-Integration lebhaft diskutiert wurde.
- *1958-1970*: In den Beschlüssen zum polnischen und tschechischen Fünfjahrplan (1956-1960) wurde auch die Notwendigkeit betont, die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland zu aktivieren. Dabei unterstrich man erstmalig auch offiziell, daß die Arbeitsteilung im Rahmen des RGW verstärkt werden müsse. Zugleich wurde empfohlen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den westlichen Ländern weiter zu entwickeln. Diese Linie wurde auch mit den Beschlüssen des dritten Parteitages der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei [Polska Zjednoczona Partia Robotnicza - PZPR] im Jahr 1959 und den Richtlinien für den nächsten Fünfjahrplan 1961-1965 beibehalten. In dieser Phase zeichnete sich in der Wirtschaftspolitik Polens und der Tschechoslowakei eine Art Kompromissstrategie des RGW ab. Dabei sollte die Neutralität einiger mittel- und nordeuropäischer Staaten im Ost-West-Konflikt, wie Österreich, Schweden oder Finnland, umfassend genutzt werden.⁸ Die Wirtschaftsbeziehungen Polens und der Tschechoslowakei zu diesen westlichen Nicht-EWG-Mitgliedern wurden verstärkt. Auf diese Weise wollten die ostmitteleuropäischen Länder schließlich auch den EWG-Markt erschließen. Dabei wurden zwei Tendenzen sichtbar: Zum einen sollte der Export in die

6 Vgl. Janusz Kaliński, *Zmiana dekoracji. Miesięczny okres rozważań nad planem Marshalla dowodzi, że Polska była nim zainteresowana* [Die einmonatige Bedenkzeit über den Marshallplan belegt, dass Polen durchaus Interesse hatte], in: *Przegląd Tygodniowy*, Nr. 7 (307), 1988, S. 10.

7 Janusz Kaczurba, *Polski handel zagraniczny w 35-leciu* [Polnischer Außenhandel in 35 Jahren], in: *Sprawy Międzynarodowe*, 1979, Heft 10, S. 25-40, hier: S. 26.

8 Vgl. Dörte Putensen/Heike Mahnert, *Der Norden auf dem Weg nach Europa: Skandinavien und die europäische Integration*, Hamburg 2000; Dörte Putenson, *Im Konfliktfeld zwischen Ost und West: Finnland, der kalte Krieg und die deutsche Frage (1947-1973)*, Berlin 2000.

westlichen Länder erhöht und zum anderen die eigene Produktion verstärkt entwickelt werden, mit der ansonsten erforderliche Importe abzulösen waren. Deshalb wurde beispielsweise in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 eine Prämie eingeführt, die die Betriebe für Ausfuhren in die kapitalistischen Staaten erhielten. Zugleich änderte sich in dieser Phase zumindest in Polen die Warenstruktur des Außenhandels mit den EWG-Ländern gravierend. Sowohl im Ex- als auch im Import erhöhte sich der Anteil von Produkten mit einem höheren Verarbeitungsgrad.⁹ Die traditionellen Exportzweige Polens blieben allerdings die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie sowie die Metallurgie, deren Anteile sich jedoch verringerten.

- *Nach 1971:* In den siebziger Jahren wurde – so eine These – der Anfang zu dem „Comeback“ Ostmitteleuropas in den traditionellen Beziehungen zwischen den Zentren im Westen und der Peripherie im Osten gemacht. Ab 1970 verringerte sich der Anteil der RGW-Länder am polnischen Außenhandel deutlich.¹⁰ Polen und die Tschechoslowakei strebten weiterhin danach, ihren Absatz auf den Märkten der EWG-Länder zu erhöhen. Allerdings stiegen die Zutrittsbarrieren zum EWG-Markt immer mehr an. In diesem Zusammenhang stellte jedoch nicht die Zollpolitik der Gemeinschaft das größte Problem dar, sondern vielmehr der Innovations- und Qualitätsverlust der ostmitteleuropäischen Produkte. Auf Grund dieser Probleme bemühten sich Polen und die Tschechoslowakei in den siebziger Jahren ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen zu den Entwicklungsländern zu verstärken.

Der Zeitabschnitt nach 1971 ist jedoch nicht mehr Gegenstand dieses Projektes und böte einen lohnenden Ansatzpunkt für weitere Forschungsvorhaben.

9 Janusz Kaczurba, *Polski handel zagraniczny w 35-leciu* [Polnischer Außenhandel in 35 Jahren], in: *Sprawy Międzynarodowe*, 1979, Heft 10, S. 25-40, hier: S. 30f.

10 Ebd., S. 33.

NETZWERKE LOKALER ELITEN IN DER DDR 1970-1989

Annette Schuhmann

Innerhalb staatssozialistischer Gesellschaften war die Einbindung informeller Arrangements und Netzwerke in wirtschaftliche Planungs- und Leitungsprozesse eine Realität. Solche Netzwerke entstanden auch auf lokaler Ebene. Ihre zumeist in Betrieben, kommunalen Verwaltungen oder lokalen politischen Apparaten handelnden Akteure stellten die bestehenden Machtstrukturen und deren Anspruch auf eine straffe zentralistische Leitung nicht in Frage, jedoch trugen sie dazu bei, immer wieder auftretende politische und wirtschaftliche Steuerungsdefizite zu überbrücken, mitunter auch zu verschleiern oder sie zu kompensieren. Von der zeithistorischen Forschung sind Ursachen und Wirkungen der für zentralistisch aufgebaute Wirtschafts- und Politiksysteme charakteristischen Ineffizienz bereits aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet worden. Allerdings spielte dabei die Existenz von Personennetzwerken auf lokaler Ebene so gut wie keine Rolle. Doch gerade sie bildeten eine wichtige Voraussetzung für die alltägliche Funktionsfähigkeit des realen Sozialismus. Eine genauere Betrachtung stützt die These, daß lokale Netzwerke in der DDR sich in ihren grundlegenden Merkmalen kaum von jenen Netzwerken unterschieden, mit denen Unternehmen in Marktwirtschaften agieren. Die Akteure handelten außerhalb der zentral festgelegten Planabläufe. Oft reagierten sie spontan auf bestehende oder absehbare Mängel und suchten nach aus ihrer Sicht rationalen Lösungen. Diese standen freilich oft in Spannung zu den Intentionen und Rationalitätskriterien der zentralen Planung. Gleichwohl handelten diese lokalen Akteure nicht in Opposition zum Macht- und Gestaltungsanspruch der SED. Vielmehr bildeten ihre Netzwerke relativ effiziente Subsysteme innerhalb eines rigiden Herrschaftssystems. Das wirft die Frage auf, ob sich mit Hilfe lokaler Netzwerke auch quasi-unternehmerische Qualitäten entfalteten. Auch ist zu prüfen, wie die Machtelite mit diesem im Bereich der Funktionsebenen anzutreffenden Phänomen umging. Dessen Stabilisierungseffekte waren offensichtlich größer als ihr Störungspotential. Hatte man es also mit einem stillen Einverständnis auf der politischen Führungsebene zu tun? Gingen von hier Impulse aus, die das Prinzip der zentralisierten Wirtschaftsplanung und Gesellschaftspolitik relativierten? In der DDR hatten lokale Netzwerke in erster Linie kompensatorische und ausgleichende Funktionen, die vor allem dem Umfeld urbaner Zentren beziehungsweise großer Betriebe zugute kamen. Jenseits der Harmonisierungsrhetorik der Parteiführung, die eine Angleichung der vielfältigen Versorgungsdifferenzen zwischen Stadt und Land versprach, ist davon auszugehen, daß im Konfliktfall das Territorium hinter den Bedürfnissen des jeweiligen Industriezweiges zurückzustehen hatte. Vorrang hatte stets eine Planung, die sich an Industriezweigen und Kombinatn orientierte, nicht an Regionen. Es ist davon auszugehen, daß

positive Effekte für die Territorien in der Regel Mitnahmeeffekte der Entwicklung von Industriezweigen waren.

Für eine Analyse lokaler Netzwerke, die Teil einer bisher kaum beachteten Beziehungsebene zwischen Betrieb und Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung darstellen, haben sich neuere Studien zur Netzwerkproblematik als anregend erwiesen. In den bisher nachvollziehbaren lokalen Arrangements finden sich jene Charakteristika, wie sie auch im Rahmen der neueren Unternehmensforschung für die Beschreibung von Netzwerken verwendet werden. Dazu gehören beispielsweise ausgeprägte Fähigkeiten der Akteure zur Selbstkoordination, eine Bündelung von Kompetenzen über die eigene Institution hinaus, flexible und operative Kooperationsformen sowie das Zusammenfassen von Ressourcen und deren Verteilung mittels nichtvertraglicher Praxen über die Grenzen des Betriebes hinaus. Das Projekt „Lokale Netzwerke in der DDR“ knüpft mit seinen Fragestellungen an die Ergebnisse der neueren Netzwerkforschung an. Hier dienen Netzwerkanalysen u.a. dazu, Bedingungsfaktoren für die Effizienz und die Innovationsfähigkeit von Unternehmen und Branchen zu analysieren. Die Tatsache, daß Unternehmen nach außen nicht nur über Märkte, sondern auch über ein breites Spektrum an kooperativen Arrangements agieren, macht für eine Analyse der Erfolgsbedingungen eines Unternehmens die Untersuchung seiner externen Beziehungen notwendig. Die Ausgangsthese netzwerkökonomischer Ansätze lautet hier: Wenn Unternehmen in Netzwerken kooperieren, werden Ressourcen und Kompetenzen gebündelt, ohne daß dabei die Autonomie der Unternehmen in Frage gestellt wird.

Vor allem diese in der Regel positive Bewertung der externen Netzwerkbildung von Unternehmen und Branchen erklärt den aktuellen Boom netzwerkökonomischer Analysen der letzten Jahre. Kennzeichnend für fast alle Netzwerkanalysen ist, daß sie sich fast ausschließlich auf marktstrukturierte Wirtschaftssysteme konzentrieren. Nur wenige Autoren beziehen Betriebe beziehungsweise Branchen staatssozialistischer Gesellschaften in ihre Analysen ein. Vor allem mangelt es an konkreten Fallstudien.

Anknüpfend an die Forschungsergebnisse der neueren Unternehmensgeschichte sind unter den Bedingungen der DDR bestehende Kooperationsformen insbesondere von Betrieben und Kommunen mit Hilfe des Netzwerkbegriffs zu untersuchen. Solche Netzwerke, die in der Regel von Betrieben initiiert und gepflegt wurden, eröffneten flexible Zugänge zu knappen Ressourcen, die auf dem „offiziellen“ Weg nicht oder nur unter unverhältnismäßigem Aufwand zu beschaffen waren. Dabei unterschieden sich die Handlungsräume deutlich von denen, über die in Marktwirtschaften operierende Unternehmen verfügten. Dennoch, so die These, bildeten sich zwischen Betrieben und ihrem lokalen Umfeld auch in staatssozialistischen Gesellschaften ähnliche Netzwerkstrukturen heraus. Angesichts dieser Annahme ist zu fragen, wie und warum angesichts höchst unterschiedlicher Rahmenbedingungen und Zielfunktionen durchaus ähnliche Arrangements entstanden.

Lokale Netzwerke dieser Art entstanden nicht aus einem politisch alternativen Submilieu heraus. Zwar gestaltete sich der Interessenausgleich oft informell, jedoch handelten die Akteure ohne das politische System oder die planwirtschaftlichen Strukturen in Frage zu stellen. Aus ihrer Sicht ging es vielmehr um deren Optimierung auf der betrieblichen und lokalen Ebene. Solche Akteure, die mit einer relativ großen Chance auf eine „Verbesserung der Lage“ kooperierten, waren in der Regel Angehörige der betrieblichen und lokalen Funktionseliten. Relativ gut lassen sich derartige Netzwerkbildungen am Beispiel sogenannter Schwerpunktbetriebe fassen. Diese besaßen aufgrund ihres großen und relativ flexiblen Kultur- und Sozialfonds, ihrer Strukturdominanz und den zugeteilten Ressourcen oft größere Handlungsräume als die lokalen Verwaltungen. Die zwischen Betrieb und Kommune entstehenden Netzwerke waren nicht nur als Reaktion auf akute Versorgungsmängel zu erklären, etwa bei der Wohnraumbeschaffung für Beschäftigte, sondern sie wirkten ganz allgemein an der Schnittfläche betrieblicher und lokaler Interessen. Beispielsweise konnte es um die Pflege lokaler Traditionen, um den Nahverkehr oder auch um die Renovierung des örtlichen Kulturhauses gehen. Auch der Profilierung von Lokalpolitikern, wie Bürgermeistern, Stadtverordneten oder Parteisekretären und des betrieblichen Managements konnten solche Netzwerke dienen. Ihre Dynamik und Effizienz erlangten sie also nicht nur aufgrund systembedingter Steuerungsdefizite, sondern auch vor dem Hintergrund einer durch lokale und persönliche Umstände bestimmten Motivlage. Den hier anknüpfenden Forschungsfragen geht das Projekt an zwei Fallbeispielen nach: dem Eisenhüttenkombinat Ost und der Maxhütte Unterwellenborn.

**„MERKEN SIE SICH EINES: MACHT GEHT VOR RECHT!“
Dokumentation des Berichts von Herbert Paulmann über seine Inhaftierung
von 1946 bis 1954 in Potsdam, Sachsenhausen und Torgau**

Gabriele Schnell

„Wie ist es möglich, daß ein Mensch Verbrechen zugibt, die er gar nicht begangen hat? Nur auf eine Weise, nämlich aufgrund der Anwendung physischer Gewalt zur Geständniszerpressung – indem man ihn bis zur Bewußtlosigkeit foltert und ihn seiner Urteilsfähigkeit und seiner menschlichen Würde beraubt. Auf diese Weise kamen die Geständnisse zustande.“

(Nikita S. Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU, Februar 1956)



*Herbert Paulmann (1934)
(Foto: privat)*

Ich wurde am 23. November 1914 in Berlin-Kreuzberg geboren, wo ich auch aufwuchs und zur Schule ging.¹ Nach der achtjährigen Schulzeit absolvierte ich eine Lehre und wurde Gärtner. Anschließend arbeitete ich in einem großen Gärtnereibetrieb in Teltow-Ruhlsdorf, doch nach zwei Jahren wurde ich dort entlassen und hing sozusagen in der Luft. Meine Eltern, die inzwischen nach Dabendorf in den Kreis Teltow gezogen waren, wollten mir helfen und sahen sich ebenfalls nach einer Arbeitsmöglichkeit für mich um. Eines Tages sagte mein Vater zu mir: „Hör mal zu, mein Junge, ich habe mit dem Landrat von Teltow gesprochen, der sucht dringend junge Leute für eine Kraftfahrerausbildung. Hast Du nicht Lust, Dich zu bewerben?“

Natürlich hatte ich Lust. Ich bewarb mich und kam zu einer Kraftfahr-Lehrabteilung in ein Lager in Zossen, wo ich eine Art Sportprüfung ablegen musste, die ich auch gut bestand; so blieb ich in dieser Kraftfahr-Abteilung. 1934 wurde diese Abteilung in die Wehrmacht integriert, ich musste fortan eine Wehrmachtsuniform tragen und mich für eine dreijährige Dienstzeit verpflichten. In dieser Zeit erwarb ich den Führerschein und absolvierte auch eine militärische Grundausbildung. 1937, als die Einziehung von Wehrpflichtigen begann, wurde mir nahe gelegt, mich auf zwölf Jahre zu verpflichten. Ich überlegte hin und her. Verpflichtete ich mich nicht, würde ich als Wehrpflichtiger übernommen werden, was ich nicht wollte. Außerdem hätte ich nach dem Wehrdienst dann wieder

¹ Sprachlich bearbeitete und autorisierte Fassung der Tonbandabschrift eines Gesprächs von Gabriele Schnell mit Herbert Paulmann am 24. Januar 2006.

ohne Arbeit dagestanden, was mir bei der herrschenden Arbeitslosigkeit auch nicht gefiel. Also verpflichtete ich mich zu zwölf Jahren als Berufssoldat. NSDAP-Mitglied musste keiner von uns sein, es fragte auch keiner nach unserer politischen Einstellung. Das Kraftfahrzeug-Lager Zossen wurde kurz danach in das „Aktive Panzerregiment Nummer 5 Wünsdorf“ umgewandelt und zog nach Wünsdorf um. Dort absolvierte ich einen Lehrgang zum Rechnungsführer und wurde dann Rechnungsführer beim Regimentsstab des Panzerregiments 5. Damit oblag mir die gesamte Besoldung des Regimentsstabs und die Reisekostenabrechnung. 1938 heiratete ich, und meine Frau und ich zogen in eine kleine Wohnung in Berlin-Steglitz.

Mit der Mobilisierung nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zog das gesamte Regiment – leider Gottes – nach Osten, Richtung Polen und später nach Russland. In Russland erkrankte ich schwer an Fleckfieber und kam in ein Seuchenlazarett. Es ging mir so schlecht, dass ich zwangsernährt werden musste. Mit dem gesamten Lazarett wurde ich nach Ostpreußen verlegt und später mit einem Seuchentransport nach Österreich gebracht, in ein Reservelazarett in Graz. Es dauerte Monate, bis ich wieder einigermaßen gesund war und als nur noch bedingt kriegstauglich aus dem Lazarett entlassen werden konnte. Trotzdem wurde ich danach als Rechnungsführer des Regimentsstabs nach Holland abkommandiert und anschließend nach Afrika. In Nordafrika zog ich mir eine schwere Augenkrankheit zu; eine Tse-Tse-Fliege hatte mich in das rechte Auge gestochen, und es sah ganz so aus, als würde ich das Augenlicht verlieren. Über Bengasi flogen sie mich nach Tripolis ins Lazarett, wo mich ein Spezialist für Tropenkrankheiten behandelte. Ich hatte Glück, mein Auge konnte gerettet werden, nur habe ich seither einen leichten Silberblick.

Ich musste auch noch den Russlandfeldzug mitmachen, ehe ich in Döberitz in der Nähe von Berlin der Infanterieschule und später der Munitions-Schlepp-Kompanie als Rechnungsführer zugeteilt wurde.

Das Kriegsende erlebte ich in Berlin-Spandau, wo ich in der Nähe der Frey-Brücke verwundet wurde; ein Geschöß war durch meinen linken Arm gedrun-gen, aber glücklicherweise unmittelbar vor dem Herzbeutel stecken geblieben. Ich wurde sofort gefangen genommen und in ein russisches Gefangenenlager an der Frey-Brücke gebracht. Als alle Gefangenen antreten mussten und ich mich dabei kaum auf den Beinen halten konnte, fiel einem russischen Offizier meine Verwundung auf, er befahl einem Soldaten, mich zu einem deutschen Rot-Kreuz-Stützpunkt ganz in der Nähe zu bringen. Dort besah sich ein Sanitäter meine Verletzung, während mich der russische Soldat nicht aus den Augen ließ. Doch der Sanitäter bedeutete dem Russen, ich müsste nun behandelt werden und wäre nicht transportfähig. Er ließ ihn einfach stehen und ging mit mir in den Behandlungsraum, wo er mir zuflüsterte, ich solle ins Obergeschoss gehen und mich dort zu den Schwerverletzten legen. Das tat ich auch und konnte mich so dem Zugriff des russischen Soldaten entziehen. Im Rahmen des Möglichen wurde ich von einem Arzt behandelt. Als die Russen einige Tage später dieses Not-lazarett auflösten, hatte sich mein Zustand ein klein wenig gebessert. Während

die Schwerverwundeten auf LKW verfrachtet und abtransportiert wurden, konnte ich mich unbemerkt entfernen und in einer der Nachbarvillen verstecken, wie mir ein Arzt geraten hatte; so kam es, dass ich nicht in russische Gefangenschaft geriet.

Als unmittelbar danach die Engländer in Spandau einmarschierten und alle aufatmeten, kraxelte ich über die Frey-Brücke und lief nach Hause, nach Steglitz. Ich wollte nur noch zu meiner Frau und meinen beiden Kindern, die während des Krieges geboren wurden. Doch die Wohnung war leer. Ich erfuhr dann, dass meine Frau und die Kinder wegen der Bombenangriffe evakuiert worden waren, in die Nähe von Küstrin. Doch in Küstrin hatte es schwerste Kämpfe gegeben, und ich wusste überhaupt nicht, wo sich meine Lieben nun befanden und hatte große Angst um sie. Ich konnte sie auch nicht suchen, nach Küstrin hätte ich mich in diesen wirren Zeiten niemals durchschlagen können, außerdem machte mir mein Arm noch sehr zu schaffen. So war ich überglücklich, als meine Frau und meine Kinder wenig später unversehrt zu Hause eintrafen; ein LKW hatte sie von jenseits der Oder nach Berlin mitgenommen. Nun waren wir endlich wieder vereint.

In diesen Tagen ging in Berlin alles drunter und drüber. Auf den Ämtern in Steglitz war in meinem Beruf keine Arbeit zu finden. Nachdem ich vieles versucht hatte, machte ich mich auf den Weg nach Mahlow, zum Landratsamt für den Kreis Teltow. Dort hatte ich Erfolg, am 1. Oktober 1945 konnte ich bei der Ortspolizei in Mahlow anfangen zu arbeiten. Kurze Zeit später sprach mich in Mahlow Kriminalkommissar Alfred Schwärzel an. Er fragte, ob ich nicht Interesse hätte, zur Kriminalpolizei zu wechseln; ich würde einen vernünftigen Eindruck auf ihn machen, und er bräuchte dringend weitere Mitarbeiter. Ich sagte offen und ehrlich, dass ich nicht wüsste, ob ich die Voraussetzungen für diese Arbeit mitbrächte, aber sehr wohl Interesse daran hätte. Wir vereinbarten, dass ich bei ihm anfangen, aber im besten Einvernehmen wieder ausscheiden könne, wenn mir diese Tätigkeit nicht zusagen würde. So wechselte ich zur Kripo, in die Abteilung Mord. Meine politische Haltung spielte dabei überhaupt keine Rolle, wichtig war nur, dass ich nicht der NSDAP angehört hatte.

Ich fuhr nun also jeden Tag von Steglitz im amerikanischen Sektor von Berlin zur Arbeit ins nahe gelegene brandenburgische Mahlow, das zur sowjetischen Besatzungszone gehörte. Zu dieser Zeit gab es noch keine Sektoren- oder Grenzübergänge, alles war noch frei zugänglich. Auch Schwärzel wohnte im amerikanischen Sektor, nicht weit von mir entfernt, in Berlin-Zehlendorf. Schwärzel und ich arbeiteten gut zusammen.

Eines Tages hatte ich ein besonderes Erlebnis. Ich war auf dem Heimweg von der Arbeit und lief durch die Gotenstraße in Steglitz, als ich auf eine kleine Menschenansammlung stieß. Mehrere Passanten beugten sich über einen am Boden liegenden Mann. Auf meine Frage, was denn geschehen sei, hieß es: „Der arme Mann ist gerade niedergestochen worden.“ Dann rief einer der Umstehenden: „Da vorn läuft der Täter!“, und ich sah in geringer Entfernung einen Uniformierten in den Ruinen verschwinden. Pflichtbewusst rannte ich hinterher. Als der

Flüchtende durch ein zerborstenes Fenster wieder aus den Ruinen heraus kletterte, konnte ich ihn stellen; es handelte sich um einen russischen Soldaten. Ich durchsuchte ihn, auch seine großen Hosentaschen und fand darin einen Fliegerdolch, der mit frischem Blut beschmiert war. Im nächsten Augenblick fuhr ein amerikanischer Jeep vor, und ein amerikanischer Offizier, ein amerikanischer Soldat und ein russischer Offizier stiegen aus; der russische Offizier, ein Major, war der Verbindungsoffizier der Russen im amerikanischen Sektor. Ich übergab dem russischen Major das Fliegermesser und den russischen Soldaten, der in den Jeep einsteigen musste. Ich sollte auch einsteigen und ebenso eine Frau, die Augenzeugin des Vorfalles geworden war. Der Jeep fuhr mit uns in die Rheinstraße und hielt am ehemaligen Telefunken-Gebäude, wo die Zentrale der amerikanischen Militärpolizei untergebracht war und gegenüber auf der anderen Straßenseite der russische Verbindungsoffizier, der Major, seinen Sitz in einer Villa hatte. Der Major schaffte den russischen Soldaten in seine Villa, die Zeugin und ich mussten ebenfalls mitkommen. Zu unserem Schutz ging auch noch ein Amerikaner mit in die Villa hinein. Der russische Major ließ sich zuerst den Ausweis der Zeugin zeigen, den er nur flüchtig betrachtete, dann besah er sich lange Zeit meinen Dienstaussweis, der mich als Kripo-Mitarbeiter in Mahlow auswies. Anschließend mussten die Frau und ich den Amerikaner in das gegenüberliegende Telefunken-Gebäude zur Aufnahme unserer Personalien begleiten, dann durften wir nach Hause gehen. Dieses Erlebnis berührte mich natürlich, aber eine größere Bedeutung hatte diese Angelegenheit für mich damals nicht.

Dann stand eines Tages Schwärzel in seiner nachdenklichen Art in unseren Dienstzimmer am Fenster und sagte versonnen zu mir: „Paulmann, wenn ich eines Morgens nicht zum Dienst komme, dann benachrichtigen Sie bitte meine Frau und meine Schwiegereltern.“ Das gab mir in diesem Augenblick schon zu denken, aber dann nahm mich das Tagesgeschäft wieder in Anspruch, und ich vergaß diese Bemerkung. Ein paar Tage später führte ich gleich frühmorgens eine Protokollvernehmung mit einer Frau durch, die des Kindesmordes beschuldigt wurde. Ich hatte gar nicht darauf geachtet, ob sich Schwärzel an diesem Morgen bereits im Hause befand. Als ich noch mitten in der Vernehmung war, steckte Schwärzels Schwiegervater den Kopf durch die Tür und fragte nach seinem Schwiegersohn, den er in dessen Büro nicht angetroffen hatte; er brachte seinem Schwiegersohn häufig warmes Essen in die Dienststelle, weil Schwärzel zuckerkrank war und sich besonders ernähren musste. Wir erfuhren dann, dass Schwärzel in Begleitung von zwei Russen weggegangen war, mehr aber nicht. Er war wie vom Erdboden verschluckt, wir wussten weder, warum, noch was mit ihm geschehen war.

Schwärzels plötzliches Verschwinden ging mir sehr nahe. Ich suchte seine Frau auf, die natürlich völlig untröstlich war. Von meinem Verdacht, dass ihn die Russen verhaftet hatten, sagte ich ihr aber nichts. In der Dienststelle herrschte eine bedrückende Stimmung. Jeder fühlte sich unsicher und hatte Angst, ich auch, zumal ich Schwärzels engster Mitarbeiter war. Die Situation erschien mir nicht mehr geheuer, und ich entschloss mich zu handeln. Ich fertigte ein Kündi-

gungsschreiben an und begründete meinen Schritt damit, dass ich den Anforderungen nervlich nicht mehr gewachsen sei. Dieses Schreiben übergab ich meiner Frau und ebenso meine Pistole samt Munition und bat sie, nach Mahlow zu fahren, um alles dem Polizeidirektor auszuhändigen. Meine Frau kam ganz bestürzt aus Mahlow zurück, weil der Polizeidirektor ziemlich verständnislos reagiert hatte und mich als tüchtigen Mitarbeiter, wie er sagte, behalten wollte. Aber das konnte mich nicht umstimmen. Außerdem vermutete ich, dass mit dem Kollegen Josef Dzida ein Spitzel in unserer Dienststelle saß; ein Jahrzehnt später erfuhr ich vom Bund freier Juristen, dass meine Vermutung zutraf. Mit diesem Dzida, der besser polnisch und russisch sprach als deutsch, hatte ich kurz vor Schwärzels Verschwinden ein Erlebnis, das mir seither zu denken gab. Dzida hatte mich auf meinen Ermittlungsbericht im Fall eines ermordeten Uhrmacher-Ehepaares angesprochen, in dem ich nach den vorliegenden Zeugenaussagen die vermutlichen Täter als „Personen in russischen Uniformen“ bezeichnet hatte. Meine Ermittlungen würden nur in diese Richtung laufen, hatte Dzida moniert und gefragt, ob wir denn keine deutschen Täter hätten. Ich zog mich aus der Affäre, indem ich konterte, ich hätte ja nicht geschrieben, dass es sich bei den Tätern um russische Soldaten handele, sondern um Menschen in russischen Uniformen.

Ein paar Tage nach meiner Kündigung wurde unter unserer Wohnungstür ein Stückchen dünne Pappe durchgeschoben, auf dem geschrieben stand: „Paulmann, sieh Dich vor.“ Da schrillten bei mir alle Alarmglocken! Ich ahnte bereits seit einiger Zeit, dass Leute aus den Westsektoren gekidnappt und in die russische Zone verschleppt worden waren, auch wenn ich nichts Genaues wusste.

Mir war klar, dass ich mich in einer äußerst kritischen Situation befand, und ich befürchtete meine Entführung. Verzweifelt überlegte ich hin und her, was ich tun sollte. Von der Polizei in Steglitz konnte ich keinen Schutz erwarten, die war noch im Aufbau und vollkommen überlastet. In meiner Not ging ich zu einer Kartenlegerin, die ich vor vielen Jahren durch meinen Bruder kennen gelernt hatte und die ich auch ein Jahr zuvor aufgesucht hatte, als ich überhaupt nicht wusste, wo sich meine Frau und meine Kinder befanden. Damals sagte sie zu mir, dass meine Familie auf dem Heimweg sei, und so war es dann auch. Ich schilderte dieser Frau meine Situation, und sie legte mir die Karten. Nach dem ersten Mal begann sie wieder von vorn, und dann noch einmal und noch einmal. Sie legte die Karten insgesamt fünf- oder sechsmal, dann hörte sie auf und sagte, da könne doch etwas nicht stimmen, sie würde immer nur ein großes Gebäude mit vergitterten Fenstern sehen. Das traf mich natürlich schwer. Und um einem Kidnapping zu entgehen, entschloss ich mich schweren Herzens, noch einmal zu meiner Dienststelle nach Mahlow zu fahren, in der Hoffnung, die Gefahr abwenden zu können.

Mit einer Mischung aus Angst und reinem Gewissen, denn ich hatte ja nichts verbrochen, fuhr ich am 29. Juli 1946 zusammen mit meiner Familie von Steglitz aus mit der S-Bahn in Richtung Dabendorf. In Dabendorf wohnte nicht nur meine Mutter, mein Vater war inzwischen verstorben, auch meine Schwiegereltern

wohnten dort, und die Schwiegereltern wollten wir an diesem Tag besuchen. Als wir in Mahlow umsteigen mussten, sagte ich auf dem Bahnhof zu meiner Frau, dass ich nur kurz in meine nahe gelegene Dienststelle gehen werde und bat sie, mit den Kindern auf mich zu warten, ich käme bald zurück. Ich lief dann hinüber zur Dienststelle und ging zum Büro des Polizeidirektors. Als ich die Zimmertür öffnete, sah ich, dass neben dem Direktor auch Josef Dzida im Raum war, der aber sofort durch die Seitentür verschwand, als er mich erkannte. Ich erklärte dem Polizeidirektor persönlich, was ich in der Kündigung nieder geschrieben hatte, und der gab mir freundlich zu verstehen, dass er mich eigentlich brauchen würde und sagte auch noch, dass doch überhaupt nichts gegen mich vorliege. Anschließend ging ich noch in das Büro eines Kollegen, um ihm Guten Tag zu sagen. Wir hatten noch keine drei Sätze gewechselt, als sich die Tür hinter mir öffnete und die russische Dolmetscherin eintrat, gefolgt von zwei Männern in Ledermänteln. Mit dieser Dolmetscherin hatte ich bereits einige Male dienstlich zu tun, sie wusste genau, wer ich war, trotzdem fragte sie mich, ob ich Herr Paulmann sei. Als ich bejahte, sagte sie nur: „Kommen Sie bitte mit!“

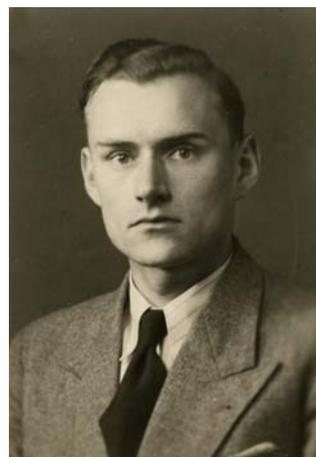
Wie ich erst viele Jahre später erfuhr, wartete meine Frau geraume Zeit auf dem Bahnsteig, bis sie mit den beiden kleinen Kindern hinüber in die Dienststelle lief. Der Polizeidirektor erzählte ihr nur kurz, was geschehen war und bat sie dann, sein Dienstzimmer unverzüglich zu verlassen, er könne für ihre Sicherheit nicht garantieren.

Sie brachten mich zur russischen Ortskommandantur in Mahlow und sperrten mich dort ein. Zwei Tage später warfen sie mir vor, Spionage für die Amerikaner zu betreiben. Ich war fassungslos; ich hatte zu Amerikanern keinerlei Verbindung. Am vierten Tag holten sie mich aus dem Kellerloch heraus und fuhren mich in einem Fahrzeug mit verdunkelten Scheiben nach Potsdam in das NKWD-Gefängnis in der Lindenstraße. Ich wurde in eine Einmannzelle in der unteren Etage eingesperrt, in der sich bereits zwei Leidengefährten befanden.

Das erste, was mit mir im NKWD-Gefängnis geschah, war, dass ich in einer schmerzhaften Prozedur mit einem ganz stumpfen Gerät kahl geschoren wurde.

Danach schnitt ein Bewacher sämtliche Knöpfe von meiner Kleidung ab und tauschte meine Schuhe gegen zwei verschiedene andere ein, die bereits sehr abgetragen waren. Das empfand ich als eine schockartige, tiefe Erniedrigung.

Als ich etwa zwei Wochen in Potsdam eingesperrt war, holte mich eines Abends ein Läufer aus der Zelle heraus und trieb mich nach vorn in eines der Verhör-



Herbert Paulmann (1946)
(Foto: privat)

zimmer. Bei diesem ersten Verhör hatte ich es nur mit einem Offizier zu tun, der ziemlich gut deutsch sprach. Zuerst fragte er mich nach meiner Person, dann kam er zum Kern der Sache: Ich sollte ihm erzählen, wie ich für die Amerikaner gearbeitet hätte. Ich entgegnete, dass dem nicht so war, dass ich nicht für die Amerikaner gearbeitet hatte, aber er hielt daran fest und behauptete immer wieder, wer wie ich im amerikanischen Sektor wohne und dann noch bei der Kripo arbeite, der müsse ein Spion sein. Er hielt mir dann einen Grundriss des ehemaligen Telefunken-Gebäudes in der Rheinstraße unter die Nase, dem Sitz der amerikanischen Militärpolizei. Auf diesem Plan war ein langer Korridor eingezeichnet, von dem nach beiden Seiten die einzelnen Räume abgingen. Ich sollte ihm auf diesem Plan zeigen, in welchem der Zimmer ich gewesen wäre und meine Aufträge entgegen genommen hätte. Das war so absurd! Ich hatte dieses Gebäude doch nur ein einziges Mal kurz betreten, als ich meine Personalien angeben musste, aber der Offizier blieb stur bei seiner Meinung. Er sagte dann sogar, ich bräuchte nur mit dem Finger auf das Zimmer zu zeigen, in dem ich gewesen sei, das würde fürs erste genügen. So ging das lange Zeit hin und her, es war furchtbar.

In den folgenden Wochen und Monaten wurde ich immer wieder verhört. Immer wieder wollten sie wissen, was ich für die Amerikaner ausspioniert und wer mir die Aufträge erteilt hätte. Die Verhöroffiziere wechselten, sie hatten auch unterschiedliche Dienstgrade bis hin zum Major und sprachen durchweg deutsch; nur einmal war eine Dolmetscherin zugegen. Die Verhöre zogen sich stets stundenlang hin. Sie begannen fast immer abends, ich wurde aus der Zelle geholt, ohne das bisschen Abendbrot zu bekommen, obwohl der Hunger riesengroß war.

Während der Verhöre wurde ich nicht misshandelt, dafür hatten die Verhöroffiziere ihre Leute. Wenn ich nach dem Ende eines Verhörs von den Stalin-Läufern abgeholt wurde, bekam ich oft mit, wie die Offiziere diesen mit der Hand ein Zeichen gaben, und draußen auf dem Korridor knüppelten die Stalin-Läufer dann gleich auf mich ein. Die Behandlung zwischen den Verhören, das war das Ausschlaggebende! Die Schlägertrupps kamen zumeist mitten in der Nacht, dann richteten sie mich mit ihren kurzen russischen Peitschen und mit Fußtritten furchtbar zu. Mitte Dezember fesselten sie mir die Hände mit Handschellen auf dem Rücken; vier Wochen lang musste ich so zubringen, bis Mitte Januar. Es war furchtbar. Nachts wusste ich vor lauter Schmerzen nicht mehr, wie ich liegen sollte. Während dieser vier Wochen wurde ich nicht verhört, aber gleich danach ging es wieder los. „Na, Paulmann, Gerbert, wie geht's denn?“, begrüßte mich der Verhöroffizier und sagte dann, die Handschellen-Sonderbehandlung wäre eine Strafe für meine Dickfelligkeit gewesen.

Nach etwa einem halben Jahr Haft sagte der Major, der mich zu dieser Zeit verhörte, ich solle nun endlich ein Geständnis ablegen. Ein halbes Jahr, das war wohl der Maßstab für sie, um ein Geständnis zu erreichen. Aber ich konnte doch nicht etwas gestehen, was ich überhaupt nicht getan hatte! Ich verstand auch die Mentalität der Verhöroffiziere nicht, die ja längst begriffen haben mussten, dass

ich nichts verbrochen hatte. So gingen die Verhöre immer weiter und die Sonderbehandlungen auch.

Eines Tages schafften sie mich in den ersten Stock, in die so genannte Tigerzelle. Das war eine Zelle, die von der Tür aus bis zum Fenster mit einem Stahlgitter getrennt war. Durch das offene Fensterloch herrschte Eiseskälte in dieser Zelle, auf dem Fußboden lagen noch die gefrorenen Exkreme von meinem Vorgänger. Vor der Tür musste ich mich nackt ausziehen, und drinnen wurden meine Hände mit Handschellen an das Gitter gefesselt. Dann kam ein Läufer mit einem Wasserschlauch und bespritzte mich mit einem dünnen, scharfen Strahl. Er zielte mit dem Strahl im Wechsel auf meine Stirn, auf die Herzgegend und dann auf das Geschlecht. Nach einer gewissen Zeit verlor ich das Bewusstsein und brach zusammen. Ich kam wieder zu mir, weil mir ein Eimer Wasser über den Kopf gekippt wurde, dann ging diese Behandlung von vorn los. Als alles vorüber war, schaffte ich den Weg über die Treppe hinunter nur kriechend auf allen Vieren. Meine Zellenkameraden waren sehr erschrocken über meinen Zustand. Sie massierten zuerst meine Hände, dann den Körper, bis ich mich wieder einigermaßen bewegen konnte.

In diesen Tagen bekam ich auch mit, wie in unserer Nachbarzelle ein Leidensgefährte regelrecht erschlagen wurde. Das Klatschen der Schläge auf seinen Körper und seine verzweifelten Schreie, „Ich habe doch nichts getan! Ich habe doch nichts getan! Herrgott im Himmel! Meine arme Frau, meine Kinder!“ drangen durch die Wand hindurch. Als es dann irgendwann still war, mussten wir mit anhören, wie sein Körper weggeschleift wurde. Es war kaum auszuhalten.

Wenn wir zu den Verhören geholt oder zurück auf die Zelle gebracht wurden und in dieser Zeit auch ein anderer Häftling transportiert wurde, dann drückten sie uns stets den Kopf an die Wand; wir sollten auf keinen Fall sehen können, welcher Häftling ebenfalls unterwegs war. Aber einmal, als sie mich zu einem Verhör holten, blieb der Posten mit mir auf dem Korridor stehen, obwohl zu hören war, dass auch ein anderer transportiert wurde. Und dann sah ich plötzlich Schwärzel! Ich erkannte ihn erst auf den zweiten Blick, sie hatten ihn entsetzlich zugerichtet, der Kopf war voller blauroter Beulen, ein Auge hing halb heraus. Ich war schockiert, und das sollte ich wohl auch sein.

Bei einem der nachfolgenden Verhöre schafften sie mich in ein leeres Zimmer, das war vorher noch nie der Fall gewesen. Erst nach geraumer Zeit kam ein Oberst herein, der seiner einwandfreien Sprache nach ein Deutscher gewesen sein muss. Dieser Oberst sagte zu mir: „Paulmann, Sie sind nun schon so lange hier und haben erlebt, wie es hier zugeht. Wir müssten doch nun mal zum Abschluss kommen. Nehmen Sie doch endlich zur Kenntnis, dass alle Argumente gegen Sie sprechen. Das ist für Sie doch auch eine Befreiung!“ Ich erwiderte: „Herr Oberst, ich habe keinerlei Verbrechen begangen. Ich bin völlig schuldlos und kann mich doch nicht selbst mit Falschaussagen belasten.“ Doch der Oberst entgegnete: „Paulmann, Sie sind doch nicht dumm! Merken Sie sich eines: Macht geht vor Recht! Diese Maxime begleitet uns stets, ganz gleich wohin.“ Diese Worte konnte ich mein Leben lang nicht vergessen.

Als nur wenige Tage danach einer meiner Zellenkameraden, Erich Junge, vom Verhör zurückkam, sagte er zu mir: „Herbert, ich will ehrlich sein, ich habe den Auftrag, Dich zu überzeugen, dass Du ein Protokoll unterschreibst; denke an Deine Frau und Deine Kinder, denn hier gehst Du doch ein.“ Ich war zu diesem Zeitpunkt schon so fertig, dass ich keine Widerstandskraft mehr hatte. Wir berieten dann gemeinsam, was ich aussagen sollte, damit ich nicht so hart bestraft werden würde. So ganz genau weiß ich das gar nicht mehr, jedenfalls dachten wir uns aus einem realen Fall eine Geschichte aus: In der Nähe von Kleinmachnow war eine junge Deutsche erschossen aufgefunden worden. Die Grundermittlungen, also Tatortbesichtigung, Spurensicherung usw., hatte ich vorgenommen, danach hatten uns die Russen den Fall abgenommen. Mit Erich Junge konstruierte ich nun, dass diese Frau Kontakt zu den Amerikanern gehabt hätte. Wir dachten uns, damit hätten die Verhörer etwas in der Hand, um mich mit den Amerikanern in Verbindung zu bringen, andererseits hätte man mich deswegen nicht besonders stark belasten können. Wir besprachen, dass Erich diese Geschichte bei seinem nächsten Verhör dann erzählen sollte. So geschah es auch; Erich Junge wurde wieder zum Verhör geholt und danach nicht mehr auf meine Zelle zurück gebracht, sondern in eine andere verlegt.

Als ich bald darauf wieder verhört wurde, empfing mich der Verhörer mit den Worten: „Nun, Paulmann, Gerbert, warum hast Du nicht gleich Geständnis abgelegt, ich habe doch Schwarz auf Weiß, was Du gemacht hast!“ Er legte mir dann ein Geständnisprotokoll vor, und ich unterschrieb. Im Anschluss daran wurde ich in eine größere Zelle, in eine Eckzelle verlegt.

Die Pritsche in dieser Zelle war für vier Personen gedacht, aber wir waren immer sehr viel mehr, einmal sogar 40 Häftlinge. Nachts lagen acht oder zehn auf der Pritsche, die anderen mussten sich wie die Ölsardinen auf den Fußboden zwängen. Dieses enge seitliche Liegen auf dem harten Fußboden war schlimm, die Knochen taten einem weh, und jeder hatte wund gelegene Stellen am Körper. Wenn es einer in seiner Stellung gar nicht mehr aushalten konnte, rief er „Wenden“, und dann drehten wir uns alle im gleichen Rhythmus auf die andere Seite um. Einer meiner Leidensgefährten in dieser Zelle war ein Pfarrer, er war 36 Jahre alt und ein hochintelligenter und guter Mensch. An jedem Sonntag hielt er für uns eine kurze Andacht, die aber nicht so sehr religiös, sondern eher weltlich ausgerichtet war. Ich schätzte ihn sehr, und nach den Möglichkeiten des Zellenlebens kann man sagen, dass wir befreundet waren. Dieser Pfarrer mit dem Vornamen Heinz, den Nachnamen habe ich leider vergessen, lag in den Nächten direkt neben mir an der Wand. Eines Nachts, es war schon in den frühen Morgenstunden, hieß es wie gewohnt „Wenden“, aber der Pfarrer machte nicht mit. Ich sagte „Heinz“ und stieß ihn leicht an, doch er reagierte nicht. Dann sah ich das Blut. Es war grausam. Er hatte die Qualen nicht mehr aushalten können und sich mit einem kleinen Nagel aus dem Schuhabsatz die Pulsadern geöffnet. Sein Freitod erschütterte uns alle. Es macht mir noch heute zu schaffen, wenn ich an sein Ende denke, dass er als ein Christenmensch nicht einmal mehr in seinem Herrgott die Kraft zum Weiterleben finden konnte.

Kurze Zeit später brachten sie den Gastwirt Erich Werner aus Dabendorf in unsere Zelle, den ich gut kannte. Er stöhnte furchtbar und hatte einen völlig aufgedunsenen Leib. Wir erfuhren, dass er schon lange nicht auf den Kübel gehen konnte. Ganz vorsichtig massierte ich ihm den Bauch, aber es half nicht. Ärztliche Hilfe wurde ihm nicht zuteil. Unter großen Schmerzen verstarb er ein paar Tage später, vermutlich an einem Darmverschluss.

Auch einen anderen Menschen sah ich in dieser Zelle sterben. Das war ein älterer Herr, ein Rittmeister aus dem Ersten Weltkrieg, der damals der Askari-Truppe angehörte, einer militärischen Einheit in Deutsch-Ostafrika. Wenn ich es richtig erinnere, hieß er Verwell, war 79 Jahre alt und stammte aus Fehrbellin. Er hatte sein abgepresstes Geständnis vor dem Tribunal widerrufen und saß nun monatelang in der Zelle, ohne dass etwas mit ihm geschah. Ich sehe ihn noch vor mir, wie er sein Stückchen Brot Krümel für Krümel mit langsamen Bewegungen in den Mund steckte. Im Laufe der Zeit wurde er immer apathischer und ist dann regelrecht verhungert. Als er tot war, schleiften ihn die Posten aus der Zelle heraus, und noch bevor die Zellentür wieder verschlossen wurde, zogen sie ihm die eleganten Schaftstiefel von den Beinen.

Und dann erinnere ich mich noch gut an diesen jungen ukrainischen Schließeposten, der immer morgens unsere Zelle aufschloss und dem das Entsetzen über unsere Verfassung im Gesicht abzulesen war. In unserer Zelle war auch ein 18-jähriger Junge eingesperrt, der als Page im Hotel Adlon in Berlin gearbeitet und dort ein bisschen Russisch gelernt hatte, zumindest verstand er einigermaßen, was die Wachsoldaten sprachen. Er übersetzte uns, dass dieser junge Ukrainer einmal sagte, als er die Zelle aufschloss und uns erblickte: „Wenn das meine Mutter wüsste!“ Kurze Zeit später erfuhren wir, dass sich dieser junge Ukrainer eines Nachts erhängt hatte; er konnte es wohl an diesem Ort nicht länger aushalten.

Während meines Aufenthalts im Potsdamer NKWD-Gefängnis war ich in insgesamt sieben verschiedenen Zellen eingesperrt, stets mit dem unguuten Gefühl, dass unter den Mithäftlingen ein Spitzel sein könnte. Die Bedingungen, unter denen wir leben mussten, die furchtbaren Zellen, im Winter kaum geheizt und oft total überbelegt, das Ungeziefer, der entsetzliche Hunger ... das ist für heutige Verhältnisse unvorstellbar. An Waschen war überhaupt nicht zu denken. Nur ab und zu, beim Leeren des Kübels in der Spülzelle, konnte man sich dort an dem Wasserhahn ein klein wenig frisch machen, wenn man das überhaupt so nennen kann. Für den Toilettengang auf dem Kübel gab es keinerlei Papier. Um mich wenigstens immer mal wieder notdürftig reinigen zu können, riss ich mir winzige Stückchen von meinem Unterhemd ab, das nach einiger Zeit dann aussah wie ein Büstenhalter. Wir erhielten in diesem Gefängnis auch keine sauberen Kleidungsstücke, sondern mussten die lange Zeit über das auf dem Leib tragen, was wir bei der Verhaftung an hatten.

Eines Tages im März 1947 hieß es, raus aus der Zelle und ab im Trab zur Verurteilung. Ich wurde in einen Raum gebracht, indem sich eine kleine Empore be-

fand, so zwei oder drei Stufen hoch. Auf dieser Empore befand sich ein Tisch, an dem zwei Uniformierte saßen und ein weiterer Russe in Zivil; vor ihnen stand eine angebrochene Flasche Schnaps. Etwa drei Meter von diesem Tisch entfernt musste ich mich hinstellen. Der Zivilist erhob sich dann und verlas auf Russisch ein Papier, das der Dolmetscher anschließend übersetzte: „Paulmann, Gerbert, Sie stehen vor einem Sowjetischen Militärtribunal und werden wegen antisowjetischer Einstellung zu Ungunsten der siegreichen Roten Armee zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.“ Der entsprechende Strafrechtsparagraf wurde auch noch genannt.

Nach diesem Urteilsspruch atmete ich auf, zum einen, weil es im Vergleich mit den Urteilen meiner Leidensgenossen niedrig ausgefallen war und auch, weil ich hoffte, dass meinem geschundenen Körper nun keine Gewalt mehr angetan werden würde.

Nach der Verurteilung legten sie mich in die so genannte Verurteilenzelle, in der die Belegung oft wechselte; die einen gingen auf Transport, dafür kamen neue Verurteilte dazu. In dieser Verurteilenzelle standen Eisenbetten ohne Matratzen. Wenn es in der Zelle sehr voll war, dann saßen wir auf diesen Bettgestellen mit angezogenen Beinen, die Knie auseinander gedrückt, und vor einem, zwischen den Beinen, saß der Nächste, damit wir überhaupt sitzen konnten. Wenn ich aufstehen musste, hatte ich gar kein Gefühl mehr in den Beinen und brach fast zusammen. Als ich in dieser Zelle war, kam ich in große Nöte. Ich war gesundheitlich so herunter gekommen, dass ich nicht einmal mehr imstande war, die dünne Suppe zu mir zu nehmen und noch schwächer wurde. In dieser Zeit zog ich mir die Hirnschädigung zu, unter der ich bis heute leide.

Eines Tages kam der Posten an und rief „Paulmann, mitkommen!“ Aber ich konnte nicht mehr laufen, es gelang mir nur noch, langsam zu kriechen. Ich quälte mich auf allen Vieren die Treppe hoch und den Gang entlang, vorbei an einer Zelle mit eingesperrten russischen Offizieren. Dann nahm ich den starken Geruch von Lysol, einem damals üblichen Desinfektionsmittel, wahr. Der Posten blieb vor einer Zelle stehen, und als ich dann dort angelangt war und nach oben blickte, sah ich, dass auf die Zellentür ein Totenkopf gemalt war und darunter zwei gekreuzte Knochen. Ich begriff, dass dies die Todeszelle war und sie mich zum Sterben dorthin brachten. In dieser Zelle war der Fensterverschlag kaputt, und es war drinnen entsprechend kalt. Ich lag dann apathisch da in dem Bewusstsein: Endstation. Am Abend stellte mir der Posten die Schüssel mit der dünnen Suppe in die Zelle. Ich zwang mich, unter großer Anstrengung von der Bettstelle herunter zu gelangen, kroch zu der Schüssel hin und versuchte aus der Schüssel zu schlürfen wie ein Hund, es ging nur schluckweise.

Wahrscheinlich am vierten Tag, ein richtiges Zeitgefühl hatte ich nicht mehr, hörte ich hinter der Tür Geräusche. Ich nahm dann wahr, dass jemand in die Zelle herein kam, wieder hinausging und hinter der Zellentür eine erregte Debatte stattfand. Kurz darauf wurde die Tür erneut aufgeschlossen, und der Gefängnisarzt stürmte regelrecht herein. Er gab mir in jedes Bein eine Spritze; ich musste denken, jetzt wirst Du abgespritzt. Doch dann umwickelte er mit Papierbinden

meine Beine, die voller Ödeme waren. Ein paar Minuten später holten sie mich aus der Zelle heraus. Ich musste auf allen Vieren nach unten kriechen, vorbei am Einfahrtbereich, wo ein LKW stand, bis hin zu einem größeren Raum. Dort standen vier Frauen und drei Männer im Halbkreis. Alle hielten ein Bündel in der Hand. Ich bekam dann auch Sachen zugeworfen: einen Damenhut, einen schwarz glitzernden Seidenmantel, so eine Art Theatermantel für Damen, einen Damenschlüpfer und noch ein weiteres Kleidungsstück. Dann hieß es, rauf auf den LKW. Weil ich nur kriechen konnte, war ich der Letzte und wurde von den Posten auf die Ladefläche hinauf gehoben. Zwei Posten mit ihren Hunden stiegen auch noch auf. Als sich der LKW in Bewegung setzte, sahen wir, dass ein PKW mit dem Gefängnischef Dolgorow und dem Gefängnisarzt hinter uns herfuhr.

Sie schafften uns nach Sachsenhausen, das war im Mai 1947. Nach der Ankunft in einer Halle des Lagers mussten wir uns aufstellen, Frauen und Männer in einigem Abstand voneinander; weil ich zum Stehen nicht imstande war, durfte ich mich setzen. Dann erschien der Lagerdolmetscher und sagte: „Jeder muss haben ein Bettlaken, einen Bettbezug, einen Kopfkissenbezug! Wer diese Sachen nicht hat, kommt wieder zurück!“ Aber ich besaß diese Dinge ja nicht, nur die Frauenkleidung, die ich in Potsdam erhalten hatte. Ich dachte, Du lieber Gott, nun schafften sie Dich wieder zurück in dieses furchtbare Gefängnis! Doch dann geschah etwas, das mich heute noch tief beeindruckt. Die vier Frauen riefen zu mir herüber: „Was hast Du nicht?“ Und als ich geantwortet hatte, zerriss eine ihren Kopfkissenbezug und warf mir die Hälfte zu, die andere riss ihr Bettlaken in zwei Teile und warf mir einen Teil herüber, die Dritte teilte ihren Bettbezug mit mir. Dieses selbstlose Handeln bewundere ich noch heute; ich war voll tiefer Dankbarkeit diesen mutigen Frauen gegenüber.

Kurze Zeit später erschienen der Lagerkommandant, der Potsdamer Gefängnischef Dolgorow und der Potsdamer Gefängnisarzt. Der Lagerkommandant rief „Kopfkissenbezug!“, und wir hielten alle dieses Teil hoch, dann hieß es „Laken!“ usw. Dolgorow blickte sehr verwundert auf meine Sachen; er musste gewusst haben, dass mir die Sachen nicht ausgehändigt wurden und hatte wohl schon gedacht, er würde mich wieder mit zurück nach Potsdam nehmen. Dann sprach mich der Lagerkommandant an: „Warum Du nicht stehen?“ Ich sagte, ich kann nicht stehen. Daraufhin befahl er den Frauen, sich umzudrehen und den Männern, mich aufzurichten. Ich musste meine Hose herunter lassen und das Hemd hochhalten, und die drei Russen betrachteten kurz meinen ausgemergelten Körper. Sie müssen mich für einen Todeskandidaten gehalten haben, denn es entspann sich ein heftiger Disput zwischen dem Lagerkommandanten und dem Potsdamer Gefängnisarzt, bei dem der Gefängnisarzt das letzte Wort hatte. Der Lagerkommandant nickte, daraufhin mussten wir uns in eine Art Bad begeben. Ich wurde auf eine Bank gelegt, die anderen duschten. Anschließend schafften sie uns durch ein kleines Tor in das Sonderlager 7, das gleichzeitig das Todeslager war, wie ich später erfuhr. Zwei Häftlinge führten mich sofort in die Rote-Kreuz-Baracke, die von dem Häftling Professor Heinze geleitet wurde. Als mich

der Professor erblickte, sagte er: „Um Gotteswillen! Was haben sie denn mit Dir gemacht!“ Etwa eine Stunde lang untersuchte er mich zusammen mit einem anderen Arzt. Dann meinte er, es wäre ein Wunder, dass ich noch am Leben sei. Ich wog nur noch 36 Kilogramm bei einer Körpergröße von 1,78 Metern. Prof. Heinze sagte, er könne mir keine richtige Behandlung bieten, aber er versprach mir, dass ich bei ihm zumindest Ruhe hätte. Ich durfte mich dann in ein richtiges, bezogenes Bett legen! Und am nächsten Morgen bekam ich zum Frühstück sogar einen Klecks Marmelade und einen Teelöffel Zucker; es war, als würde ich das köstlichste Stück Torte meines Lebens essen. Während der ersten beiden Wochen trugen mich zwei Pfleger jeden Tag auf einer Bahre nach draußen an die frische Luft. So ganz, ganz langsam erholte ich mich.

Als ich nach Wochen wieder einigermaßen hergestellt war, musste ich die Rote-Kreuz-Baracke verlassen und kam in meine Hauptbaracke, in die Baracke 43. Die Baracken in Sachsenhausen waren nebeneinander liegende lang gestreckte, flache Gebäude. Der Eingang befand sich in der Mitte und teilte jede Baracke in einen linken und einen rechten Trakt. In meiner waren etwa 300 Männer untergebracht, in jedem Trakt ungefähr 150. Dem Eingang gegenüber befanden sich Waschräume. In den beiden Barackentrakten standen dreistöckige Betten, ich bekam ein Mittelbett zugewiesen. Wir durften uns draußen aufhalten, auf dem Gelände, das zwischen der Baracke 43 und 44 lag und nach außen hin abgesperrt war. In der Baracke 44 lag auch Erich Junge, der mich in Potsdam bespitzeln sollte, und wir trafen uns häufig draußen, aber nicht lange. Erich Junge ist in Sachsenhausen bald gestorben; wobei sterben nicht das richtige Wort ist, er ist regelrecht eingegangen.

Unter dem Ungeziefer, das es in Massen gab, hatten wir sehr zu leiden. Nachts liefen uns die Ratten übers Gesicht, aber am meisten machten uns die Wanzen zu schaffen. Verpflegt wurden wir in Sachsenhausen auch schlecht, aber doch besser als im Potsdamer Gefängnis.

Ich lag einige Wochen in der Baracke 43 und kam dort, den Umständen entsprechend, einigermaßen zu recht. Doch dann erkrankte ich zur Weihnachtszeit schwer an Ruhr und wurde in die Seuchenbaracke überführt. Die hygienischen Zustände dort waren entsetzlich. Auf den total verschmutzten Pritschen lagen die vom Tod gezeichneten Menschen. Jeden Morgen wurden die Leichname der in der Nacht Verstorbenen aus der Baracke hinaus geschafft, dann rückten neue Leidensgefährten nach, die an Tbc, Ruhr und anderen Krankheiten litten. In meinem Nachbarbett lag ein Mann namens Lewicki, das war ein Jude, der auch schon in der Nazi-Zeit im KZ gesessen hatte. Nach 1945 arbeitete er in Ost-Berlin in der deutsch-russischen Tourismusbörse und wurde dann von den Kommunisten wieder verhaftet. Als ich in die Seuchenbaracke kam, war er schon völlig geschwächt. Ein paar Tage später sah ich ihn morgens inmitten seiner Exkremete liegen. Ich hob ihn von der Bettstelle herunter und säuberte ihn, so gut ich konnte. Mir war klar, dass es sich bei ihm nicht mehr um Stunden handeln konnte. Eine Weile hielt ich ihn noch in den Armen. Dann krallte er sich

geradezu an meinem Körper fest, sagte noch mit leiser Stimme „Vergesst uns nicht“ und rutschte mir aus den Armen.

Wie ich die Ruhr überstanden habe, weiß ich auch nicht, aber irgendwie bin ich wieder gesund geworden. Noch deutlich geschwächt kam ich dann wieder in meine Baracke zurück. Kurze Zeit später hieß es plötzlich: „Raustreten, Arbeitskommando!“ Und dann wurde aufgezählt, welche Berufe gebraucht wurden, Techniker, Mechaniker, Kfz-Schlosser, usw. Auch für das Gartenkommando wurden Leute gebraucht, und der Barackenälteste sagte zu mir: „Du warst doch Gärtner, melde Dich für das Gartenkommando!“ Ich fühlte mich noch viel zu schwach zum arbeiten, aber er riet mir eindringlich zu: „Geh’ raus, humpel mit! Hier drinnen gehst Du doch kaputt!“ So meldete ich mich.

Als Gartenkommando mussten wir die schweren Ackerwagen bewegen, die sonst von Pferden gezogen wurden. Ich hing an diesen Wagen dran, wie ein Schluck Wasser. Als der Brigadier, das war ein Internierter, ein Holländer, das sah, sagte er zu mir: „Junge, Du kannst ja gar nicht arbeete! Was heste verbroche!“ In Stichworten erzählte ich ihm dann meine Geschichte, und er hatte Erbarmen mit mir; aber wenn ein Posten käme, sollte ich mit aller Kraft mit schieben.

In diesem Kommando war es möglich, die nächsten Jahre zu überstehen. Häufig hatten wir die Aufgabe, Mohrrüben einzumieten, das war unser großes Glück! Die Mohrrüben lagerten in Stiegen auf einem großen Platz, und wir mussten diese Stiegen auf den Wagen laden, zur Miete fahren und dort wieder abladen. Ich schätze, dass ich dabei an manchen Tagen heimlich etwa fünf Pfund Mohrrüben verzehrte, wie meine Arbeitskameraden auch. Wir verspürten endlich wieder ein Sättigungsgefühl, und die Vitamine waren überlebenswichtig. Allerdings schieden wir die Mohrrüben ziemlich unverdaut auch wieder aus, und im Winter, wenn sie gefroren waren, konnten sie einem auch auf den Magen schlagen.

Ende des Jahres 1949 durften wir zum ersten Mal schreiben. Ein Russe kam in die Baracke und teilte an alle Häftlinge Postkarten aus. Die Postkarten stammten vom Roten Kreuz, und der Russe wies uns genau an, was wir zu tun hatten. Auf der Vorderseite musste die Heimataadresse eingetragen werden, auf der Rückseite nur die beiden Worte „Ich lebe“. Das war nun die erste Mitteilung an die Angehörigen, dass wir überhaupt noch vorhanden waren. Ja, und dann passierte es: Ich wusste meine Anschrift nicht mehr! Solche vorübergehenden Erinnerungslücken rühren von meiner Hirnschädigung her. Ich stand da und wusste nicht mehr, wo ich wohne. Das war furchtbar, eine seelische Erschütterung. Die erste Möglichkeit nach fast dreieinhalb Jahren Haft, meiner Frau mitteilen zu können, dass ich noch am Leben war, und dann so etwas, und der Posten hatte meine Karte bereits wieder einsammeln wollen. Die Kameraden versuchten mir in meiner Not zu helfen und nannten die unterschiedlichsten Straßennamen, aber keiner war der richtige. Der Posten wurde immer ungeduldiger und ich immer verzweifelter. Dann fiel mir ein, dass der Straßename etwas mit Natur zu tun hatte, und ein Haftkamerad, ein Förster, rief „Forst“; das war die Erlösung. Ich wohnte in der

Forststraße. Die Hausnummer war die 29, das hatte ich nicht vergessen, weil es der Tag meiner Verhaftung war.

Nur wenige Wochen später hieß es, das Lager Sachsenhausen würde aufgelöst, und wir kämen alle nach Hause. Welche Bedeutung diese Nachricht für uns hatte, das lässt sich nur schwer ausdrücken. Mitte Januar 1950 wurden wir dann einzeln aufgerufen; alle dachten, jetzt geht es heim. Doch es ging nicht zur Entlassung, es ging auf Transport in das Zuchthaus Torgau. Das konnte ich seelisch kaum verkraften.

In Torgau lag ich auf einer Zweimannzelle. Die Wachmannschaften waren nun Deutsche, Volkspolizisten. Wir wurden von den Wärtern gedemütigt und manchmal auch geschlagen, einige Wärter wirkten wie Totschläger. Ich erkrankte in Torgau an Gelbsucht und später an Tbc.

Am 19. Januar 1954 wurde ich aus Torgau entlassen, von der Tbc-Station aus und noch nicht geheilt. Ich fuhr mit dem Zug nach West-Berlin, wo ich spät abends am S-Bahnhof Steglitz ankam. Die Busse führen um diese Zeit nicht mehr, ich wusste nicht, wie ich nach Hause kommen sollte. Am Rathaus Steglitz sah ich einen Polizisten stehen und sprach ihn an. Als er hörte, dass ich direkt aus dem Zuchthaus im Osten kam, nahm er mich gleich mit auf die Wache. Dort saß ich im Warmen, bekam von den Polizisten Obst angeboten und erzählte ein wenig von dem, was ich erlebt hatte, während andere Polizisten meine Frau verständigten, dass ich angekommen war und sie mich abholen konnte. Meine Frau kam auch bald, zusammen mit meiner Tochter – und mit einem anderen Mann.

Es war ein großer Schock für mich, dass meine Frau mit einem anderen Mann zusammen lebte. Nach all dem, was ich durchgemacht hatte, nun auch noch diese große Enttäuschung. Aber ich konnte meine Frau auch verstehen. Dreieinhalb Jahre hatte sie kein Lebenszeichen von mir erhalten, stand allein da mit den beiden kleinen Kindern. Ich verurteilte sie nicht. Aber ich war verzweifelt. Ich hatte überlebt, und dafür war ich sehr dankbar, doch nun stand ich vor dem Nichts. Ich hatte das Gefühl, die Zukunft nicht meistern zu können.

Zwei oder drei Tage wohnte ich bei meiner Frau, ich musste doch die Behördengänge erledigen und mich überall anmelden, auch bei der Tbc-Stelle. Dann konnte ich fürs Erste bei meinem Bruder in Berlin-Neukölln unterkommen. Aber mein Bruder hatte nur eine kleine Zweizimmerwohnung. Ich ging zum Bezirksamt und bemühte mich um eine eigene Unterkunft. Ich bekam auch Adressen genannt, aber das waren unzumutbare Wohnungen, feuchte Kellerräume, die für einen Lungenkranken Gift waren. Ich musste mich lange bemühen, schrieb auch einen Beschwerdebrief an den zuständigen Stadtrat, bis ich in der Köllnischen Heide eine schöne Einzimmerwohnung erhielt.

In den folgenden beiden Jahren musste ich im Grunde unentwegt behandelt werden, allein ein halbes Jahr in einem Tbc-Sanatorium, dann einige Monate in Nervenkliniken. Ich musste mehrere schmerzhaft Eingriffe über mich ergehen lassen. Nach diesen Behandlungen gingen meine Sprachstörungen deutlich zurück, doch ich musste mich damit abfinden, dass mein Gehirn nicht mehr so

funktionierte, wie vor der Haft, dass mir bis heute manche Dinge nicht sofort einfallen, sondern erst mit zeitlichem Verzug. Ich ging damals auch zur Volkshochschule, weil ich nicht mehr so schreiben und rechnen konnte wie früher, insbesondere Groß- und Kleinschreibung und spezielle Schreibweisen, ob ein Wort mit k oder ck geschrieben wird, musste ich neu lernen.

Nach den Aufenthalten in den Kliniken bemühte ich mich um eine Anstellung in meinem Beruf als Rechnungsführer. In Berlin fand ich keine Arbeit, trotz intensiver Bemühungen, und auch nicht in Westdeutschland, wohin ich viele Bewerbungsschreiben gesandt hatte. Ich schrieb dann an den Berliner Innensenator, und am Tag vor Heiligabend erhielt ich ein Telegramm, ich sollte mich am nächsten Tag bei der Bundesversicherungsanstalt im Personalbüro melden. Das tat ich auch, und ich wurde für zwei Jahre eingestellt; war das ein schönes Weihnachtsgeschenk. Aber ich fing ganz unten an bei der Bundesversicherungsanstalt, und das kostete mich viel Kraft, auch körperlich. Oftmals, wenn ich abends nach Hause kam, ließ ich die Aktentasche fallen und legte mich erst einmal eine Weile auf den Fußboden, weil ich die Rückenschmerzen anders kaum ertragen konnte. Durch die Haft bin ich zu 90 Prozent schwerbeschädigt. Doch um die Anerkennung musste ich beim Versorgungsamt regelrecht kämpfen. Und bis meine Hirnerkrankung als Haftfolgeschaden anerkannt wurde, führte der Vorsitzende des Verbandes der Hirngeschädigten, ein sehr intelligenter Mann, über zehn Jahre lang Prozesse beim Sozialgericht.

1957, als ich mich mit meiner äußeren Situation einigermaßen zu Recht fand, eine Wohnung hatte und eine Arbeit, wünschte ich mir dann, nicht mehr allein zu sein. Doch wie sollte ich jemanden finden, der mich und mein bisheriges Leben versteht? Von den Frauen, die ich seit der Haftentlassung vor allem durch die Arbeit kennen gelernt hatte, passte keine zu mir. Ich gab dann eine Annonce auf und erhielt auch sehr viele Zuschriften, doch das war alles ziemlich tragisch. Die Frauen, die mir geantwortet hatten, waren zumeist selbst in einer schweren persönlichen Situation, Kriegerwitwen mit mehreren Kindern, traumatisierte Frauen, kranke Frauen, eine Frau hatte ein Bein verloren usw. Diese Frauen suchten jemanden, der stabil war und an dem sie sich aufrichten konnten. Manche Zuschriften, die ich bekam, waren herzerreißend. Ich konnte diese Frauen gut verstehen, doch ich brauchte jemanden, an dem ich mich festhalten konnte, der mich nicht wieder hinunter zog. Die Begegnungen, die ich auf diese Annonce hin hatte, waren nicht einfach; ich wollte nicht verletzen, auf keinen Fall, aber ich musste auch zum Ausdruck bringen, dass ich nicht der Richtige bin.

Dann wurde mir eines Sonntags die Berliner Morgenpost unter der Wohnungstür durchgeschoben. Ich las die Zeitung und sah mir auch die Annoncen an. Und da fand ich doch eine Anzeige, in der stand: „Vater sucht für seine Tochter, Geschäftsfrau, wegen Mangels an Gelegenheit einen zuverlässigen Ehepartner.“ Im Vergleich mit den anderen Inseraten klang das in meinen Ohren ziemlich seriös. Ich meldete mich, und wir trafen uns in einem Café in Berlin-Charlottenburg, wo sie ein kleines Lebensmittelgeschäft hatte. Sie hat mir gleich gefallen, aber ich bin ein ehrlicher Mensch und habe ihr schon bei diesem ersten Treffen meine

Situation ganz offen geschildert, damit sie keine Enttäuschung erleiden sollte. Wir gingen danach noch ein Bier trinken, und ich begleitete sie anschließend nach Hause. Als ich mich an der Haustür verabschiedet hatte, war ich ziemlich nervös, und ich schickte ihr gleich am nächsten Tag einen Blumenstrauß. Wir trafen uns dann wieder; ja, und was soll ich sagen, dann ging alles ziemlich schnell.

Inzwischen sind wir 49 Jahre verheiratet und haben diese Zeit glücklich miteinander verbracht. Meine beiden Kinder sind bald auch die Kinder meiner Frau geworden, und mit unseren Kindern, Schwiegerkindern und Enkeln sind wir sehr eng verbunden. Trotz meiner schweren gesundheitlichen Beeinträchtigung haben wir uns das Leben schön machen können, dafür sind meine Frau und ich sehr dankbar. Meine Frau verkaufte einige Zeit nach unserer Heirat ihr Geschäft, und von dem Erlös erwarben wir das kleine Reihenhaus, in dem wir seither wohnen. Wir sind auch oft verreist; von jeder Reise, die wir unternahmen, brachten wir uns einen Wandteller mit, der ganze Flur hängt voll davon. Wir haben auch auf Mallorca überwintert, doch das können wir nun nicht mehr.



Der 90. Geburtstag: Elfriede und Herbert Paulmann, 2004 (Foto: privat)

Um eine Rehabilitierung habe ich mich nie bemüht. Wozu denn, ein Blatt Papier würde an meinem Leben doch nichts verändern. Manchmal, wenn ich so zurück blicke, dann muss ich selbst staunen, dass ich diese Leidensjahre überstehen

konnte, dass ich überlebt habe. Als ich auf meinen 60. Geburtstag zuing, legte ich mir von meinem Taschengeld immer wieder etwas auf die Seite, denn meinen 60., den wollte ich richtig groß feiern. Ich ging damals nicht davon aus, dass ich noch weitere runde Geburtstage erleben würde; wie oft musste ich mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht werden, weil ich wegen des schweren Asthmas zu ersticken drohte. Doch dann habe ich auf den 65. Geburtstag gespart und auf den 70., den 75. und so weiter. Im vergangenen Jahr durfte ich dann meinen 90. Geburtstag erleben, den haben wir im Hotel International in Berlin-Steglitz mit der ganzen Familie und unseren Freunden sehr schön gefeiert, das war wunderbar.

Anmerkung der Redaktion:

Im Januar 1990, als die Macht der SED und ihres Staatssicherheitsdienstes gebrochen war, räumte die Potsdamer Stasi-Bezirksverwaltung das Anwesen in der Potsdamer Lindenstraße 54/55 (damals Otto-Nuschke-Straße). Das straßenseitige barocke Palais, bis dahin Sitz der Vernehmungsabteilung der Potsdamer Stasi-Bezirksverwaltung, übernahmen kurze Zeit später die demokratischen Bewegungen und Parteien als ihr „Haus der Demokratie“. An den nachfolgenden Wochenenden wurde auf dem Hofareal das ehemalige NS-, NKWD- und Stasi-Gefängnis geöffnet und tausende Menschen, darunter auch ehemalige Häftlinge, kamen, um dieses Haus des Terrors inmitten der Potsdamer Innenstadt zu besichtigen.

Einer dieser Besucher war Herbert Paulmann, der an diesem Ort 1946/47 vom sowjetischen Geheimdienst fast zu Tode gequält und gefoltert worden war. Er sprach darüber mit Thomas Wernicke, damals wissenschaftlicher Mitarbeiter des Potsdam-Museums, der über das erschütternde Schicksal von „Herbert P.“ im April 1990 in der „Märkischen Volksstimme“ berichtete.

Dieser kleine Zeitungsartikel lenkte uns mehr als 15 Jahre später auf die Geschichte von Herbert Paulmann, die im Zuge derzeitiger Recherchen des ZZF für eine Dauerausstellung über die NKWD- und Stasi-Epoche in der heutigen „Gedenkstätte Lindenstraße 54“ dokumentiert wurde. Trotz der inzwischen von der russischen Militärstaatsanwaltschaft vorgenommenen Rehabilitierung vieler Häftlinge und Todesopfer des sowjetischen Geheimdienstes in der SBZ/DDR hält der russische Geheimdienst FSB die Akten über die verbrecherische Inhaftierungspolitik und die willkürliche Verurteilungs- und Hinrichtungsjustiz seiner Vorgängerorganisationen auf deutschem Boden nach 1945 noch immer weitgehend unter Verschluss. Von hohem historischen Wert ist deshalb nach wie vor die Dokumentation persönlich berichteter Schicksale aus der Zeit des Stalinschen Terrors in Deutschland. Dass dessen Opfer nicht länger als „Opfer zweiter Klasse“ betrachtet und behandelt werden, ist Herbert Paulmanns sehnlicher Wunsch.

**„BERLIN-BRANDENBURG IM KALTEN KRIEG 1948-1975.
WISSENSCHAFT, TECHNIK, KULTUR UND ALLTAG IM ‚SCHAUFENSTER‘“
Workshop des ZZF in Kooperation mit
der Historischen Kommission zu Berlin (HIKO) und dem Haus der Bran-
denburgisch-Preußischen Geschichte (HBPG), Potsdam, 27./28.1.2006**

Georg Arnold

„Der Kalte Krieg im geteilten Berlin und seinem Brandenburger Umland war vor allem Systemkonkurrenz“, stellte *Michael Lemke* (ZZF Potsdam/Universität Halle) in seinem Einführungsvortrag dem Workshop „Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg 1948-1975. Wissenschaft, Technik, Kultur und Alltag im ‚Schaufenster‘“ voran. Die nun schon zum zweiten Mal vom ZZF Potsdam in Kooperation mit der Historischen Kommission zu Berlin veranstaltete Tagung fand am 27./28. Januar 2006 statt und lockte zeitweilig über 50 Historikerinnen und Historiker in das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte am Neuen Markt in Potsdam. Schon das ist als beachtlicher Erfolg zu werten, kranke doch die Berlin-Brandenburg-Forschung bislang vor allem an ihrer Zersplitterung und Vereinzelung. Dass das Interesse an einer Kooperation bei allen mit der Problematik befassten Institutionen und Wissenschaftlern nach wie vor groß ist, verdeutlichte auch die Präsenz der an der Arbeitsgemeinschaft „Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg“ beteiligten Institutionen (u.a. IfZ/Ast. Berlin, Stiftung Aufarbeitung, HIKO Berlin, Institut für Geschichte der Medizin der Charité, Dokumentationszentrum Berliner Mauer, Institut für angewandte Demographie Berlin, ZZF Potsdam). Sie war im letzten Jahr vom ZZF an gleicher Stelle ins Leben gerufen worden.

Im Vordergrund des Treffens stand die Frage, wie tragfähig auch in Zukunft die in den letzten Jahren erprobten Konzepte – Konkurrenz und „Schaufenster“ – sind, für die der ZZF-Projektbereich I „Berlin und sein Brandenburger Umland im Ost-West-Konflikt“ steht. *Michael Lemke*, der wissenschaftliche Leiter des gleichnamigen Forschungsvorhabens, erläuterte kurz die Besonderheiten des Kalten Krieges im Verflechtungs- und Teilungsraum Berlin/Brandenburg. In dieser Region habe der Kalte Krieg besonders scharfe Züge angenommen, doch gleichzeitig wären hier deutlicher als anderswo günstige Dispositionen für eine partielle Entspannung und Annäherung geschaffen worden. Auch unter diesem Aspekt seien die Ost-West-Beziehungen und -Interaktionen in dem bis 1961 von relativer Systemdurchlässigkeit gekennzeichneten Raum als eine vielschichtige Konkurrenz zu sehen, die sowohl durch Konfrontation als auch Wettbewerb gekennzeichnet war, der beide Seiten dazu veranlasste, „Schaufenster“ zu schaffen. Sie hätten die „Überlegenheit“ der einen über die jeweils andere Seite demonstrieren sollen. Beide Teile Berlins und der hauptstadtnahe Bereich Brandenburgs, so *Lemke*, hätten bis zum Mauerbau ein besonderes, durch intensiven Austausch und enge Verflechtungen gekennzeichnetes Gebiet gebildet. Es stelle

sich die Frage, inwiefern es sich als Spannungsfeld von politischer Spaltung und weiterwirkenden Vernetzungen in Alltag und Kultur bei dessen Bewohnern noch als einheitlicher Lebens- und Kulturraum abbildete. Lemkes These, dass sich dieser umgekehrt proportional zur Verschärfung von politischer Spaltung und Konfrontation nicht auflöste, sondern – vor allem nach 1955 – konsolidierte und in Alltag und Kultur Ansätze für eine systemübergreifende Gesellschaft bot, wurde im Rahmen dieses Workshops nachgegangen.

Auf dieser Grundlage wurden neueste Forschungsergebnisse zu ausgesuchten Bereichen der regionalen Systemauseinandersetzung in Wissenschaft, Technik, Kultur und Alltag produktiv und dabei häufig auch kontrovers diskutiert. Der Reigen der insgesamt 15 Beiträge wurde in der Sektion Wissenschaft (Moderation: *Constantin Goschler*, HUB) von *Igor J. Polianski* (ZZF) mit „Zwei Seelen einer gespaltenen Stadt. Der Nachkriegsberliner zwischen Pawlow und Freud“ eröffnet. Sein Hauptinteresse galt der sinnweltlichen Spaltung Berlins im Kalten Krieg auf den Feldern Psychologie, Physiologie und Humanmedizin, in dessen Mittelpunkt die Vergangenheitsbewältigung sowie die Topoi vom „neuen Menschen“ (Ost) und vom „gehemmten Menschen“ (West) gestanden haben. Die politische Konkurrenz zwischen West und Ost um die weltanschauliche Deutungshoheit habe sich einerseits in der Psychoanalyse und andererseits in der Pawlow-Propaganda manifestiert, die jeweils alternative Handlungsnarrative im Umgang mit dem Erinnern und Vergessen anboten und beispielsweise die zentrale biopolitische Kategorie der „Hemmung“ konträr bewerteten. Den Abschnitt Wissenschaft komplettierten die Vorträge der HU- HistorikerInnen *Ina Dietsch* („Auseinandersetzungen um eine sozialistische Ethnographie. Volks- und Völkerkunde im Nachkriegsberlin“) und *Peter Walther* („Planungsideale und Wirklichkeit: Warum es in West-Berlin nicht zu einer Akademie-Gründung kam“) sowie des ZZF-Mitarbeiters *Tobias Schulz* („Dabei müssen wir wissen, dass wir die komplizierteste Feier aller Universitäten haben.’ Die 150-Jahrfeier der Humboldt-Universität 1960 und ihr Verhältnis zu Freien Universität“). Auffallend war in allen Beiträgen, wie wissenschaftliche Institutionen und einzelne Fakultäten beider Stadthälften nach 1945 den Versuch unternahmten, sich im Rahmen der Konkurrenz in eine positive Traditionslinie einzuordnen und eine Kontinuität preußischer und Berliner Wissenschafts- und Bildungsgeschichte zu konstruieren. Warum und wie damals – übrigens noch heute – die Jahre 1933-45 ausgeblendet wurden, hob Peter Walther hervor. Dabei seien die Akademie seit 1938 und die Uni schon seit 1933 „moralisch verrottete Anstalten“ gewesen.

Den Abschnitt Technik (Moderation: *Rainer Karlsch*, Berlin) eröffnete *Burghard Ciesla* (Berlin) mit einem Beitrag über die „Bahn als Systemkonkurrenz“. Im Mittelpunkt standen die in beiden Stadthälften politisch hochgradig aufgeladenen verkehrspolitischen Entscheidungen. Bezüglich des Boykotts der dem Osten gehörenden S-Bahn durch West-Berlin wurde die Frage aufgeworfen, inwiefern Entscheidungen auf beiden Seiten durch die Systemkonkurrenz bedingt waren: zum Beispiel der forcierte U-Bahnbau in West-Berlin und die Schließung des Schienenrings um West-Berlin durch den Osten. Der Vortrag „Tradition und

Konkurrenz. Zum Zusammenhang einiger Entwicklungen in der produktionstechnischen Forschung an der TU Berlin (West) und der TU Dresden nach 1950“ von *Ruth Federspiel* verdeutlichte die Wechselwirkungen des Systemwettbewerbs im Bereich der produktionstechnischen Forschung. In diesem Fall war die Konkurrenz schon bald zugunsten der Charlottenburger Einrichtung entschieden. Einen äußerst anregenden Diskussionsbeitrag verdankte der Workshop *Karin Zachmann* von der TU München („Küchendeбаты in Berlin? Die technische Hochrüstung des privaten Haushaltes im Kalten Krieg“). Die Küche, so Zachmann, sei eine Bühne der Politik und die Übertechnisierung der Küche ein Ergebnis des Kalten Krieges gewesen. Anhand verschiedener Küchenausstellungen in Ost und West zeichnete sie die Küchendeбаты der fünfziger Jahre vor allem im geteilten Berlin nach. Die Fronten des Kalten Krieges seien in dieser Frage quer durch die politischen Lager verlaufen. Den Versuchen der Amerikaner, die Technik als Erleichterung für die Hausfrau zu propagieren, die diese zur hedonistischen Konsumentin machen sollte und deren Freiheit, als „Lenkerin“ der Wirtschaft zwischen hochtechnisierten Küchenprodukten wählen zu können, hätten westdeutsche und West-Berliner Wirtschaftspolitiker zunächst skeptisch gegenüber gestanden. Erst unter dem Eindruck der östlichen Planung seien sie auf diesen Zug „aufgesprungen“. Demgegenüber schrieb man sich im Osten auf die Fahnen, dass das Ziel des Sozialismus nicht Erleichterung für die Hausfrau sei, sondern vielmehr die Befreiung der Frau von der Hausarbeit und damit die berufstätige Frau. Dennoch seien im Rahmen der Formalismusdebatte in der DDR Vorschläge formuliert worden, denen eindeutig ein bürgerliches Wohn- und Haushaltsbild zugrunde lag. So forderte Ulbricht, die Küche nicht als Werkstatt zu betrachten, sondern als einen schönen Raum mit „verzierten Schränkchen“.

Auf das „Schaufenster in der Region“ wies auch *Siegfried Lokatis* (ZZF) in seinem Referat („Literaturaustausch im geteilten Berlin“) hin, das das Panel Kultur (Moderation: *Elke Scherstjanoi*, IfZ) einleitete. Berlin sei die Schnittstelle und der Ort der Begegnung antagonistischer Literatursysteme gewesen. In welchem Ausmaß bis 1961 Bücher, Zeitschriften, aber auch Unmengen von Propagandabroschüren den Weg von Ost- nach West-Berlin und umgekehrt fanden, sei nicht mehr genau auszumachen. Das Währungsgefälle lockte jedenfalls Tausende West-Berliner in die ostdeutschen Sortimentsbuchhandlungen, und auf viele Wege fand westliche „Schmutz- und Schundliteratur“ ihre Leser in Ost-Berlin. Die punktuellen Kontrollen an der Sektorengrenze taten dem kaum Abbruch. Es sei wahrscheinlicher gewesen, in die Fänge einer Fahrscheinkontrolle der BVG zu geraten, als beim Schmuggeln von Westliteratur „erwischt“ zu werden. Den zweiten Beitrag zum Abschnitt Kultur lieferte *Daniel Schwane* von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. Er stellte die Siegmund Hofer Gespräche als Ansatz einer Entspannung durch Literaturpolitik vor. An diesem von Studenten initiierten Literaturtreffen in West-Berlin nahmen bedeutende Vertreter der DDR- und der westdeutschen Literatur teil. Vor dem Hintergrund der in West-Berlin grassierenden Furcht einer Anerkennung der DDR hätten diese

Treffen einen echten Tabubruch dargestellt sowie spätere Entkrampfungs- und Entspannungsprozesse vorweggenommen. Lemke gab dann in Fortsetzung der Sektion Kultur (Moderation: *Wolfgang Ribbe*, HIKO) am Samstag früh eine Einführung in die Berliner Bühnenkonkurrenz am Beispiel des „Falles“ Walter Felsenstein, den er als internen östlichen Systemkonflikt bezeichnete. Die Auseinandersetzungen zwischen Felsenstein und dem Magistrat, der vom Intendanten vor allem die Entlassung vieler West-Mitarbeiter aus der Komischen Oper verlangte, trug Lemke in der Form des Strindberg'schen Dramenmodells vor. Es habe Expositionsphasen gegeben und retardierende Momente. Zu „tragischen“ Figuren wurden letztendlich die Mitarbeiter der Abteilung Kultur beim Magistrat und das hinter ihnen stehende Politbüromitglied Ebert, die dem exzentrischen Felsenstein die Daumenschrauben anlegen wollten, aber im „letzten Akt“ vom „Deus ex machina“, Walter Ulbricht, „zurückgepiffen“ wurden. Aus Gründen der Staatsraison wies dieser an, die Forderungen des Maitre, als „Leuchtturm der Kultur“ der DDR, vor allem aber gegenüber der West-Berliner Konkurrenz, zu erfüllen. *Denise Wesenberg* von der Martin-Luther-Universität Halle beschloss den Abschnitt Kultur mit einem Beitrag über die X. Weltfestspiele der Jugend in Ost-Berlin. Diese hätten als von der SED gelenkte Spiele dennoch Ansätze für eine neue Jugendkultur in der DDR jenseits der staatlichen Jugendorganisationen sichtbar gemacht, die aber angesichts einer unverändert dogmatischen SED-Jugendpolitik nicht zum Tragen gekommen seien. Die anschließende konträre Diskussion zeigte, wie unterschiedlich die Spiele von den damals Teilnehmenden auch heute noch wahrgenommen werden.

„Pillen gegen den Kommunismus?“, fragte *Melanie Arndt* (ZZF) in ihrem in die Sektion Alltag (Moderation: *Thomas Klein*, ZZF) einführenden Vortrag über die Medikamentenhilfen des Westens und die Patientenbetreuung in der geteilten Region. Da der Westen diese „Liebesgaben“ (finanziert von den USA und dem West-Berliner Senat) nicht öffentlich bewarb, stellte sich die Frage nach ihrem alltäglichen „Schaufenster“-charakter. Arndt bekräftigte, dass die Berliner Bevölkerung die verschiedenen medizinischen Systeme als Teil des Systemwettbewerbs betrachtete. Interessant dabei sei, dass es sich bei den Urteilen über die medizinische Hilfe um keine objektiven Einschätzungen handelte. Denn die medizinische Versorgung im Westen war nicht wirklich besser, sondern wurde in vielem zu Unrecht als die bessere wahrgenommen. In dem sich anschließenden Beitrag über den Eisenbahnerstreik 1949 („Alltagspolitische Hintergründe und Auswirkungen eines systemübergreifenden Konflikts“) stellte *Frank Roggenbuch* (ZZF) heraus, dass dieser „Streik“ über finanzielle Forderungen weit hinausging und eine hochpolitische Dimension annahm. Deshalb sei die heute noch gängige Etikettierung als Streik kritisch zu hinterfragen. Dass er sich zu einem handfesten Konflikt zwischen Ost und West entwickelte, verdeutlicht zudem, wie viel Konfliktpotenzial sich im Verflechtungsraum akkumulierte, das Eigendynamik annahm. *Wolfgang Ribbe*, Leiter der HIKO, folgte mit einem Referat über das Wohnen im geteilten Berlin. Nachdem man sich anfangs einen prestigeträchtigen Wettbewerb lieferte – der „als Modell für ganz Berlin“ errichteten

Stalinallee stellte West-Berlin das Hansa-Viertel gegenüber – begann ab Mitte der fünfziger Jahre eine Entideologisierung des Wohnungsbaus. Das großzügig geplante sozialistische „neue Bauen“ fiel vor allem dem Aufbau der Schwerindustrie in der DDR zum Opfer. Es wurde abgelöst durch eine pragmatische Baupolitik, die sich am „Billig, Viel und Schnell“ zu orientieren hatte. Der Schlussbeitrag von *Anne Kaminsky* (Stiftung Aufarbeitung, Berlin) beschäftigte sich schließlich mit dem „Konsum im doppelten Schaufenster“. Im vom Osten zunächst selber propagierten Konsum-Vergleich haben sich die Bemühungen der SED um eine diesbezügliche Überlegenheit aus verschiedenen Gründen als erfolglos erwiesen. Dem Westen gelang es im Gegenteil, zum Beispiel mit der Paketaktion von 1953, den Osten bloßzustellen. Denn mit dieser Propagandaaktion im Anschluss an den 17. Juni 1953 wollte der Westen vor allem zeigen, dass die DDR nicht in der Lage sei, ihre Bevölkerung zu versorgen. Die Konsum-Konkurrenz, so zeigte es Kaminsky an plausiblen Beispielen, setzte sich auch nach dem Mauerbau indirekt fort. Dabei verwies sie auf die zahlreichen Paketsendungen von Verwandten aus dem Westen nach Ost-Berlin und in die DDR.

Zum Abschluss der Konferenz verbanden sich die Dankesworte von Michael Lemke und Wolfgang Ribbe an alle Vortragenden und Diskutanten mit der Hoffnung auf eine weitere intensive Kooperation zwischen allen Beteiligten. Inhaltlich und methodisch, schätzte Michael Lemke ein, hätten sich die Konzepte Systemkonkurrenz und „Schaufenster“ als tragfähig, und produktiv erwiesen. Zu dieser Erkenntnis habe der Workshop innovativ beigetragen.

**EIN DEUTSCHER SONDERWEG?
„WELFARE STATE REGIMES, PUBLIC EDUCATION AND CHILD CARE.
THEORETICAL CONCEPTS FOR A COMPARISON OF EAST AND WEST“
Workshop des ZZF, der TU Berlin und der Universität Köln,
Potsdam, 31.3./1.4.2006**

Karen Hagemann/Monika Mattes

Anders als in den meisten Ländern Europas werden in der Bundesrepublik Deutschland Kinder in Vor- und Grundschulen auch heute noch überwiegend halbtags unterrichtet. Nur fünf Prozent dieser Einrichtungen sind ganztägig offen. Auch die Kindergärten sind noch zu mehr als 30 % Halbtageseinrichtungen. Zwar setzte nach dem schlechten Abschneiden deutscher Schulen in der Studie des *Program for International Student Assessment (PISA)* der OECD aus dem Jahr 2000 eine intensive Debatte über die Notwendigkeit von mehr Ganztagschulen ein. Sie wurden nun selbst von der CDU/CSU, die über Jahrzehnte zusammen mit der katholischen Kirche der vehementeste Gegner von Ganztagschulen war, als kompensatorische Maßnahme für ethnisch und sozial begründete Bildungsdefizite gefordert. Von der SPD und den Grünen wurden sie zudem in den letzten Jahren immer vehementer als probates Mittel zur Bekämpfung des dramatischen Geburtenrückgangs propagiert, da sie Eltern, vor allem Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern würden. Doch die von der abgelösten grün-roten Bundesregierung in den letzten Jahren initiierten Reformen, die auf einen Ausbau des Ganztagsschulangebots zielten, stießen bei ihrer Realisierung in den Ländern nach wie vor auf erhebliche kulturelle und politische Blockaden.

Wie und warum sich der bundesdeutsche Weg zum Halbtagsmodell im öffentlichen Bildung- und Erziehungssystem von der Entwicklung anderer europäischer Wohlfahrtsstaaten unterscheidet, war Gegenstand des internationalen und interdisziplinären Workshops „*Welfare State Regimes, Public Education and Child Care – Theoretical Concepts for a Comparison of East and West*“, der am 31. März und 1. April 2006 im Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam stattfand. Der Workshop war die erste von zwei Veranstaltungen im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojektes zum Thema „*Das deutsche Halbtagsmodell: Ein Sonderweg in Europa? Eine Analyse der Zeitpolitiken öffentlicher Bildung im Ost-West-Vergleich (1945-2000)*“, das von der Erziehungswissenschaftlerin *Christina Allemann-Ghionda* (Universität Köln) und den HistorikerInnen *Karen Hagemann* (Projektleitung, Technische Universität Berlin und University of North Carolina at Chapel Hill), und *Konrad Jarausch* (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam) durchgeführt wird. Ziel des Workshops, an dem 45 WissenschaftlerInnen aus 12 Ländern teilnahmen, war es, die komplexen Ursachen für die weit reichenden Differenzen, aber auch die nationale Grenzen und politische Systeme übergreifenden Gemeinsam-

keiten in den Diskursen und Politiken zur Zeitstruktur der öffentlichen Bildung und Erziehung auszuleuchten und darüber hinaus nach den hemmenden bzw. fördernden Bedingungen für deren Reformen zu fragen. Von besonderem Interesse war in diesem Zusammenhang aus der bundesdeutschen Perspektive die Frage, inwieweit und warum sich das im deutschsprachigen Raum nach wie vor vorherrschende Halbtagsystem zu einem Sondermodell in Europa entwickeln konnte und welche Chancen vor dem Hintergrund der ausgeprägten Tradition des Halbtagsmodells die aktuellen Reformversuche haben. Zentrale Funktion des Workshops war es, ein theoretisches und methodisches Instrumentarium für einen Systemgrenzen überschreitenden Vergleich zu entwickeln, der Ansätze aus den Geschichts- Sozial- und Kulturwissenschaften verbindet und systematisch die Geschlechterdimension integriert. Um diesen multiperspektivischen Zugriff zu ermöglichen, wurden WissenschaftlerInnen aus den Sozial-, Politik-, Erziehungs- und Geschichtswissenschaften eingeladen.

Eröffnet wurde der Workshop durch einen Einführungsvortrag zu Zielen und Inhalten des Projektes von *Karen Hagemann*, die die drei zentralen Forschungshypothesen vorstellte. Die erste Hypothese sei, dass die Zeitpolitik im Bildungsbereich ein Politikfeld ist, das von einer Vielzahl von zusammenwirkenden Faktoren – politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen – beeinflusst wurde und werde. Die auffälligen Unterschiede aber auch die Systemgrenzen überschreitenden Gemeinsamkeiten in den Zeitpolitiken der Bildungssysteme Europas im Bereich der Vor- und Grundschule seien deshalb nur mit einem *multiperspektivischen Ansatz* angemessen zu verstehen und erklären. Zu den Faktoren, die hierbei zusammenwirkten, zählten:

1. die *historisch gewachsenen rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen des Erziehungs- und Schulsystems*, insbesondere die Rolle des Staates und (soweit überhaupt zugelassen) der Status freier Träger (wie der Kirchen, wohltätiger Vereine und sozialer Organisationen) sowie die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Organisation des Erziehungs- und Bildungswesens,
2. die kulturell jeweils *vorherrschenden Konzepte von Bildung und Erziehung* und dazu konkurrierende Alternativentwürfe sowie in Verbindung damit die jeweils dominierenden und damit konkurrierenden *Vorstellungen von den gesellschaftlichen Aufgaben der Familie als Erziehungsinstitution*,
3. die kulturell hegemonialen *Modelle von der angemessenen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Familie und Gesellschaft* sowie Varianten und kritische Gegenentwürfe,
4. die *Durchsetzungsfähigkeit verschiedener Interessengruppen* im Diskurs über Bildungs- und Erziehungsfragen und im politischen Entscheidungsprozess, und nicht zuletzt
5. die jeweilige *Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage eines Landes, dessen Bevölkerungsentwicklung und die Finanzkraft des Staates* sowie die *gesamtpolitische Konstellation*, u.a. das Regierungs- und Herrschaftssystem, jeweilige politische Mehrheiten sowie politische Systembrüche.

Bei deren Analyse sei davon auszugehen, dass die Relevanz der Faktoren in den einzelnen Ländern in verschiedenen Entwicklungsphasen jeweils unterschiedlich gewesen sei und zudem deren Zusammenwirken erheblich variiert habe. Wichtig sei es in der Analyse insbesondere auf Phasen des „*critical juncture*“ zu achten, d.h. historische Konstellationen, in denen sich entweder entscheidende Veränderungen durchgesetzt hätten oder alternative Entwicklungen möglich gewesen seien.

Die *zweite Hypothese* sei, so Hagemann, die Annahme vom Prozesscharakter von Politiken und den sie tragenden Institutionen und damit ihre *nachhaltige historische „Pfadabhängigkeit“*. Unterstellt werde, dass mit der Durchsetzung eines Musters, dem Ablauf von Zeit und dem wiederholten Gebrauch die materiellen und kulturellen Kosten der Änderung steigen würden und spezifische ökonomische, soziale und politische Konstellationen erforderlich seien, um weiterreichende Reformen durchzusetzen.

Die *dritte Forschungshypothese* betone die Bedeutung der bisher unterbewerteten kulturellen und geschlechterpolitischen Dimension des Themas. Gerade der Vergleich zeige deutlich, wie bei annähernd gleicher ökonomischer Ausgangssituation und ähnlichen bevölkerungspolitischen Grundproblemen einerseits unterschiedliche Konzepte von Bildung und Erziehung und andererseits unterschiedliche Vorstellungen über die angemessene geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Familie und Gesellschaft im allgemeinen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie über „Mutterschaft“ im besonderen zu sehr unterschiedlichen Zeitpolitiken geführt haben.

Für die Überprüfung dieser drei Hypothesen könne, so Hagemann, auf wichtige theoretische und methodische Vorarbeiten zurückgegriffen werden. Interessant sei erstens die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, die verschiedene Modelle zur Analyse des Zusammenhangs von Sozialpolitik, Arbeitsmarkt, Familienformen und Geschlechterverhältnissen entwickelt habe. Der Fokus dieser Forschung ziele allerdings bisher primär auf die westlichen Länder, erst in jüngster Zeit würden auch die (post)sozialistischen Länder verstärkt zum Gegenstand der Untersuchung gemacht. Zum zweiten hätten die Diskussionen in der Geschichts- und Politikwissenschaft über Möglichkeiten und Grenzen des historischen Vergleichs verschiedener Gesellschaftssysteme wichtige Anregungen und Klärungen gebracht. Drittens könne auf die methodischen Erkenntnisse der vergleichenden Bildungsforschung zurückgegriffen werden, die bereits systematisch vergleichende Beschreibungen der europäischen Bildungssysteme bereitgestellt habe. Sie verfüge über spezifische methodische Instrumente quantitativer und qualitativer Forschung, die es erlaubten, die Spezifität und die Globalität der untersuchten Fragen und Probleme zu erfassen. Alle drei disziplinspezifischen Ansätze seien aber für sich genommen nicht ausreichend, um die Unterschiede in der Zeitpolitik der Bildungs- und Erziehungssysteme zu erklären. Nur ein historisch und vergleichend angelegter multiperspektivischer Ansatz, der die Geschlechterdimension systematisch integriere, sei weiterführend.

Im Mittelpunkt des ersten Panels standen drei Vorträge, die sich aus unterschiedlicher disziplinärer Perspektive mit zentralen Problemen eines so angelegten Vergleichs befassten. Die Politikwissenschaftlerin *Kimberly Morgan* (George Washington University) sprach zum Thema „Gender, Welfare States and Child Care in Comparison“. Sie wies darauf hin, dass es methodologisch überaus schwierig sei, Schul- und Kinderbetreuungssysteme länderübergreifend zu vergleichen, handle es sich doch bei Bildung und Kinderbetreuung um hochkomplexe Politikbereiche. Grundsätzlich sei zu fragen: Wer stellt beides bereit und auf welcher Regierungs- und Verwaltungsebene seien beide strukturell angesiedelt? Wie scharf ist die institutionelle Trennung zwischen Bildung und Erziehung? Als mögliches Analyseinstrument skizzierte Morgan das Konzept der Pfadabhängigkeit, das die Verfestigung einmal gefundener politischer Problemlösungsmuster erklären könne.

Der Soziologe *Hans Bertram* (Humboldt-Universität zu Berlin) referierte zum Thema „States, Families and Education in Comparison“. Im Mittelpunkt seines Vortrages stand der Wandel der Familie und der familienbezogenen Politiken. Er wies auf das zentrale Problem hin, dass Grundlage und Umfang der Daten zur Familie selbst innerhalb der EG höchst unterschiedlich seien, was einen Vergleich erheblich erschwere. Bertram unterstrich die Notwendigkeit der postindustriellen Wohlfahrtsstaaten, ihre kulturellen Vorstellungen und ihre daraus abgeleiteten Politiken zur Rolle von Frauen, Männern und Kindern in der Gesellschaft grundlegend zu modernisieren. Nur eine Gleichstellungspolitik, die nicht nur auf Frauen ziele, sondern auch die Männer einbeziehe, wäre ein adäquates Fundament moderner Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Langfristig hätten nur solche postindustriellen Länder einen Wettbewerbsvorteil, die eine intelligente Politikmischung von Zeitorganisation, finanziellen Transfers und infrastrukturellen Angeboten zur Lösung der drei Schlüsselprobleme westlicher Wohlfahrtsstaaten entwickeln: erstens die nach wie vor schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der daraus resultierenden ineffizienten Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, die deren qualifiziertes Arbeitskräftepotential nicht annähernd ausschöpfe; zweitens der dramatische Geburtenrückgang mit den daraus resultierenden Problemen für das gesamte Sozialsystem, insbesondere das Gesundheits- und Rentensystem; und drittens soziale und ethnische Ungleichheiten verstärkende Bildungs- und Betreuungssysteme, die vor allem die vorhandenen Bildungs- und damit Arbeitskräftepotentiale vom MigrantInnen nicht nutzten.

Wie die unterschiedlichen Konzepte von „Child Care“ historisch entstanden und begründet wurden, zeigte die Historikerin *Sonya Michel* (University of Maryland) in ihrem Vortrag „Gender and Child Care in a Comparative Historical Perspective“. Während beim Kindergarten in Fröbelscher Tradition, einem in der Regel halbtägigen Angebot, das sich vor allem an Mittelschichtskinder richtete, seit dem 19. Jahrhundert allorts Bildung das zentrale Begründungsmuster war, wurden die ganztägigen Einrichtungen für Kinder außerhäuslich erwerbstätiger Arbeitermütter durchgehend damit legitimiert, dass Arbeiterkinder durch eine

ganztägig Betreuung vor 'Verwahrlosung' geschützt werden müssten. Nur als sozialer Ausnahmefall wurde ganztägige Kinderbetreuung damit akzeptiert, denn Frauenerwerbstätigkeit und Ganztagsbetreuung galten tendenziell als Bedrohung von Familie und Gesellschaft, minimierten sie doch den als zentral erachteten familiären Erziehungseinfluss. Michel skizzierte ihre These anhand von vier Länderbeispielen: In den USA bestehe die Trennung von Kinderbetreuung und frühkindlicher Erziehung bis heute. In Dänemark und Schweden wäre die Kinderbetreuung als pädagogisches Angebot seit den 1960/70er Jahren stark ausgebaut worden, wobei in Dänemark das sozialpädagogische Ziel frühkindlicher Förderung ausschlaggebend gewesen sei, in Schweden hingegen das Ziel einer verstärkten Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Das Beispiel der frühen Sowjetunion wiederum zeige, dass kommunistische Ideologie und revolutionärer Erziehungsanspruch nicht notwendigerweise zu mehr oder gar qualitativ besonders hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen führten.

Im zweiten Panel zum Thema „Gender, Labor Market and Child Care: Comparing Welfare State Regimes in East and West“ ging es um den Einfluss, den der Arbeitsmarkt und kulturelle Leitbilder zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung auf die Kinderbetreuungspolitik haben. Hier wurde deutlich, dass, wie in der Einführung zum Workshop bereits hervorgehoben, Unterschiede in den Bildungs- und Sozialsystemen keineswegs nur entlang der Ost-West-Systemgrenze verlaufen. Die Soziologin *Dorottya Szikra* (ELTE University, Budapest) skizzierte die Entwicklung in Ungarn, wo Krippen, Kindergärten und Schulhorte wegen der ökonomisch notwendigen Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern seit den 1950er Jahren zunehmend verfügbar waren. Nach der Wende sei dieses Angebot, anders als in anderen post-sozialistischen Ländern, nicht einfach abgebaut, sondern in veränderter Form weitergeführt worden. In der paradigmatischen Wohlfahrtsstaatstypologie von Gosta Esping-Anderson, der zwischen konservativ-korporativem, liberalem und sozialdemokratischem Modell unterscheidet, lasse sich das post-sozialistische Ungarn deshalb nicht zuordnen, sondern stelle vielmehr einen Mischtypus dar, der Merkmale aller drei Modelle enthalte. Das Beispiel Ungarns zeige somit, dass anhand westlicher Wohlfahrtsstaaten entwickelte Kategorien und Typologien, wie von den Veranstaltern des Workshops gefordert, grundlegend überdacht werden müssten, um der Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen (post-)sozialistischen Ländern gerecht zu werden.

Die Politologin *Anca Gheaus* (New Europe College, Bukarest) thematisierte in ihrem Vortrag die Beziehung zwischen Geschlechtergerechtigkeit und „Child Care“. Während Feministinnen im Westen sich häufig für eine Übertragung von Pflege- und Betreuungsaufgaben an staatliche Institutionen aussprechen würden und dabei vor allem das skandinavische Modell vor Augen hätten, das den Interessen von Frauen und Kindern gleichermaßen gerecht zu werden scheint, ständen Feministinnen im Osten dem Wohlfahrtsstaat häufig sehr viel skeptischer gegenüber. Ein zentraler Grund hierfür sei, dass in post-sozialistischen Ländern wie Rumänien in den staatlichen Institutionen ebenso wie in den Familien eine

ausgesprochen patriarchale und paternalistische Kultur die Wende unhinterfragt überlebt habe. Der gegenwärtige Wohlfahrtsstaat in Rumänien biete Männern soziale Sicherung durch besser bezahlte Arbeitsplätze im staatlichen Sektor, während die hauptsächlich in der Privatwirtschaft beschäftigten Frauen nicht nur die Hauptlast der Steuern zahlen, sondern neben ihrer Erwerbsarbeit auch die Hauptlast der Haus- und Familienarbeit tragen würden. Gheaus plädierte dafür, nicht nur das Zusammenspiel von geschlechtshierarchischen Strukturen des Arbeitsmarktes und quantitativen Strukturen des „Child Care“-Angebotes zu analysieren, sondern stärker auch die Qualität dieses Angebotes sowie der staatlichen Familienpolitik insgesamt in die Untersuchung einzubeziehen. Wichtig sei es dabei, auch die geschlechtshierarchischen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse, die durch die Zeitpolitik eines spezifischen Sozial-, Betreuungs- und Bildungssystem produziert würden, in den Blick zu nehmen.

Der dritte und vierte Panel befassten sich mit dem Thema „Families, Schools and the State“. Deutlich wurde in beiden Sektionen die Vielfalt von erziehungswissenschaftlichen und sozialpädagogischen Ansätzen. *Thomas Coelen* (Universität Rostock) trug seine Überlegungen zu einem sozialpädagogischen Forschungsprojekt vor, in dem die Beziehungen zwischen Schulen und Jugendarbeit aus der Perspektive von Jugendlichen in fünf europäischen Erziehungssystemen verglichen werden sollen (Finnland, Schweden, Litauen, Russland und Ostdeutschland). Danach präsentierte *Cristina Allemann-Ghionda* einen vergleichenden Überblick über die historische Entwicklung des Ganztagschulmodells in Europa. In Frankreich, dem Land mit der längsten Ganztagschultradition in Europa, wurde die Ganztags-erziehung seit den 1880er Jahren mit dem Ziel durchgesetzt, ein republikanisches Bildungssystem zu etablieren und den Einfluss der katholischen Kirche auf die öffentliche Bildung und Erziehung zurückzudrängen. Demgegenüber überwogen in England bei der Einführung der Ganztagschule Ende des 19. Jahrhunderts soziale Gründe: zunächst das Ziel einer Zurückdrängung der Kinderarbeit und später der Wunsch, die befürchtete ‚Verwahrlosung‘ von Arbeiterkindern einzudämmen. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts kamen dann zu den sozialen, politischen und sozialpädagogischen Gründen zunehmend reformpädagogische Gründe, die auch nach dem Zweiten Weltkrieg die Diskussionen über Schulreformen in Westeuropa in erheblichem Maße bestimmten.

Intensiv diskutiert wurde anhand der beiden Papiere zum einen die Frage, wie ein disziplinenübergreifender Dialog über die differierenden Theorien, Methoden und Begriffe am ertragreichsten geführt werden könne. Zum anderen wurde der Zusammenhang zwischen der Zeitstruktur des Bildungs- und Erziehungsangebotes und der Verfestigung bzw. dem Abbau sozialer und ethnischer Ungleichheit debattiert, der sich bei genauerer Analyse als viel komplizierter erweist als häufig angenommen. Ein ganztägiges Erziehungs- und Bildungsangebot führe, so wurde in der Diskussion betont, ebenso wie die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und die generelle Einführung von *Comprehensive Schools* (wie im anglo-amerikanischen Raum) nicht automatisch zu mehr Chancengleichheit. Von

größter Wichtigkeit sei daneben auch die Qualität des Angebots, insbesondere die Ausstattung der Einrichtungen und die Ausbildung des Personals.

Anschließend präsentierte der Bildungshistoriker *Karel Rýdl* (University of Pardubice) eine vergleichende Bestandsaufnahme der Familien- und Betreuungspolitik in Tschechien, Polen, Slowakei und Slowenien. Die gegenwärtige Bevölkerungsstatistik in den osteuropäischen Ländern werde geprägt von zurückgehenden Geburtenraten, steigenden Scheidungsraten, unverheirateten Paaren und Einelternfamilien als Reaktion auf die einschneidenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen der 1990er Jahre. Nach 1990 sei mit der Einführung des Marktprinzips die gute Versorgung mit Kindergärten und anderen Betreuungseinrichtungen, die in den sozialistischen Gesellschaften durchgehend vorgeherrscht habe, vielerorts zusammengebrochen, was dramatische Folgen für die Frauen gehabt habe, die Berufstätigkeit und Familie nicht mehr hätten so leicht wie vor der Wende hätten vereinbaren können. Die Erziehungswissenschaftlerinnen *Dominique Groux* und *Mareike Busch* (Universität Potsdam) fragten in ihrer Vergleichsstudie, welche Bilder und Erwartungen an ‚Schule‘ Familien in Frankreich, Russland und Deutschland haben. Die Basis bildete ein Sample aus befragten Schülern und Eltern mit unterschiedlichem sozialem Hintergrund aus Paris, Potsdam, Berlin und Moskau.

Im fünften Panel „Gender, Child Care and Schools“ analysierte die Soziologin *Celia Valiente* (Universidad Carlos III de Madrid) zunächst die Zeitpolitik des spanischen Bildungs- und Betreuungssystems. Sie hob hervor, dass in Spanien Kinderbetreuung schon immer in den Verantwortungsbereich der Bildungspolitik gefallen sei. Mit den vermehrten Bildungsinvestitionen seit dem Ende des Franco-Regimes 1975 sei denn auch der Ausbau unentgeltlicher öffentlicher Vorschulen das Ziel aller Regierungen gewesen, unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit, um Armut und soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Frauenpolitische Motive hingegen hätten, anders als z.B. in Schweden, keine Bedeutung gehabt. Die Öffnungszeiten von Kindergärten, Vor- und Grundschulen erlaubten Müttern keine Vollzeiterwerbstätigkeit. Sie seien formal zwar ganztätig offen, hätten jedoch eine lange Mittagspause, in der die Kinder nach Hause geschickt würden. Auch sei der große Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bislang von der Politik ignoriert worden. Valiente betonte, dass die Mütterlichkeitsideologie der Franco-Ära ein Grund dafür gewesen sei, dass spanische Feministinnen sich nach der Diktatur kaum für Themen wie die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf oder Kinderbetreuung interessiert hätten und es deshalb für entsprechende Forderungen keine Lobby gegeben habe.

Im Anschluss widmete sich der Erziehungswissenschaftler *Rainer Treptow* (Universität Tübingen) der Frage, inwieweit vergleichende internationale Forschungsprojekte zu sozialpädagogischen und erziehungswissenschaftlichen Themen nicht viel stärker die spezifischen historischen Kontexte berücksichtigen müssen, um ihrem Gegenstand und dessen spezifischen nationalen Bedingungen gerecht zu werden. Als Analyseebenen schlug Treptow deshalb eine Makro-, Meso- und Mikroebene vor. Im zweiten Teil seines Vortrags fragte Treptow,

welchen Beitrag eine so angelegte Forschung bei der Analyse und Gestaltung wohlfahrtsstaatlicher Reformen leisten könne. Seine Antwort fiel ambivalent aus. In der Diskussion herrschte eine eher skeptische Position vor. Der Einfluss der Forschung auf die Politik wurde eher gering eingeschätzt. Vor allem in der Auftragsforschung würden Forschungsergebnisse, die nicht zur parteipolitischen Linie einer Regierung passten, häufig schlicht nicht veröffentlicht.

In dem anschließenden, von *Konrad Jarausch* moderierten Round Table, wurden die zentralen Themen des Workshops resümierend diskutiert. Hans Bertram legte den Akzent auf die nationalen Unterschiede in den Wohlfahrtskonzeptionen und betonte, dass Inklusion und Exklusion grundlegende Kategorien einer Definition von Wohlfahrtsstaaten und Erziehungssystemen sein müssten. Die Soziologin *Christina Bergqvist* (Universität Uppsala) forderte, dass die Analyse von Sozial-, Familien- und Bildungspolitik immer auch deren Auswirkungen für beide Geschlechter im Blick haben müsse. Die Soziologin *Jacqueline Heinen* (Universität de Versailles) verwies auf die in vielen Ländern übliche institutionelle Trennung von Betreuung und Bildung, die sich auch im Selbstverständnis der Professionen niederschläge, das stärker in den Blick genommen werden müsse. Die Bildungshistorikerin *Juliane Jakobi* (Universität Potsdam) betonte, dass historisch und national sehr unterschiedlichen Auffassungen darüber beständen, was Familienaufgabe und was Aufgabe des Staates bzw. staatlicher Erziehung zu sein habe. Der deutsche Fall zeige, dass die Konkurrenz zwischen beiden deutschen Staaten auch zu verschiedenen Auffassungen über das Ziel, die Qualität und den Ort von Erziehung geführt habe.

Der Dialog über die Fachgrenzen hinweg, der im Workshop außerordentlich konstruktiv geführt wurde, ermöglichte es, einschlägige Forschungsergebnisse aus verschiedenen Disziplinen zu prüfen und sich über theoretisch-methodologische Eckpunkte für einen Ost-West-Vergleich zu verständigen (siehe zum Workshop auch: <http://www.ganztagsschulen.org/5520.php>). Die skizzierten Ergebnisse des Workshops bilden so eine anregende und fruchtbare Basis für die Folgekonferenz des Projekts, die Anfang März 2007 unter dem Titel „State – Children – Family: The Politics of Public Education in Europe – East-West Comparisons“ an der Universität Köln stattfinden wird. Eine Publikation soll die Ergebnisse von Workshop und Tagung anschliessend zusammenfassen.

Weitere Informationen zum Projekt bietet die Website <http://www.time-politics.com>.

Rezension zu:
SVEN KORZILIUS, „ASOZIALE“ UND „PARASITEN“ IM RECHT DER SBZ/DDR.
Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung.
Böhlau Verlag: Köln/Weimar/Wien 2005, 744 S.

Danuta Kneipp

Die Ausgrenzung sozialer Randgruppen vollzieht sich in Gesellschaften auf verschiedenen Ebenen, mit unterschiedlicher Motivation und gibt auch aktuell immer wieder Anlass dazu, den Ursachen, Strategien und Abläufen nachzugehen. Sven Korzilius untersucht aus einer historischen Perspektive Veränderungen und Wandel bei gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung sozialer Randgruppen in der DDR/SBZ. In diesem Sinne ergänzt seine Studie Arbeiten wie die von Johannes Raschka zur Justizpolitik im SED-Staat¹, von Matthias Zeng² oder auch von Steffan Middendorf zum Recht auf Arbeit in der DDR.³

Aufbauend auf dem strafrechtlichen Begriff des „asozialen Verhaltens“ wird die Praxis sozialer Kontrolle und Disziplinierung sogenannter „kriminalisierter Personengruppen, wie Landstreicher, Bettler, Obdachlose, Müßiggänger, Arbeits-scheue und Prostituierte“ (1) analysiert. Im Mittelpunkt der chronologisch angelegten Untersuchung stehen Fragen nach Kontinuitäten und Brüchen beim gesellschaftlichen und staatlichen Umgang mit „abweichendem Verhalten“ in der SBZ/DDR. Kontinuitäten und Brüche zeigten sich, so der Autor, auf verschiedenen Ebenen, wie der des politischen Systems, der Gesellschaftsordnung und nicht zuletzt der politischen Kultur. So liefert das Buch zum einen Erkenntnisse zur „Ausgestaltung des Sanktionssystems und des Arsenal präventiver Maßnahmen“. Zum anderen wagt Korzilius einen Vergleich zwischen den Entwicklungen in der DDR und der Bundesrepublik.

In den ersten beiden Kapiteln werden die Besatzungszeit und die 50er Jahre erörtert. Hier standen zwei Aspekte im Vordergrund: einerseits die Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung und andererseits die Arbeitskräfteverteilung, etwa die Einbindung von Personen in den Arbeitsprozess, die vorher nicht daran teilnahmen. Die 50er Jahre brachten in der Rechtsgebung keine Neuerungen. Das Vorgehen gegen „asoziales Verhalten“ während der NS-Zeit wurde nicht als „typisch nationalsozialistisch“ (699) angesehen und als solches ohne Bedenken übernommen und fortgeführt. Dies unterstreicht Korzilius, indem er das Weiter-

1 Johannes Raschka, Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, Köln/Weimar/Wien 2000; ders., Zwischen Überwachung und Repression – Politische Verfolgung in der DDR 1971 bis 1989, Opladen 2001.

2 Matthias Zeng, „Asoziale“ in der DDR. Transformation einer moralischen Kategorie, Münster 2000.

3 Stefan Middendorf, Recht auf Arbeit in der DDR. Von den theoretischen Grundlagen bis zu den Berufsverboten für Ausreisewillige, Berlin 2000.

leben der „Dichotomie von ‚verbesserlich‘ und ‚unverbesserlich‘ nach 1945“ (699) darstellt.

Zu Beginn der 60er Jahre, davon handelt das dritte Kapitel, sei es darum gegangen, die Ursachen für Asozialität und Kriminalität zu beseitigen und die wenigen unangepassten Bürger durch die Gesellschaft „umzuerziehen“ (320). So wurde die „Verordnung der Aufenthaltsbeschränkung“ aus dem Jahr 1961, ein „an die sowjetischen Parassengesetze angelehntes Erziehungsmittel“ (265), von der Gesellschaft voll anerkannt; nicht zuletzt deshalb, weil breite Teile der Bevölkerung das strafrechtliche Vorgehen gegen soziale Randgruppen „nicht als politisches Strafrecht und damit als staatliches Unrecht“ empfanden (315). Neben dieser Erkenntnis wird die auf der Verordnung aufbauende Verurteilungspraxis sowie die zahlenmäßige Entwicklung ab 1961 detailliert analysiert. Waren in den fünfziger und frühen sechziger Jahren umweltbedingte Faktoren als Erklärungsmuster vorrangig, so traten nun „anlagebedingte Interpretationen“ von Asozialität hervor, also eine Aufnahme von Erklärungen aus der Weimarer Zeit. Korzilius reflektiert die verschiedenen Erklärungsmodelle – umweltbedingte, medizinische, mikrosoziale – und stellt dabei den Diskussionsprozess und die Veränderungen während der sechziger Jahre dar. Dadurch zeigt er, dass es zwar Veränderungen gegeben hat, spricht aber nicht von einem Wandel, sondern von sich verändernden Kontinuitäten. An dieser Stelle bewährt sich die Wahl des sehr langen Untersuchungszeitraumes und ermöglicht dem Autor, Entwicklungen mit einem spezifischen historischen Zugang nachzuzeichnen.

Im vierten Kapitel wird der Zeitraum ab 1968 bis zum Ende der DDR untersucht, in dem das neue Strafrecht seine Anwendung fand. In diesem Abschnitt werden, unter dem Gesichtspunkt neuer Aspekte in der „Asozialen“-Topik, ausführliche Erläuterungen für das staatliche Vorgehen gegen Asoziale sowie dessen Rezeption in der Gesellschaft erörtert. Zugleich wird auf die Zunahme der Verurteilungen und der damit einhergehenden Vollzugspraxis in der Ära Honecker eingegangen, wobei die Anwendung des § 249 StGB gegen politischen Widerstand und sozialen Protest in den Vordergrund rückt (407). Der Anstieg der Verurteilungen nach § 249 StGB reiche jedoch als Erklärung für einen veränderten Umgang mit „Asozialen“ nicht aus, weshalb Korzilius zusätzlich auf vorherrschende Kriminalitätsursachentheorien und die darauf beruhende Verfolgungspraxis eingeht.

Die Praxis der Rehabilitierung der in der DDR wegen „Asozialität“ Verurteilten bildet den Mittelpunkt des fünften und letzten Kapitels. Untersucht werden dabei drei Phasen der Rehabilitierung: in der Bundesrepublik, während der „Wendezeit“ und nach 1992. Abschließend formuliert Korzilius, dass die Rechtsprechung „zwischen einer zu pauschalen Verurteilung des DDR-Strafrechts einerseits und der weitgehenden Billigung des Vorgehens gegen ‚Asoziale‘ in der DDR andererseits“ (695) schwankte.

In der abschließenden Zusammenfassung geht es hauptsächlich um die Beantwortung der Frage, ob das Vorgehen gegen „soziale Randgruppen“ ausschließlich von der SED verfolgt wurde oder ob es sich dabei zugleich um ein von brei-

ten Teilen der Gesellschaft getragenes Muster handelte. Dabei wird deutlich, dass die SED im Umgang mit „Asozialen“ stets vor einem Strategieproblem stand. Die Fehlannahme, der Sozialismus als Gesellschaftsform würde über kurz oder lang jegliches kriminelle und auch „asoziale Verhalten“ ausschalten, brachte diese Probleme hervor. Korzilius analysiert beides, den Umgang mit „Asozialen“ aus strafrechtlicher Sicht sowie die innere Verfasstheit der DDR-Gesellschaft, und hebt dabei „gesellschaftliche Schließungsprozesse“ hervor, die im Laufe der Ära Honecker verstärkt auftraten. Während Angehörige unterer Schichten noch zum „sozialen Aufstieg durch Qualifikation ermuntert“ (707) wurden, ging bereits die Nachfrage nach höheren Qualifikationen zurück und es kam zu einer „Verschärfung innergesellschaftlicher Konkurrenz“ (707). Diese Entwicklungen bedingten sich in interdependenter Weise mit der staatlichen Verfolgungspraxis „asozialen Verhaltens“. Folglich lautet Korzilius' These, dass sich anhand des Umgangs mit „asozialem Verhalten“ die Veränderung von einer „weitgehend solidarischen Arbeiterschaft“ hin zu einer „entsolidarisierten Gesellschaft“ erkennen lässt. Anfangs setzte die solidarische Gesellschaft staatlicher Disziplinierung Widerstand entgegen, was jedoch später zunehmend in Indifferenz gegenüber staatlichem Verfolgungseifer umschlug (708). Korzilius stellt also eine Wechselbeziehung zwischen den „für die DDR typischen totalitären Elementen“ und der „Verhärtung des gesellschaftlichen Klimas“ fest. Dies führt er als Ursache für die überdimensionierte Verfolgung eher geringfügiger Vergehen gegen die vorherrschende Arbeits- und Sozialmoral an.

Korzilius gelingt es anhand eines hervorgehobenen Bereichs, der „Asozialen“-Topik, Veränderungen in der DDR-Gesellschaft zu beschreiben und zu kontextualisieren. Es wäre wünschenswert gewesen, die gewonnenen Erkenntnisse theoretisch in die Wechselbeziehungen zwischen Macht-, System- und Akteursstrukturen⁴ einzubetten. Korzilius' Untersuchungen zeigen, dass es in der Regel Veränderungen in den Akteursstrukturen waren, die Veränderungen der Macht- und Systemstrukturen hervorriefen. Alles in allem ein aus quellenkritischer sowie stilistischer Sicht empfehlenswertes Buch nicht nur für Fachwissenschaftler, sondern auch für ein breiteres historisch interessiertes Publikum.

4 Vgl. Kimmo Elo, Die Systemkrise eines totalitären Herrschaftssystems und ihre Folgen. Eine aktualisierte Totalitarismustheorie am Beispiel des Systemkrise in der DDR 1953, Münster 2005. Elo entwickelt in seiner Arbeit keine aktualisierte Totalitarismustheorie, sondern verstärkt das Argument, dass diese nicht als Erklärungen für Erscheinungen in der DDR herangezogen werden sollte. Dies bestätigen in gleicher Weise die Erkenntnisse von Korzilius.

ZZF-PUBLIKATIONEN 2005/2006

Von 1993 bis 2005 sind in der Reihe „Zeithistorische Studien“, herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung, im Akademie Verlag Berlin (bis Bd. 10) und im Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien (ab Bd. 11) insgesamt 31 Bände veröffentlicht worden; im Jahr 2006 erscheinen sechs weitere.

2005/2006

Bd. 28

Thomas Heimann

Bilder von Buchenwald.

Die Visualisierung des Antifaschismus in der DDR (1945-1990)

2005. 256 S., 34,90 €



Bd. 29

Christian Müller/Patrice Poutrus (Hg.)

Ankunft - Alltag - Abreise.

Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft.

2005. ca. 352 S., 39,90 €



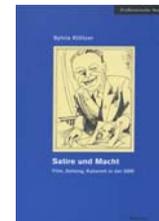
Bd. 30

Sylvia Klötzer

Satire und Macht.

Film, Zeitung, Kabarett in der DDR.

2005. ca. 270 S., 34,90 €



Bd. 31

Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hg.)

Arbeiter im Staatssozialismus.

Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit.

2005. 515 S., 57,90 €



Bd. 32 (erscheint im Juni 2006)

Jan C. Behrends

Die erfundene Freundschaft.

Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR (1945-1957)

2006. ca. 450 S., ca. 49,90 €

Zu den machtpolitischen Instrumenten kommunistischer Herrschaft zählten neben Repression und Gewalt auch Maßnahmen der Erziehung und Propaganda. Vor dem Hintergrund eines historisch belasteten Verhältnisses zu Russland mussten die kommunistischen Regime Osteuropas nach Kriegsende versuchen, ihrer Bevölkerung die enge Bindung an die UdSSR zu vermitteln. Die Freundschaftspropaganda für die Sowjetunion in Polen und Ostdeutschland steht im Zentrum dieser Studie. In transnationaler Perspektive werden die Strukturen der Staaten sowie der Diskurs und die gesellschaftliche Rezeption von Propaganda untersucht. Insbesondere betrachtet der Autor dabei die Rede über die Sowjetunion, die »Erfindung der Freundschaft« in den vierziger Jahren sowie den Führerkult um Stalin und fragt abschließend nach der Wirkungsmacht von Propaganda in der kommunistischen Diktatur.

Bd. 33

Thomas Lindenberger (Hg.)

Massenmedien im Kalten Krieg.

Akteure, Bilder, Resonanzen

2006. 286 S., 39,90 €

Der Kalte Krieg wurde nicht nur von Staatsmännern und Militärstrategen in den Spitzenebenen der politischen Macht geführt. In Ost und West machte er sich vielmehr in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bemerkbar. Der öffentlichen Kommunikation kam dabei eine zentrale Funktion zu: Filmemacher und Journalisten, Parteipolitiker und Kirchenvertreter, Wochenschauen und Fernsehstationen kommentierten und interpretierten, legitimierten und kritisierten die lebensbedrohliche Teilung der Welt. Durch den alltäglichen Medienkonsum war der Kalte Krieg im Leben des breiten Publikums präsent. Der ideologische Gegensatz von liberalen Demokratien und kommunistischen Diktaturen schlug sich in gegensätzlichen Vorstellungen von den Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens nieder, die in Massenmedien propagiert und diskutiert wurden. Die Beiträge der Autorinnen und Autoren über Spielfilme, Zeitungs- und Rundfunkjournalismus tragen zu einer neuen, kultur- und mediengeschichtliche Aspekte integrierenden Sichtweise des Kalten Krieges bei.

Bd. 34

Burghard Ciesla

Als der Osten durch den Westen fuhr.

Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin

2006. 356 S., 47,90 €

Zu den Merkwürdigkeiten der deutschen Nachkriegsgeschichte gehört das Kapitel Eisenbahn in Westberlin zwischen 1945 und 1990. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges übergaben die alliierten Sieger die Betriebsrechte für den gesamten Berliner Eisenbahnverkehr dem Transportunternehmen »Deutsche Reichsbahn« in der SBZ. Mit der Teilung der Stadt gehörten plötzlich Tausende Beschäftigte, Millionen Quadratmeter Fläche, Hunderte Kilometer Schienenwege, ein Netz von Anlagen und milliardenschwere Vermögenswerte inmitten von Westberlin zu einem sozialistischen Transportunternehmen. Im

Kalten Krieg wurde die Reichsbahn schnell zum politischen Zankapfel. Während sich Westberlin sehr schnell eine »schnittige Moderne« zulegte, schien die kleine Dependence des größten sozialistischen Staatsbetriebes der DDR in eine Welt von Gestern zu versinken. Warum das so war und wie mehr als vierzig Jahre lang der »Osten« buchstäblich durch den »Westen« fuhr, schildert das Buch von Burghard Ciesla.

Bd. 35 (erscheint im Herbst 2006)

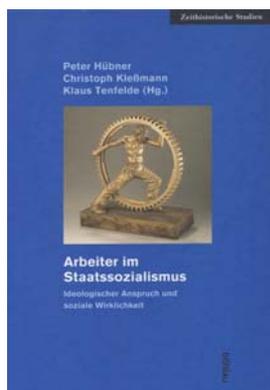
André Steiner (Hg.)

Preispolitik und Lebensstandard.

Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich

2006. ca. 224 S., 29,90 €

Spätestens der Zusammenbruch der DDR hat die Bedeutung eines vertretbaren Lebensstandards für die Stabilität und Legitimität sozialer Ordnungen unterstrichen. Um diese zu festigen, werden seit jeher die Verbraucherpreise und damit der Lebensstandard staatlich reguliert. Im 20. Jahrhundert erreicht dieses Phänomen jedoch neue Dimensionen. Die hier versammelten Beiträge fragen nach, wie in den Etablierungsphasen der beiden Diktaturen der deutschen Geschichte - dem Nationalsozialismus und der DDR - sowie der Demokratie der frühen Bundesrepublik die Preise instrumentalisiert werden, um den Lebensstandard der Bevölkerung unmittelbar zu beeinflussen und welche Ergebnisse dabei erreicht werden. Darüber hinaus werden Motive und Ziele, Instrumente und Methoden sowie Resultate und Konsequenzen für die Legitimität der jeweiligen Ordnungen vergleichend betrachtet.



Bd. 36 (erscheint im Herbst 2006)

Annette Schuhmann

Kulturarbeit im sozialistischen Betrieb.

Gewerkschaftliche Erziehungspraxis in der SBZ/DDR 1946-1970

2006. ca. 319 S.

Betriebe in der DDR hatten neben ihrem Produktionsauftrag eine Vielfalt von sozialen und kulturellen Funktionen zu erfüllen, wodurch der Arbeitsort eine zentrale Stellung im Alltag des Einzelnen erhielt. Kulturarbeit im staatlichen Betrieb stand im Kontext eines weit gefassten Kampfes der SED-Führung um kulturelle Hegemonie. Zielgruppe der

betriebsgebundenen Kulturangebote war der traditionelle Kern der Arbeiterklasse – die Industriearbeiterschaft. Seit 1949 hatte die Einheitsgewerkschaft (FDGB) eine Monopolstellung bei der Organisation dieses Bereiches inne. Neben der Vermittlung einer stark selektiven Erzählung kommunistischer Arbeiter- und Widerstandsgeschichte sollte betriebliche Kulturarbeit die künstlerische Selbstbetätigung der Belegschaften fördern, die Freizeitbeschäftigung der Produzenten zentral lenken und inhaltlich am politischen und ökonomischen Gestaltungswillen der SED ausrichten.

Die vorliegende Arbeit untersucht, wie die an Produktivitätssteigerung und politischer Erziehung orientierte betriebliche Kulturarbeit installiert wurde und wie die Belegschaften sie transformierten. Im Zentrum der Untersuchung steht der Aufbau kultureller Infrastrukturen in Industriebetrieben seit den vierziger Jahren. Gefragt wird nach Traditionslinien und nach der lokalen Verankerung dieser Kulturarbeit ebenso wie nach Mustern in der Rekrutierung und Ausbildung von Kulturfunktionären, aber auch nach dem Grad der Autonomie des FDGB bei der Gestaltung kulturpolitischer Kampagnen.

Dabei wird ein Bild der alltäglichen Praxis betrieblicher Kulturarbeit sichtbar, das sich nur selten mit den Intentionen der Organisatoren in Partei und Gewerkschaft deckte.

Bd. 37 (erscheint im Herbst 2006)

Michael Lemke (Hg.)

Schaufenster der Systemkonkurrenz.

Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg

2006. ca. 415 S.

Im besonderen Verflechtungs- und Teilungsraum Berlin-Brandenburg nahm der Kalte Krieg nach 1948 schärfer und intensiver als an anderen Orten des Ost-West-Konflikts die Züge einer vielschichtigen Systemkonkurrenz an. Dabei entstanden auf beiden Seiten der geteilten Region ‚Schaufenster‘ der Überlegenheit der eigenen politischen und gesellschaftlichen Ordnung über die jeweils andere, die bis zum Mauerbau 1961 von jedermann direkt erlebbar waren.

In siebzehn Beiträgen über Politik, Wirtschaft und Soziales, aber auch über Kultur, Alltag und Umwelt wird der Frage nachgegangen, inwiefern diese Auseinandersetzung in ihrer Wechselbeziehung von Konfrontation und Wettbewerb zur Erhaltung oder aber Auflösung des historisch Gewachsenen beitrug. Die Analysen bieten lebendige Darstellungen der wechselvollen Auseinandersetzung zwischen zwei oft noch als Alternativen wahrgenommenen Tendenzen: fortschreitende Abgrenzung und Teilung oder aber Bewahrung von regionalen Gemeinsamkeiten und Gesamtberliner Identitäten. Gab es bis 1961 in der alltäglichen ‚Normalität‘ des Kalten Krieges Ansätze für eine systemübergreifende regionale Gesellschaft in Berlin-Brandenburg?

WEITERE BUCHPUBLIKATIONEN 2005/2006

2005

Leonore Ansorg, Politische Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Die Strafvollzugsanstalt Brandenburg, Metropol Verlag: Berlin 2005, 404 S.

Jan C. Behrends/Árpád von Klimó/Patrice Poutrus (Hg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Dietz: Bonn 2005, 366 S.

- Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk (Hg.)*, Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970, Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2005, 335 S.
- Klaus Große Kracht*, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2005, 224 S.
- Renate Hürtgen*, Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Böhlau Verlag: Köln 2005, 353 S.
- Konrad H. Jarausch/Michael Geyer*, Zerbrochener Spiegel. Deutsche Geschichten im 20. Jahrhundert, Deutsche Verlagsanstalt: München 2005, 493 S.
- Mario Keßler (Hg.)*, Deutsche Historiker im Exil (1933–1945). Ausgewählte Studien, Metropol Verlag: Berlin 2005, 340 S.
- Mario Keßler*, On Anti-Semitism and Socialism. Selected Essays, Trafo Verlag: Berlin, 208 S.
- Mario Keßler*, Vom bürgerlichen Zeitalter zur Globalisierung. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Aufsatzsammlung, Trafo Verlag: Berlin 2005, 218 S.
- Christoph Kleßmann*, Wiedervereinigung und neue Geschichtsschreibung. Was kann man von der deutschen Zeitgeschichte lernen? Seoul 2005, 335 S. (in koreanischer Sprache)
- Martin Sabrow (Hg.)*, Kulturen im Konflikt. Die Wiederkehr der Ost-West-Konfrontation (Helmstedter Colloquien, Heft 7), Akademische Verlagsanstalt GmbH: Leipzig 2005, 98 S.
- Gabriele Schnell*, Das „Lindenhof“. Berichte aus dem Potsdamer Geheimdienstgefängnis, Ch. Links Verlag: Berlin 2005, 160 S.
- Katja Stopka*, Semantik des Rauschens. Über ein akustisches Phänomen in der deutschsprachigen Literatur, Meidenbauer Verlagsbuchhandlung: München 2005, 335 S.

2006

- Jennifer Schevardo*, Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre, Franz Steiner Verlag: München 2006, 320 S.
- André Steiner*, Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte? Ch. Links Verlag: Berlin 2006, 192 S.
- Irmgard Zündorf*, Der Preis der Marktwirtschaft. Staatliche Preispolitik und Lebensstandard in Westdeutschland, Franz Steiner Verlag: München 2006, 334 S.



AUTORENVERZEICHNIS

Georg Arnold, cand.-phil., Humboldt Universität zu Berlin

Prof. Dr. Karen Hagemann, University of North Carolina/Chapel Hill, USA und
Technische Universität Berlin

Dr. Peter Hübner, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Dr. des. Dagmara Jajesniak-Quast, Zentrum für Zeithistorische Forschung Pots-
dam

Dr. Matthias Judt, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Danuta Kneipp, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Prof. Dr. Michael Lemke, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Dr. Monika Mattes, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Dr. Igor J. Polianski, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Frank Roggenbuch, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Prof. Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Dipl.-Ing. Gabriele Schnell, Potsdam

Dr. des. Annette Schuhmann, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Prof. Dr. André Steiner, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Die hauseigene Zeitschrift des ZZF „Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History“ erscheint dreimal jährlich. Bestellung über jede Buchhandlung, beim Verlag oder über <http://www.zeithistorische-forschungen.de>. Jahresbezugspreis: 64,- €. Ermäßigter Bezugspreis im 1. Abo-Jahr: 32,- €

**ZEITHISTORISCHE
FORSCHUNGEN**

STUDIES IN CONTEMPORARY HISTORY

Herausgegeben
von Konrad H. Jarausch, Christoph Kleßmann und Martin Sabrow
in Verbindung mit Zeitgeschichte-online

3. Jahrgang 2006/1 ISSN 1612-6033

Thema: Imperien im 20. Jahrhundert

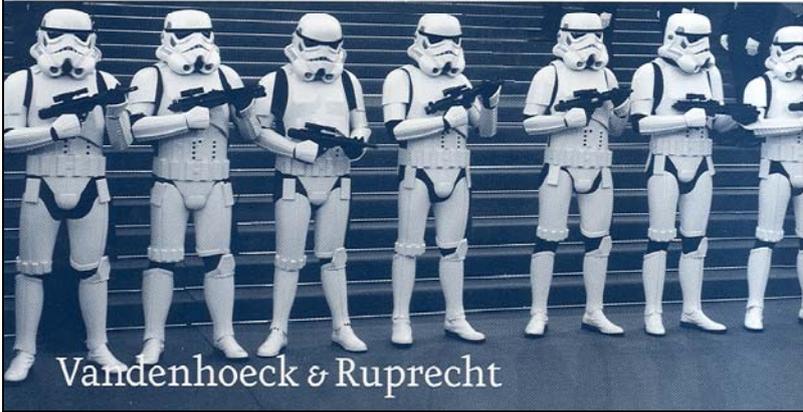
Benjamin Zachariah
»Indian« Perspectives from the Twentieth Century

Maurus Reinkowski
Das Osmanische Reich – ein antikoloniales Imperium?

Michael Hochgeschwender
Die USA – ein Imperium im Widerspruch

Ute Schneider
Alexander (Sándor) Radós Karten und Atlanten

Interview mit Herfried Münkler



Vandenhoeck & Ruprecht